

MASTERARBEIT

Die Vorarlberger Widerstandsgruppe „Aktionistische Kampforganisation“:

Geschichte – Schicksale – Erinnerungskultur

VERFASSER

Florian Guggenberger, BA

LEOPOLD-FRANZENS-UNIVERSITÄT INNSBRUCK

*Zur Erlangung des akademischen Grades „Master of Arts“ (MA) an
der Historisch-Philosophischen Fakultät*

Studienkennzahl UC 066 803

Studienrichtung Masterstudium Geschichte (Kernfach Zeitgeschichte)

eingereicht bei assoz. Prof. Mag. Dr. Eva Pfanzelter (M.A.)

Inhalt

1. Einleitung.....	3
1.1. Einführung in die Thematik	3
1.2. Definition Widerstand	8
1.3. Historischer Kontext	11
1.3.1. Der „Anschluss“ in Vorarlberg.....	11
1.3.2. Widerstand in Vorarlberg.....	14
2. Die Vorarlberger Widerstandsgruppe „Aktionistische Kampforganisation“ (AKO)	16
2.1. Entstehung der „Aktionistischen Kampforganisation“ und deren Ziele	16
2.2. Der unangepasste Sozialrebell: Wilhelm Himmer.....	20
2.3. Verbindungen in die Schweiz: Max Oberholzer und die Schweizer AKO	27
2.4. Das Umfeld der AKO: Anwerbungsversuche und Aktivitäten der AKO im Dornbirner Arbeitermilieu und darüber hinaus.....	34
2.4.1. Das „braune Nest“ Dornbirn	34
2.4.2. Die Situation der (Dornbirner) Arbeiterschaft nach dem „Anschluss“.....	40
2.4.3. Die Aktivitäten der AKO: Anwerbungsversuche im Dornbirner Arbeitermilieu und Informationsbeschaffungen	47
2.5. Das Ende der AKO: Festnahmen, Prozesse, Verurteilungen	61
2.6. Weite Kreise: Eine netzwerkanalytische Betrachtung der AKO und ihres Umfeldes.....	76
3. Schicksale.....	79
3.1. Josef & Maria Wieland: In den Mühlen des Regimes.....	80
3.2. Arthur Sohm: Endstation Mauthausen – „Vagessen mich nicht“	91
4. Erinnerungskultur und Erinnerungsorte in Vorarlberg: Gedenken an die (AKO-)Opfer des Nationalsozialismus.....	97
4.1. Nachkriegsjahre.....	97
4.2. Dornbirner Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus: Ein langer Weg zur Würdigung	99
4.2. Widerstandsmahnmal Bregenz	103
5. Schluss	107
Quellen-, Literatur- und Abbildungsverzeichnis.....	112
Quellen	112
Literatur	118
Abbildungen	122

1. Einleitung

1.1. *Einführung in die Thematik*

Gegenstand dieser Masterarbeit ist die Vorarlberger Widerstandsgruppe „Aktionistische Kampforganisation“, auch kurz AKO genannt, die in der heutigen Vorarlberger Geschichtsschreibung als eine von zwei nennenswerten Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus gilt.¹ Anführer der Gruppe war der Dornbirner Schlosser Wilhelm Himmer, der durch den Kontakt zu dem in Heiden (Schweiz) lebenden deutschen Anwalt Max Oberholzer den Beschluss fasste, eine Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime in Vorarlberg aufzubauen. Im Laufe des Jahres 1939 traten weitere Personen der Gruppe bei, die vor allem aus dem Dornbirner Arbeitermilieu stammten. Bis Ende 1939 entstand durch die Aktivitäten Himmers und weiterer Mitglieder ein Netzwerk, in das etwa 36 Personen (freiwillig und unfreiwillig) miteingebunden waren. Im Jänner 1940 wurden einige Mitglieder durch einen Denunzianten in den eigenen Reihen (Albert Mäser) verraten und von der Gestapo verhaftet. In mehreren Prozessen wurden 1942 harte Strafen ausgesprochen. Die brutale Vorgehensweise gegen diese Gruppe blieb beispiellos für die gesamte NS-Zeit in Vorarlberg.

Der Zweck und die wissenschaftliche Relevanz dieser Masterarbeit ergibt sich aus der quasi nicht existierenden Forschungsliteratur zur AKO selbst. Es soll deshalb erstmals eine umfangreiche Darstellung zur Geschichte dieser Widerstandsgruppe zu Papier gebracht werden, um damit eine weitere Lücke in der Vorarlberger Geschichtsschreibung zur NS-Zeit zu schließen. Die gute Quellenlage ermöglicht es, die Geschichte der Gruppe weitestgehend chronologisch aufzuarbeiten. Zunächst wird auf die Entstehung der Gruppe und ihre Ziele eingegangen, was eine Auseinandersetzung mit den Personen Wilhelm Himmer und Max Oberholzer erfordert, die maßgeblich verantwortlich für die Gründung der AKO in Vorarlberg waren. Quellen aus dem Schweizerischen Bundesarchiv werden die Verbindung der AKO in die Schweiz zeigen und die Rolle von Max Oberholzer genauer beleuchten. Darauf aufbauend ist es essenziell, das Umfeld, in dem sich die Mitglieder der Gruppe (vorwiegend Arbeiter*innen aus Dornbirn) bewegten, genau zu analysieren, um mögliche Beweggründe für den Beitritt in eine Widerstandsgruppe zu finden. Des Weiteren werden, soweit es die Quellen ermöglichen,

¹ Meinrad Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg. Opfer . Täter . Gegner, Innsbruck 2012, S. 326.

die Aktivitäten der Gruppe chronologisch nachgezeichnet. Das Ende der Gruppe wird anhand der Verhaftungen und Verurteilungen der Mitglieder nachgezeichnet, gestützt auf persönlichen Schilderungen zweier überlebender Personen. Daraus ergibt sich ein weiteres Kapitel, das am Beispiel von zwei biografischen Darstellungen (Ehepaar Wieland und Arthur Sohm) zeigen soll, welche harten Schicksale einige der Mitglieder und Angehörigen erlitten. Gerade diese Verfolgungsgeschichten, die in der Forschung noch wenig Beachtung fanden, sollen einen Beitrag zur Erinnerungskultur Österreichs im Umgang mit dem Nationalsozialismus leisten. Am Ende dieser Arbeit wird auf die Erinnerungskultur in Vorarlberg speziell im Zusammenhang mit der AKO eingegangen. Im Fokus steht dabei vor allem der Wandel der Erinnerungskultur in den 1980er- und 1990er-Jahren. Am Beispiel eines Dornbirner Gedenksteins soll gezeigt werden, dass sich dieser Wandel schleppend vollzog und auf viel Widerstand stieß.

Methodisch sollen historisch-kritisch die gesammelten Quellen, die vor allem aus Briefen, Gerichtsakten, Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Postkarten, Zeitungsausschnitten, amtlichen Dokumenten und Schriftverkehr aus dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, des Stadtarchivs Dornbirn, des Vorarlberger Landesarchivs, des Schweizerischen Bundesarchivs und des Stadtarchivs Bregenz stammen, ausgewertet, analysiert und interpretiert werden. Speziell die Gerichtsakten bieten eine sehr hohe Informationsdichte über die Ausmaße des Widerstands, aber auch über Aktivitäten, Motivationen und Ziele der Widerstandskämpfer*innen. Teilweise lassen sich auch tragische Schicksale anhand dieser Akten nachzeichnen. Obwohl diese Dokumente von den Verfolgungsinstanzen des NS-Terrorregimes (oft politisch motiviert) erstellt wurden und quellenkritisch noch kritischer zu hinterfragen sind, gibt es für die Widerstandsforschung keine andere Quellenart, die mehr Hinweise liefert.² Gleichzeitig muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass Informationen zu den Aktivitäten der AKO fast ausschließlich aus den Gerichtsakten bezogen werden müssen. Daraus ergibt sich die theoretische Frage, wie sich Historiker*innen der Beurteilung einer solchen Widerstandsgruppe durch die Vorverurteilung durch die NS-Institutionen entziehen können. Im Fall der AKO wird bei Rekrutierungen von Mitgliedern immer wieder Wilhelm Himmer als die treibende Kraft dargestellt, der seinerseits

² Wolfgang Neugebauer, Zur wissenschaftlichen Erforschung der NS-Justiz in Österreich, in: Wolfgang Form/Wolfgang Neugebauer/ Theo Schiller (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938-1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht Wien, München 2006, S. 5-13, hier S. 10.

wiederum von der Schweiz aus durch Max Oberholzer gelenkt wird. Aus der Darstellung in den NS-Verfolgungsinstanzen ergibt sich das Bild einer von außen gesteuerten und willenslosen Gruppe. In der Biographie von Josef Wieland wird zu sehen sein, dass dies nicht der Realität entspricht und dass es sich bei den Mitgliedern keineswegs um willenslose Mitläufer*innen handelte, sondern um mutige Menschen, die von sich aus den Kampf gegen das NS-Regime aufnehmen wollten.

Neben den Quellen wird auch die wichtigste Literatur zu den Themen Nationalsozialismus und Widerstand in Vorarlberg herangezogen. Als Forschungsstand zur NS-Zeit in Vorarlberg muss Meinrad Pichlers Monographie „Nationalsozialismus in Vorarlberg. Opfer . Täter . Gegner“³ genannt werden, der in diesem Überblickswerk neben den wichtigsten Informationen, Begrifflichkeiten und Ereignissen vor allem anhand von Kurzbiographien die Funktionsweise des NS-Regimes und den Alltag Vorarlbergs darstellt. In einem Kapitel zum Thema „Widerstand und Widersetzlichkeit“ setzt sich Pichler mit Widerstandsgruppen und individuellem Widerstand auseinander. Dabei geht er auch kurz auf die AKO und deren Geschichte ein und erwähnt jene Personen, die als Mitglieder dieser Gruppe verurteilt wurden. Zum Thema „Widerstand und Verfolgung“ erschien, 1985 von der Johann-August-Malin-Gesellschaft herausgegeben, ein Sammelband mit dem Titel „Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945“⁴, der zur damaligen Zeit viele neue Erkenntnisse ans Licht brachte und einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung und zum Umgang mit dem Nationalsozialismus und dessen Verbrechen in Vorarlberg leistete. Hervorzuheben in diesem Sammelband ist erneut ein Beitrag des Vorarlberger Historiker Meinrad Pichler, der die bis dato einzige etwas ausführlichere Abhandlung zur AKO schrieb.⁵ Eine zum Milieu der AKO passende Studie ist zum einen Ingrid Böhlers Monographie „Dornbirn in Kriegen und Krisen. 1914 – 1945“⁶, die eine fundierte Studie zum sogenannten „Braunen Nest“ (Dornbirn) von Vorarlberg lieferte, zum anderen der von Kurt Greussing herausgegebene Sammelband „Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 –

³ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg.

⁴ Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrsg.), Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5), Bregenz 1985.

⁵ Meinrad Pichler, Widerstandsgruppen, in: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrsg.), Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5), Bregenz 1985, S. 85–102.

⁶ Ingrid Böhler, Dornbirn in Kriegen und Krisen. 1914 – 1945, Innsbruck-Wien 2005.

1946⁷ in dem vor allem Meinrad Pichler und Harald Walser über die Vorarlberger Arbeiterschaft und Arbeiteropposition im Nationalsozialismus schreiben. Außerdem erwähnt werden muss die von Pichler und Walser herausgegebene Studie „Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit“⁸, die sich ebenfalls mit der Arbeiterschaft, jedoch auch mit den einflussreichen „braunen“ Textilunternehmer und Industriellen in Dornbirn auseinandersetzt.

Die Analyse der Quellen und Literatur erfolgt anhand folgender Forschungsfragen:

- Handelte es sich bei der „Aktionistischen Kampforganisation“ wie vom NS-Regime dargestellt, wirklich um eine gefährliche, international vernetzte (Schweiz, Frankreich, England) kommunistische Organisation oder nutzte das Regime den Zusammenschluss einiger mit dem Nationalsozialismus unzufriedener Arbeiter*innen, um eine größere Gefahr/Verschwörung im Inneren zu konstruieren?
- Wie ist die für Vorarlberg beispiellose Härte zu erklären, mit der auf Seiten der Gestapo und der NS-Justiz gegen diese Gruppe vorgegangen wurde?

Die folgende Detailfrage soll als Denkanstoß für weitere Forschungen ebenfalls versucht werden zu beantworten:

- Aus welchen Gründen und Motiven intervenierte Kreisleiter Anton Plankensteiner, der als fanatischer Nationalsozialist der ersten Stunde galt und nach dem „Anschluss“ erbarmungslos gegen politische Gegner*innen vorging, für das verhaftete AKO-Mitglied Josef Wieland bei den zuständigen Stellen in Vorarlberg und Berlin?

Anknüpfend an die Forschungsfragen werden folgende Thesen untersucht:

- Bei der AKO handelte es sich nicht um eine kommunistische Widerstandsgruppe, da die Mitglieder unterschiedlicher politischer Richtungen zugeordnet werden können. Aufgrund der Verbindung zu Oberholzer, der Kontakte nach Frankreich und vermutlich auch Spanien hatte (Studienaufenthalt in Madrid), kann durchaus von einer internationalen Vernetzung der AKO gesprochen werden.

⁷ Greussing, Kurt (Hrsg.), Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 – 1946 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 4), Bregenz 1984.

⁸ Meinrad Pichler/Harald Walser, Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 2), Bregenz 1988.

- Die AKO war die erste größere Widerstandsgruppe in Vorarlberg, die durch die NS-Verfolgungsinstanzen hochgenommen wurde. Um ein abschreckendes Exempel zu statuieren, bekamen die (vermeintlichen) Mitglieder die volle Härte des Regimes zu spüren. Weiter Gründe für die brutale Vorgehensweise dürfte die Verbindung in die Schweiz sowie die unterschiedlichen Gesinnungen der Mitglieder gewesen sein. Berichte des SS-Sicherheitsdienstes (SD) zeigen, dass ein Zusammenschluss von kommunistisch/marxistisch gesinnten Personen mit strenggläubigen Katholik*innen als große Gefahr angesehen wurde, was bei der AKO teilweise der Fall war.

Das erste Kapitel dieser Arbeit beschäftigt sich ausführlich mit der Geschichte der AKO. Zunächst wird auf die Entstehung der Gruppe und deren Ziele eingegangen. Da er als Gründer der AKO gilt und teilweise sogar von der „Gruppe Himmer“ die Rede ist, beschäftigt sich das anschließende Unterkapitel mit Wilhelm Himmers Biografie. Daran anknüpfend wird die Verbindung Himmers in die Schweiz zu Max Oberholzer untersucht. Das umfangreichste Unterkapitel analysiert das Umfeld der Gruppe (das „braune Nest“ Dornbirn und Arbeiterschaft) und deren Aktivitäten. Am Schluss des ersten Kapitels wird auf das Ende der AKO (Verhaftungen, Prozesse, Urteile) und das durchaus große Netzwerk eingegangen, das im Zuge der Aktivitäten der Gruppe entstand.

Im zweiten Kapitel wird das Schicksal von drei Personen behandelt, deren Leben sich aufgrund der AKO drastisch veränderte. Zunächst wird über die Leidenszeit des Ehepaar Wielands, Josef und Maria Wieland, berichtet, die nach dem „Anschluss“ rasch in die Mühlen des Regimes gerieten. Die dritte Kurzbiografie behandelt das Schicksal von Arthur Sohm, der als enger Vertrauter Himmers schlussendlich in Mauthausen endete.

Das letzte Kapitel widmet sich der Erinnerungskultur und den Erinnerungsorten im Zusammenhang mit der AKO. Im Fokus steht dabei vor allem die fünfjährige Diskussion um die Errichtung eines Gedenksteines in Dornbirn, aber auch das seit 2015 in Bregenz stehende Widerstandsmahnmal. Am Schluss werden nochmals die wichtigsten Erkenntnisse dieser Arbeit zusammengefasst und ein Resümee gezogen.

1.2. Definition Widerstand

Da es sich bei der AKO um eine Widerstandsgruppe handelte, muss an dieser Stelle eine Definition des Begriffs „Widerstand“ gegeben werden, was jedoch leichter gesagt als getan ist. Die Aufarbeitung des Verhaltens der Österreicher*innen während der Zeit des Nationalsozialismus und die Frage, was überhaupt als Widerstand gilt, sind bis in die letzten Jahre noch Teil einer öffentlichen und kontroversiellen Diskussion gewesen.⁹ Einige Standardwerke definieren den Begriff „Widerstand“ als „politisch organisierte und aktive Handlungen mit dem bewussten Ziel der Zerstörung des Herrschaftssystems“,¹⁰ wobei gesellschaftliche Verweigerung und bloßer Nonkonformismus in diesem Zusammenhang sehr skeptisch angesehen werden.¹¹ Als Grundlage für diese Arbeit soll jedoch die Definition des bereits verstorbenen österreichischen Zeithistoriker Karl Stadler dienen, der den Widerstandsbegriff wie folgt definierte:

„Angesichts des totalen Gehorsamkeitsanspruchs der Machthaber und der auf seine Verletzung drohenden Sanktionen muss jegliche Opposition im Dritten Reich als Widerstandshandlung gewertet werden, auch wenn es sich nur um einen vereinzelt Versuch handelt, ‚anständig zu bleiben‘.“¹²

Auch andere Historiker*innen, Wissenschaftler*innen und Autor*innen wagten sich an Definitionen, was in der Zeit des Nationalsozialismus als Widerstand galt. Speziell bei der Frage der Deserteure gibt es bis heute nicht überall Einigkeit. Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka eruierte in seinem Aufsatz „Der österreichische Widerstand im Widerspruch der verschiedenen Narrative“¹³ wie komplex diese Thematik alleine für den österreichischen Widerstand ist. Pelinka argumentiert, dass unterschiedliche Narrative das Wissen, Definitionen und Interpretationen zum Widerstand prägen. Um ein Gesamtbild des

⁹ Gisela Hormayr, Der Widerstand gegen das NS-Regime [<http://www.erinnern.at/bundeslaender/tirol/unterrichtsmaterial/tirol-in-der-ersten-republik-im-nationalsozialismus-und-in-der-nachkriegszeit/7-gisela-hormayr-der-widerstand-gegen-das-ns>], S. 217, eingesehen am 07.01.2020.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

¹² Karl Stadler, Österreich 1938–1945. Im Spiegel der NS-Akten, Wien-München 1966, S. 11.

¹³ Anton Pelinka, Der österreichische Widerstand im Widerspruch der verschiedenen Narrative, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch 2007. Schwerpunkt Namentliche Erfassung von NS-Opfern, Wien 2007, S. 13-25.

österreichischen Widerstandes zu bekommen, spricht er sich deshalb für eine Differenzierung nach drei verschiedenen Gesichtspunkten aus:¹⁴

- **Zeitliche Differenzierung nach Perioden:** Opfermythos in den Jahren nach 1945 gestützt auf die Moskauer Deklaration versus zunehmende Kritik an diesen Mythos im Verlauf der 1980er-Jahre.
- **Horizontale Differenzierung nach politisch-weltanschaulichen Lagern:** Beispielsweise unterschiedliche Ansichten und Interpretationen der Parteien.
- **Vertikale Differenzierung nach gesellschaftlichen Gruppen:** Pelinka sieht die Thematik mittlerweile als eine Angelegenheit der Bildungsschicht. Das Thema wird seit den 1980er-Jahren zwar vermehrt in unterschiedlichsten wissenschaftlichen Arbeiten behandelt, die österreichische Gesellschaft in ihrer Gesamtheit hat diese Diskussion aber kaum erfasst.¹⁵

Ebenfalls wichtig hervorzuheben ist Pelinkas Argument, dass der österreichische Widerstand keine Bewegung mit einem eigenen Programm, sondern stark fragmentiert war. Kommunist*innen verfolgten andere Ziele als Monarchist*innen oder Katholik*innen. Nur das Ziel, die nationalsozialistische Terrorherrschaft zu überwinden, hatten sie gemeinsam.¹⁶

Auch Meinrad Pichler sieht die Beschreibung des Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime aus mehreren Gründen als problematisch an. Zum einen sind nicht alle Widerstandshandlungen aktenkundig beziehungsweise bekannt und zum anderen kann nicht jede oppositionelle Handlung als Widerstand gedeutet werden.¹⁷ Pichler fasst unter dem Begriff Widerstand jene Handlungen zusammen, „die aus politischer Absicht gesetzt werden und das Ziel verfolgen, einzelne Vertreter des NS-Systems, Teilbereiche oder das System als Ganzes zu schwächen, zu schädigen oder gar zu beseitigen“.¹⁸ Alle anderen Handlungen, wie beispielsweise der Verstoß gegen Gesetze, Anordnungen und Maßnahmen, die von der Gestapo verfolgt wurden, sieht er als Widersetzlichkeit (Resistenz).¹⁹ Probleme in diesem Zusammenhang entstehen vor allem bei der Motivforschung: Handelt eine Person aus persönlichen, unpolitischen Gründen, weil sie sich nicht anpassen will, oder setzt diejenige

¹⁴ Pelinka, Der österreichische Widerstand, S. 13.

¹⁵ Ebd., S. 22.

¹⁶ Ebd., S. 23.

¹⁷ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 317.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd., S. 318.

Person eine bewusste (politische) Stellung gegen NS-Regime. Die Grenzen zwischen bewusstem politischen Widerstand, Widersetzlichkeit gegen bestimmte Maßnahmen des Regimes und privatem Missmut sind oft fließend.²⁰ Anhand konkreter Formen sozialen Verhaltens in einem totalitären Regime können zumindest spezifische Widerstandsformen und Handlungen definiert werden. Meinrad Pichler definiert dafür, auf Grundlage des Historikers Gerhard Botz,²¹ drei unterschiedliche Formen/Grade des Widerstands:

- **Politischer Widerstand/Widerstand im engeren Sinn:** Attentate, Aufstände, Bombenanschläge, Flugblatt- und Malaktionen, Putschversuche, organisierte Streiks, Nachrichtenübermittlung, Partisanentätigkeit, Spionage, Widerstandsgruppenbildung, ...
- **Sozialer Protest:** Hilfsaktionen, Sabotage, Konspiration, Gehorsamsverweigerung, Predigten, Arbeitsbummelei, Führerwitze, Streiks, Regimekritik, Amtsniederlegungen, demonstrative Kirchenbesuche, Verweigerung des Hitlergrußes, Schwarzhören, Verbreitung von Gerüchten, ...
- **Abweichendes Normverhalten:** Desertion (Fahnenflucht, Kriegsdienstverweigerung), militärische Gehorsamsverweigerung, Unangepasstheit von Jugendlichen, vom Regime als kriminell eingestuftes Verhalten, ...²²

Obwohl über die Zuordnung einzelner Handlungen natürlich diskutiert werden kann, liefert es aus Sicht des Verfassers dieser Arbeit eine gute Hilfe, um dieses komplexe Thema besser verstehen zu können. Aus diesem Zusammenhang lassen sich auch bestimmte Gruppen von Menschen ableiten, die sich häufiger der nationalsozialistischen Herrschaft widersetzen. Dazu zählen beispielsweise religiöse Menschen, allen voran Katholik*innen und Zeug*innen Jehovas, die ihren religiösen Grundsätzen trotz Verbots weiter folgten. Aber auch Menschen mit einer politisch linken Einstellung (vor allem Arbeiter*innen und Eisenbahner*innen) und mit einer tiefen humanitären Überzeugung, die die Rassengesetze missachteten und für

²⁰ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 320.

²¹ Gerhard Botz, Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung, in: Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien-München-Zürich 1983, S. 137-151.

²² Meinrad Pichler, Wer leistete im NS-Staat Widerstand? Widerstandsmahnmal-Bregenz, Unterrichtsmaterialien, [http://www.widerstandsmahnmal-bregenz.at/wp-content/uploads/2018/03/Widerstand_Unterrichtsmaterialien.zip], eingesehen am 05.02.2020.

verfolgte Mitmenschen eintraten, sind hier zu nennen. Zu guter Letzt zählt Pichler eine kleinere Gruppe von Konservativen und Monarchist*innen dazu, die trotz „Anschluss“ weiter an Österreich festhielten.²³ Nach den hier erwähnten Definitionen muss die AKO als politische Widerstandsgruppe betrachtet werden. Sicher nachgewiesen werden kann im Zusammenhang mit der AKO Widerstandsgruppenbildung, Nachrichtenübermittlung und auch Spionage im weiteren Sinne, da Wilhelm Himmer mehrmals (militärische) Nachrichten an Schweizer Offiziere übermittelte.

1.3. Historischer Kontext

Aufgrund des beschränkten Rahmens dieser Arbeit und der unzähligen Forschungsarbeiten in diesem Bereich soll an dieser Stelle nur in aller Kürze auf den „Anschluss“ und den Widerstand in Vorarlberg eingegangen werden, um den historischen Rahmen für die nachfolgenden Ausführungen zur AKO zu schaffen.²⁴

1.3.1. Der „Anschluss“ in Vorarlberg

In Vorarlberg herrschte wie im restlichen Österreich am Abend des 11. März große Ungewissheit. Die politischen Funktionäre des Landes warteten nach Schuschnigg's Rücktrittsrede auf Anweisungen aus Wien. Dort hatten die Nationalsozialist*innen unter Arthur Seys-Inquart bereits die Kontrolle übernommen. Rasch besetzten die Nationalsozialist*innen auch in Vorarlberg die wichtigsten Amts- und Parteigebäude. Um 22 Uhr forderte der illegale Gauleiter Anton Plankensteiner telefonisch aus dem Gebäude der Landesregierung Landeshauptmann Ernst Winsauer dazu auf die Amtsgeschäfte zu übergeben. Durch die überfallsartige Besetzung der Sicherheitsdirektion und der Büroräume der „Vaterländischen Front“ durch SS, SA und HJ konnten die Nationalsozialist*innen sämtliches Aktenmaterial der polizeilichen Überwachungen des „Ständestaates“ sowie Aufzeichnungen über politische Gegner*innen in Besitz nehmen. So führte die VF

²³ Pichler, Wer leistete im NS-Staat Widerstand?

²⁴ Weiterführende Literatur zu dem Thema „Anschluss“, Widerstand und Nationalsozialismus in Vorarlberg ist dem Literaturverzeichnis zu entnehmen.

beispielsweise ein „Verzeichnis des Kommunismus verdächtiger Personen“.²⁵ Aufgrund dieser Akten konnte sich die Gestapo in den darauffolgenden Wochen rasch an die Arbeit machen und politisch unerwünschte Personen aufspüren, was den Vollzug des „Anschlusses“ auf allen Ebenen auch in Vorarlberg schnell ermöglichte. Noch in der Nacht des 12. März kam es in Bregenz und Dornbirn zu Fackelzügen der Nationalsozialist*innen. Um vier Uhr morgens besetzte ein deutscher Stoßtrupp die beiden Zollhäuser in der Grenzgemeinde Hörbranz.²⁶ Erst um etwa 8.20 Uhr trafen die ersten deutschen Soldaten in Bregenz ein, was doch eine gewisse Vorsicht und Unsicherheit auf Seiten der Deutschen vermuten lässt. Erst am Nachmittag marschierten die restlichen deutschen Truppen in Bregenz ein. Am 13. und 14. März kam es zu feierlichen Aufmärschen in Bregenz:



Abbildung 1: Stadtarchiv Bregenz. „Heldengedenktag“ auf dem Südtiroler Platz am 13. März 1938.



Abbildung 2: Stadtarchiv Bregenz. Truppenparade am 14. März 1938.

²⁵ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 50.

²⁶ Ebd.

Innerhalb eines Monats wurde Vorarlberg im Sinne der Nationalsozialist*innen auf Linie gebracht. Höchste lokale Funktionäre des alten Regimes und der „Vaterländischen Front“, Polizeibeamte, die vor allem gegen die illegalen Nationalsozialist*innen vorgingen, Vertreter*innen der katholischen Kirchen und auch erste Kommunist*innen wurden verhaftet, insgesamt 80 solcher Verhaftungen können für die ersten Wochen nachgewiesen werden.²⁷ Grenzpfähle und -schraken an der Grenze zu Deutschland wurden entfernt, um die „Wiedervereinigung“ auch symbolisch zu inszenieren. Die Grenze zur Schweiz wurde völlig dichtgemacht und in den ersten Tagen sogar von vielen Freiwilligen aus dem Volk bewacht. Die öffentliche Verwaltung bauten die Nationalsozialist*innen nach ihren Vorstellungen um, was zu Zwangspensionierungen, Entlassungen, Versetzungen aber auch Aufstiegen führte.²⁸

Mit der Volksabstimmung vom 10. April, die im Vorfeld aus unzähligen propagandistischen Veranstaltungen auf der einen und Einschüchterungsversuchen auf der anderen Seite bestand, legitimierten die Nationalsozialist*innen den vollzogenen „Anschluss“ im Nachhinein, auch wenn die Abstimmung weder geheim noch frei war. 98.1 Prozent

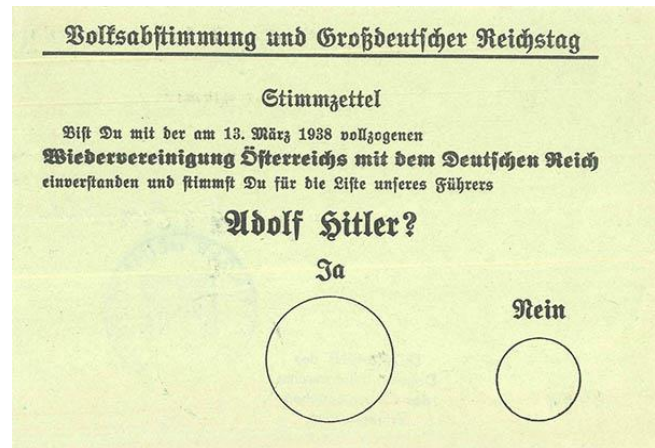


Abbildung 3: DÖW, Stimmzettel Volksabstimmung.

der Vorarlberger Wähler*innen befürworteten den „Anschluss“, was unter den ehemaligen österreichischen Bundesländern interessanterweise das schlechteste Ergebnis war. Im Vergleich zu Oberösterreich, wo etwa 640 von 575.118 Wähler*innen sich gegen eine „Wiedervereinigung“ mit dem deutschen Reich aussprachen, waren es in Vorarlberg immerhin 1.274 von 93.690 abgegebenen Stimmen.²⁹ Für die Vorarlberger Nazi-Funktionäre dürfte dieses Ergebnis wohl die erste kleine Enttäuschung gewesen sein. Der große Dämpfer folgte im Dezember 1939 als Vorarlberg, trotz aller Bemühungen gegen diese Lösung, per Erlass des Reichsinnenministeriums mit Tirol zum Gau Tirol-Vorarlberg vereinigt wurde. Das Land Vorarlberg existierte formal nicht mehr. Landeshauptmann Plankensteiner verlor den

²⁷ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 52ff.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd., S. 60.

Machtkampf gegen den Tiroler Gauleiter Franz Hofer und war plötzlich nur noch Kreisleiter. Das „braune Nest“ Dornbirn wurde nicht einmal Kreisstadt.³⁰

1.3.2. *Widerstand in Vorarlberg*

Das Thema „Widerstand in Vorarlberg“ wurde durch eine bahnbrechende Arbeit der Johann-August-Malin-Gesellschaft³¹, die bis heute den Forschungsstand in diesem Bereich darstellt, bereits ausführlich behandelt. Widerstand in Vorarlberg erfolgte in verschiedenen Formen. So gab es beispielsweise aus dem katholischen Lager engagierte Priester, die geheime Pfarrgruppen mit ihren Gemeindemitgliedern organisierten. Der bekannteste Fall in diesem Zusammenhang ist wohl der Priester Carl Lampert, der aufgrund seiner christlichen Überzeugungen in Konflikt mit dem religionsfeindlichen Gauleiter Franz Hofer geriet, was schließlich dazu führte, dass Lampert 1944 in Halle an der Saale als einziger hochrangiger Vertreter der österreichischen katholischen Kirche hingerichtet wurde.³² In vielen Fällen erfolgte Widerstand individuell. Der in Bregenz lebende Gitarrenbauer Ernst Volkmann weigerte sich aufgrund seiner religiösen Überzeugung den Fahneneid auf Hitler zu schwören. Er beharrte schlussendlich sogar vor dem Reichskriegsgericht in Berlin darauf, dass seine christlichen Werte nicht mit jenen des Nationalsozialismus in Einklang zu bringen sind, weshalb er in Berlin-Plötzensee am 26. Juli 1941 hingerichtet wurde.³³ Auch in der Wehrmacht gab es einige Fälle junger Männer, die beispielsweise nach Heimaturlauben nicht mehr in die Wehrmacht zurückkehrten und sich versteckten, mit „Frontbewährung“ oder sogar dem Tod als Aussicht, falls sie erwischt wurden.³⁴

Ein weiteres Beispiel ist die Krankenschwester Maria Stromberger, die viele Jahre in Bregenz lebte und im Zuge ihrer Tätigkeit als Oberschwester im SS-Revier nach Auschwitz kam. Der Dienst im Häftlingslager war für „arisch deutsches“ Krankenpersonal bei ihrem Dienstantritt im Oktober 1942 bereits nicht mehr erlaubt. Da im Sommer 1942 jedoch Typhus unter den SS-Leuten in Auschwitz ausbrach, wurde eine eigene Krankenabteilung gegründet, in die

³⁰ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 61.

³¹ Malin-Gesellschaft, Von Herren und Menschen.

³² Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 320f.

³³ Ökumenekommission der Diözese Feldkirch (Hrsg.), Gedenkweg. Widerstand und Verfolgung 1938-1945 in Bregenz, Ernst Volkmann, Feldkirch 2002, S. 20f.

³⁴ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 327.

Stromberger versetzt wurde.³⁵ Diese Gelegenheit nutzte sie, um unter Einsatz ihres Lebens Vertrauen zu den Häftlingen aufzubauen und diese illegal mit Nahrungsmitteln und Medikamenten zu versorgen. Für den lagerinternen Widerstand organisierte sie sogar Waffen. Schnell bekam sie unter den Insassen den Namen „Engel von Auschwitz“, was aber auch dem Lagerpersonal nicht verborgen blieb. Mehrmals flog sie beinahe auf und konnte nur durch Zuspruch ihres Vorgesetzten vor der Entdeckung bewahrt werden. Nach dem Krieg sprach Stromberger über ihr Handeln wie folgt: „Was ich tat, war Menschenpflicht und leider nur ein Tropfen im Meer“.³⁶

Widerstandsgruppen gab es, wie bereits erwähnt, im Wesentlichen nur zwei, die AKO und eine weitere Gruppe rund um den Geologen Johann August Malin, die sich in der Gegend um Feldkirch sammelte. Malin schaffte es linke und konservative Nazigegner zur Zusammenarbeit zu bringen. Die Gruppe baute ein Netzwerk auf, um vor allem an Informationen aus den Behörden zu kommen. Dadurch konnten sie verfolgte Personen warnen und Kontakte zu ausländischen Geheimdiensten aufbauen. Auch um kriegsmüde Soldaten kümmerte sich die Gruppe. Im Zentrum stand aber Malin, der sich seit den 1930er-Jahren immer wieder für Menschen einsetzte, die sich keinen akademischen Rechtsbeistand leisten konnten. Über die Jahre erstellte er über 4.000 Anträge und Eingaben an verschiedenste Behörden, was ihm den Ruf eines Volksanwalts einbrachte. Aufgrund eines weiblichen Spitzels flog Malin schließlich auf und wurde wegen "Wehrkraftzersetzung, Vorbereitung zum Hochverrat und Verbreitung von Lügennachrichten ausländischer Sender" zum Tode verurteilt. Am 9. November 1942 wurde er in München-Stadelheim hingerichtet.³⁷

In sieben Jahren NS-Herrschaft verhafteten die Verfolgungsbehörden etwa 2.000 Vorarlberger*innen wegen Widerstand, politischer Opposition oder anderen Formen der Resistenz. Bei 80 Personen konnte nachgewiesen werden, dass sie von den Gerichten aus politischen Gründen die Todesstrafe erhielten und entweder direkt hingerichtet, im Widerstand, auf der Flucht oder in Konzentrationslager getötet wurden oder sich einer KZ-Einlieferung durch Freitod entzogen.³⁸ Trotz des totalitären Herrschaftsanspruchs der

³⁵ Harald Walser, "Der Engel von Auschwitz" – Zum Wirken der Krankenschwester Maria Stromberger, [<https://www.malingesellschaft.at/pdf/walser-stromberger>], eingesehen am 11.08.2021.

³⁶ Diözese Feldkirch, Gedenkweg, Maria Stromberger, S. 18f.

³⁷ Johann-August-Malin-Gesellschaft, Wer war Johann August Malin (1902-1942), [<https://www.malingesellschaft.at/malingesellschaft/wer-war-johann-august-malin-1902-bis-1942>], eingesehen am 25.04.2021.

³⁸ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 328.

Nationalsozialist*innen gab es doch einige Vorarlberger*innen, die sich nicht anpassten und sich in unterschiedlichsten Formen gegen das NS-Regime wehrten.

2. Die Vorarlberger Widerstandsgruppe „Aktionistische Kampforganisation“ (AKO)

Gründer der „Aktionistischen Kampforganisation“ in Vorarlberg, auch kurz AKO genannt, war der Dornbirner Schlosser Wilhelm Himmer. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch der in Heiden (Schweiz) lebende deutsche Anwalt Max Oberholzer, der Himmer beim Aufbau einer Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime in Vorarlberg unterstützte. Im Laufe des Jahres 1939 stießen weitere Mitglieder dazu, die vor allem aus dem Dornbirner Arbeitermilieu stammten, politisch aber keiner bestimmten Richtung zugeordnet werden können. Ende 1939 entstand dadurch ein Netzwerk, in das etwa 36 Personen (freiwillig und unfreiwillig) involviert waren. Im Jänner 1940 wurden Himmer und weitere Mitglieder durch einen Denunzianten in den eigenen Reihen (Albert Mäser) verraten und durch die Gestapo verhaftet. 1942 wurden in mehreren Prozessen unverhältnismäßig harte Strafen ausgesprochen. In diesem Kapitel wird zunächst auf die Entstehung der Gruppe und deren Ziele eingegangen. Darauf aufbauend wird die Person Wilhelm Himmer und die Verbindung zur Schweizer AKO (Max Oberholzer) genauer untersucht. Danach werden das Umfeld der Gruppe und die Aktivitäten Himmers und anderer Mitglieder im Dornbirner Arbeitermilieu betrachtet. In den letzten beiden Unterkapiteln wird zum einen auf das Ende der AKO eingegangen (Gerichtsprozesse und Verurteilungen), zum anderen wird anhand eines netzwerkanalytischen Ansatzes versucht das Netzwerk der AKO zu (re-)konstruieren. Durch Auswertung der vorhandenen Quellen wird der Versuch unternommen, einzelne Mitglieder und Personen untereinander in Verbindung zu setzen und somit einen visuellen Überblick über das mögliche Netzwerk der Gruppe zu liefern.

2.1. Entstehung der „Aktionistischen Kampforganisation“ und deren Ziele

Der Ursprung der „Aktionistischen Kampforganisation“ in Vorarlberg muss zeitlich in den Monaten um den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 eingeordnet

werden. Laut Anklageschrift zum Hauptprozess gegen die AKO, entstand die Gruppe noch vor dem „Umbruch in Österreich“ (= „Anschluss“). Es wird hier sogar das Jahr 1937 genannt, in dem der Dornbirner Schlosser Wilhelm Himmer den in der Schweiz lebenden deutschen Anwalt Max Oberholzer im „Kaffee Walser“ in Altstätten (Schweiz) kennengelernt haben soll. In diesem und weiteren Treffen erzählte Oberholzer von der AKO und deren Richtlinien und Ziele. Ausgestattet durch Oberholzer mit diesen Richtlinien und Zielen, die vor allem den Kampf gegen das NS-Regime vorsahen, erklärte sich Himmer dazu bereit eine solche Organisation in der „Ostmark“ aufzubauen.³⁹ Über den genauen Zeitpunkt dieser Treffen und den Ursprung der AKO gibt es weder in den Quellen noch in der Literatur übereinstimmende Angaben. Die Betrachtung der verfügbaren Quellen deutet darauf hin, dass es vor dem „Anschluss“ zu keinen Treffen und Aktivitäten der AKO kam. Ganz im Gegenteil: In den Prozessakten wird bei den Rekrutierungsversuchen von Mitgliedern der AKO im Dornbirner Arbeitermilieu durchgehend das Jahr 1939 genannt.⁴⁰ Ob Himmer bereits 1937 die Weitsicht besaß, um sich mit einer möglichen Machtübernahme der Nationalsozialist*innen in Österreich auseinanderzusetzen und Pläne gegen ein Regime zu schmieden, das in Österreich noch gar nicht an der Macht war, kann nicht geklärt werden. Ein Blick auf die neun Richtlinien und Ziele der AKO deuten für den Verfasser dieser Arbeit eher darauf hin, dass die Organisation erst nach dem „Anschluss“ gegründet wurde.

„1. Jedes Mitglied hat die Pflicht, dem Naziregime den größtmöglichen Schaden zuzufügen durch Gegenpropaganda (Flüsterpropaganda), Nachrichtendienst (auch militärisch), Vorbereitung von Anschlägen gegen öffentliches Eigentum und nazistische Einrichtungen.

2. Jede Aktion unternimmt das Mitglied auf eigene Gefahr. Die Organisation ist auf jeden Fall zu decken, denn nur so ist es möglich, dem verunglückten Mitglied Hilfe zu bringen.

3. Aktionen sind nach Möglichkeit erst der Leitung zur Prüfung vorzuschlagen. Wilde Aktionen sind nach Möglichkeit zu vermeiden, doch sollen günstige Gelegenheiten rücksichtslos ausgenützt werden.

4. Jedes Mitglied hat die Aufgabe, von den Plänen und Vorhaben der Nazis möglichst viel auszuspähen und der Zentrale sofort genaue Mitteilung zu machen.

³⁹ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, 51827, Anklage- und Urteilsschrift in der Strafsache gegen den Schlosser Wilhelm Himmer und Andere, S. 14f.

⁴⁰ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, 8197, Prozess gegen Hilarius Paterno und Andere: Dort fanden Rekrutierungsversuche gegenüber allen Angeklagten (Paterno, Bohle, Höfel, Salizzoni, Schmid) im Jahr 1939 statt.

5. Meldungen der Mitglieder werden durch die Reihe, wie sie durch die Werbung entsteht, weitergeleitet. Jede Mitteilung ist unverzüglich dem Vordermann weiterzugeben.

6. Im Kriegsfall hat jedes Mitglied die Pflicht, die Verkehrsverbindungen, die für den Nachschub der Armee wichtig sind, zu unterbrechen und zu stören durch Anschläge auf Eisenbahnen, Militärtransporte, Telefon- und Telegrafverbindungen, Brücken etc.

7. Die Mitglieder sind zur größten Schweigsamkeit und Vorsicht verpflichtet. Neue Mitglieder dürfen erst dann eingeweiht werden, wenn sich der Werbende überzeugt hat, daß sie absolut sicher sind.

8. Alle schriftlichen Mitteilungen der Zentrale sind sofort nach Erhalt zu vernichten.

9. Die Mitglieder sind sich zu gegenseitigem Beistand verpflichtet⁴¹

Vor allem der erste Punkt der Richtlinien, dem NS-Regime so viel Schaden wie möglich zuzufügen, deutet darauf hin, dass diese Richtlinien für die Vorarlberger AKO nach dem „Anschluss“ entstanden sind. Auch der vierte Punkt, die Pläne und Vorhaben der Nazis auszuspähen, sowie der sechste Punkt, im Kriegsfall Anschläge auf „Eisenbahnen, Militärtransporte, Telefon- und Telegrafverbindungen, Brücken“⁴² durchzuführen, dürften ein Indiz dafür sein, dass das NS-Regime bei Erstellung dieser Richtlinien in Österreich schon etabliert und ein möglicher Krieg nicht mehr weit entfernt war. Eine andere Möglichkeit wäre, dass diese Richtlinien bereits zuvor von der Schweizer AKO verwendet und an den Vorarlberger Ableger weitergegeben wurden.

Im Aufnahmeschreiben an neue Mitglieder der AKO heißt es unter anderem:

„Die AKO verfolgt das Ziel, mit allen tauglichen Mitteln den Nationalsozialismus zu bekämpfen, ebenso seine Anhänger. Es gibt kein Kampfmittel, das nicht angewendet werden dürfte, vorausgesetzt, dass es Erfolg verspricht und uns in unseren Ziele fördert. Der Kampf hat in aller Stille und völlig geheim zu erfolgen, um unsere Mitglieder möglichst wenig Gefahr auszusetzen. Darum gilt für alle Mitkämpfer das höchste Gebot: Vorsichtig zu sein. [...] Das Wichtigste, was Sie in nächster Zeit tun können, ist, neue und absolut zuverlässige Mitglieder zu werben [...]. Machen Sie uns gleichzeitig Mitteilungen über Absichten und Vorbereitungen der Nazis. Insbesondere ist wichtig zu wissen, ob das Militär, die SA., SS. und NSKK. in Alarmzustand versetzt sind. Von heute an darf es für Sie nichts anderes mehr geben, als den rücksichtslosen Kampf gegen den Nationalsozialismus.“⁴³

⁴¹ DÖW 51827, Anklageschrift S. 12f. Siehe auch: DÖW 8197, S. 6f. Siehe auch: Pichler, Widerstandsgruppen, S. 85f.

⁴² Ebd.

⁴³ Ebd., S. 11f.

Diese Passagen aus dem Aufnahmeschreiben sprechen eher dafür, dass das NS-Regime in Österreich schon etabliert sein musste. In der Ersten Republik und im „Ständestaat“ hätte der Kampf gegen die Nationalsozialist*innen nicht in „aller Stille und völlig geheim“⁴⁴ durchgeführt werden müssen, da die österreichische NSDAP im Juni 1933 verboten und gegen die illegalen Nationalsozialist*innen spätestens nach der Ermordung Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934 in Wien auch schärfer vorgegangen wurde.⁴⁵ Ebenso ist die Meldepflicht der Mitglieder über Absichten und Vorbereitungen von NS-Organisationen und dem Militär ein Hinweis dafür, dass Österreich unter nationalsozialistischer Herrschaft war.

Wann genau Himmer und Oberholzer in Kontakt traten, kann nicht geklärt werden. Konkretere Pläne zu einer Widerstandsgruppe durften aber wohl erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich geschmiedet worden sein. Da Himmer schon in der Ersten Republik mit Autoritäten aneckte und insgesamt 19 Mal aufgrund diverser Delikte verurteilt worden war,⁴⁶ hatte dieser mit Sicherheit auch mit dem neu etablierten NS-Regime große Probleme. Dass sich der als „rebellisch und eigensinnig“⁴⁷ geltende Himmer nicht dem totalitären Machtanspruch der Nationalsozialist*innen unterwerfen wollte und deshalb den Kontakt zu Oberholzer dazu nutzte eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus in Vorarlberg aufzubauen, kann aus heutiger Sicht als plausibel bezeichnet werden und scheint zudem der Persönlichkeit Himmers zu entsprechen.⁴⁸

Wesentlich für die Gründung der AKO waren also zwei Akteure, Himmer und Oberholzer. An dieser Stelle ist es für den weiteren Verlauf dieses Kapitel wichtig, sich mit der Person Himmer auseinanderzusetzen.

⁴⁴ DÖW 51827, S. 11.

⁴⁵ Meinrad Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg. Opfer . Täter . Gegner, Innsbruck 2012, S. 38.

⁴⁶ DÖW 51827, Anklageschrift S. 5f.

⁴⁷ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 324.

⁴⁸ Ebd.

2.2. *Der unangepasste Sozialrebell: Wilhelm Himmer*

Die weitere Geschichte der „Aktionistische Kampforganisation“ in Vorarlberg kann ohne eine kurze Beschreibung zur Person Wilhelm Himmer, der wohl als Leiter fungierte und die Organisation aufbaute, nur schwer verstanden werden. Es stellt sich daher folgende Frage: *Wer war Wilhelm Himmer?* Die Prozessakten gegen die AKO, so kritisch sie aufgrund der NS-Justiz betrachtet werden müssen, liefern doch gute Einblicke in die persönlichen Verhältnisse und Hintergründe der beteiligten Personen, die teilweise auch durch andere Quellen bestätigt werden können. Speziell beim Hauptangeklagten Himmer, gaben sich die Ankläger sehr viel Mühe, dessen Lebensumstände und Lebenslauf genau nachzuzeichnen. Himmer wurde am 30. November 1910 in Bludenz geboren und war ein außereheliches Kind. Aufgezogen wurde er durch seine Großeltern väterlicherseits in Dornbirn. Nachdem er dort auch die Volksschule besuchte, lernte er ab 1924 im Dornbirner Textilunternehmen F.M. Hämmerle die Weberei. Von 1927 bis 1930 absolvierte er eine Lehre zum Schlosser beim Dornbirner Schlossermeister Berghammer. Ab 1930 war er immer wieder als Hilfsarbeiter in einer Tischlerei tätig, ehe er nach dem „Anschluss“ bis zu seiner Verhaftung als Schlosser wieder bei F.M. Hämmerle tätig war.⁴⁹

Was die beruflichen Tätigkeiten betrifft, scheint Himmer ein Arbeiter wie jeder andere gewesen zu sein. Werden jedoch die von ihm begangenen Delikte herangezogen, wird es schwierig und durchaus kompliziert eine Einschätzung darüber abzugeben, um was für eine Persönlichkeit es sich bei ihm handelte. Schon im Alter von 13 Jahren, als er noch die Schule besuchte, wurde er 1924 vom Bezirksgericht Dornbirn wegen einer Stichverletzung, die er einem Mitschüler zufügte, zu fünf Tagen „Verschließung“ verurteilt. Knapp ein Jahr später wurde er erneut vom Bezirksgericht Dornbirn zu einer 24 stündigen Haft verurteilt, da er einen Diebstahl bei seinem Arbeitgeber F.M. Hämmerle verübte. 1926 erhielt er wegen eines Raufhandels (=Beteiligung an einer Schlägerei) eine Geldstrafe. Am 24. und 31. August 1927 berichtete das *Vorarlberger Tagblatt* über eine Diebesbande, deren Anführer Himmer war. Ausgangspunkt für die Ermittlungen der Gendarmerie war der Diebstahl eines Motorrads in der Adolf-Rhomberg-Straße gewesen, was die Ermittler zu Himmer und drei anderen Jugendlichen führte. Eine bei Himmer durchgeführte Hausdurchsuchung brachte unter

⁴⁹ DÖW 51827, Anklageschrift S. 5f.

anderem mehrere gestohlene Motor- und Fahrräder ans Licht.⁵⁰ Im Bericht vom 24. August wurde sogar die Behauptung aufgestellt, dass es sich bei den Jugendlichen um Mitglieder des Republikanisches Schutzbundes⁵¹ handelte.⁵² Dieser Zeitungsbericht ist die einzige Quelle, die einen möglichen Hinweis auf eine politische Mitgliedschaft Himmers liefert.

Aufgrund dieser Diebstähle und wegen „Schändung (Vornahme unzüchtiger Handlungen an Minderjährigen) eines zwölfjährigen Mädchens“⁵³ wurde der erst 17-jährige Himmer vom Landesgericht Feldkirch zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt. Als Folge dieser Verurteilungen wurde er am 21. November 1927 rechtskräftig aus Dornbirn ausgewiesen.⁵⁴ Die damalige Vorarlberger Gemeindeordnung gab den Städten und Gemeinden mit dem Paragraph 10 durchaus die Möglichkeit, „Gemeindegossen und Auswärtige“ aus dem Stadt-/Gemeindegebiet auszuweisen, wenn diese mehrfach gerichtlich abgestraft wurden oder gröbere Verletzungen gegen die Sittlichkeit begingen.⁵⁵ Ähnliche Fälle aus dieser Zeit sind auch in Bregenz zu finden.⁵⁶ Himmer legte erfolglos Berufung gegen die Ausweisung ein.⁵⁷ Trotz rechtskräftigem Bescheids verließ er die Stadt nicht beziehungsweise kehrte immer wieder zurück. Ein weiterer Vorfall, wohl im Zusammenhang mit seiner Ausweisung, ist für das Jahr 1930 belegt. Am 9. August 1930 berichtete die *Vorarlberger Wacht* über die Verhaftung des „abgeschaffenen“ (ausgewiesenen) Himmers. Dieser hätte in seiner Wohnung festgenommen werden sollen, jedoch wehrte er sich mit aller Gewalt dagegen. Mit einem Messer bewaffnet fügte er einem der Beamten eine Kopfverletzung zu und flüchtete daraufhin, ehe er am selben Tag noch in der Nähe eines Fabrikgeländes (Firma Rhomberg) durch den Einsatz mehrerer Beamter verhaftet werden konnte. Himmer sei dabei mit einem Beil bewaffnet gewesen. Nach seiner Einlieferung in die Polizeistelle wurde er wohl schwer verprügelt, worüber sich die sozialdemokratisch gesinnte *Vorarlberger Wacht* echauffierte. Obwohl Himmer als „renitenter und arbeitscheuer“ Mensch bekannt gewesen sei, sei das Schlagen eines gefesselten Menschen ein Skandal, so die Zeitung.⁵⁸

⁵⁰ Vorarlberger Tagblatt vom 24.08.1927, S. 6. / Vorarlberger Tagblatt vom 31.08.1927, S. 5.

⁵¹ Paramilitärische Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs.

⁵² Vorarlberger Tagblatt vom 24.08.1927, S. 6.

⁵³ DÖW 51827, Anklageschrift, S. 6.

⁵⁴ Stadtarchiv Dornbirn, Protokoll Gemeindegtagssitzung vom 10.03.1936, Tagesordnung 3.

⁵⁵ Stadtarchiv Bregenz, Sammlung der Landesgesetze und Verordnungen des Landes Vorarlberg vom Jahre 1870 bis einschl. 1926 (1. Band – 1. Teil), S. 180f.

⁵⁶ Eigene Recherche als Mitarbeiter des Stadtarchivs.

⁵⁷ Vorarlberger Volksblatt vom 07.03.1928, S. 6. / Vorarlberger Tagblatt vom 23.05.1928, S. 6.

⁵⁸ Vorarlberger Wacht vom 09.08.1930, S. S. 4.

Am 12. Juli 1934 erhielt Himmer eine befristete Aufenthaltsbewilligung, die aber von der "Dauer seines Wohlverhaltens" abhing. Schon im Dezember 1935 wurde ihm die Aufenthaltsbewilligung "wegen Wachebeleidigung und öffentlicher Gewalttätigkeit" entzogen.⁵⁹ Er legte dagegen Berufung ein, was dazu führte, dass Himmer am 10. März 1936 Gegenstand einer nichtöffentlichen Sitzung des Gemeindetags wurde, wo die Versammelten zu dem Entschluss kamen, dass Himmer kein Recht auf Einspruch habe, da er „ein äußerst renitenter und gelegentlich rabiater Mensch ist, der sich fortgesetzt immer wieder in öffentlichen Gewalttätigkeiten gefällt und ergeht“.⁶⁰ Wieso Himmer in Folge dennoch in Dornbirn bleiben konnte, ist unklar.

Laut Anklageschrift soll Himmer zwischen 1930 und 1933 weitere 14 Verurteilungen, unter anderem wegen Sachbeschädigung, Landstreicherei und verbotener Rückkehr, erhalten haben.⁶¹ Im März 1932 kam er in das Arbeitshaus Korneuburg. Nach drei Ausbrüchen aus diesem Arbeitshaus, wurde er aufgrund angeblicher Debität in die psychiatrische Klinik nach Wien überstellt. Darauf folgte ein kurzer Aufenthalt in der Niederösterreichischen Landes Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Geistesranke „Am Steinhof“, das während der NS-Zeit „zum Wiener Zentrum der nationalsozialistischen Tötungsmedizin“⁶² wurde, da 7.500 Steinhof-Patient*innen in dieser Zeit Opfer der NS-Tötungsmaschinerie wurden.⁶³ Im Anschluss wurde er in die „Vorarlberger Landesirrenanstalt Valduna“ überstellt. Diese wurde 1870 im Zuge der politischen Trennung von Tirol gegründet, da die psychiatrische Anstalt in Hall keine psychisch kranken Vorarlberger*innen mehr aufnahm.⁶⁴ Obwohl Himmer im Februar 1934 die Anstalt „gebessert“ verließ,⁶⁵ könnte ihm der Aufenthalt in der „Valduna“ durchaus den Ruf als einen Verrückten/Irren oder auch eines Sonderlings eingebracht haben. Dass sich Himmers aufmüpfiges Gemüt nach den Aufenthalten in diversen Einrichtungen aber nicht wirklich „gebessert“ hatte, zeigt ein weiteres Gerichtsurteil aus dem Jahr 1936.

⁵⁹ Protokoll Gemeindegtagssitzung vom 10.03.1936. Sowie: Werner Bundschuh, Bestandsaufnahme: Heimat Dornbirn 1850-1950 (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 8), Bregenz 1990, S. 210.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ DÖW 51827, Anklageschrift S.7.

⁶² Gedenkstätte Steinhof. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien,

[<http://gedenkstaettesteinhof.at/de/ausstellung/wien-steynhof>], eingesehen am 29.04.2020.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Gernot Kiermayr, Valduna – Blitzlichter auf die Geschichte der "Irren"anstalten in Vorarlberg, in: erinnern.at, Regionale Quellen für den Geschichtsunterricht am Beispiel Vorarlberg

[http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/e_bibliothek/regionale-quellen-fur-den-geschichtsunterricht], eingesehen am 29.04.2020.

⁶⁵ DÖW 51827, S. 7.

Was war geschehen? Himmer musste aufgrund einer Vorladung am 3. Dezember 1935 im Steueraufsichtsamt Dornbirn bei Hofrat Walter von der Finanzlandesdirektion Vorarlberg erscheinen. Am Tisch lag der Vorwurf des Wertpapierschleichhandels. Auf die Strafuntersuchung gegen seine Person reagierte Himmer gereizt und aggressiv. Als Hofrat Walter mit einer Verhaftung drohte, falls sich der vor Wut kochende Himmer nicht beruhigen sollte, antwortete dieser folgendes: „Wenn du mich verhaften willst, Hofrätle, scheiße ich das ganze Gericht an und dir streiche ich den Dreck ins Gesicht“.⁶⁶ Dem nicht genug, wollte Himmer den Hofrat mit einem Stuhl attackieren. Nachdem er von einem anderen Anwesenden überwältigt wurde, stellte er sich plötzlich bewusstlos. Als Gendarm Otto Gassner eintraf, um Himmer zu verhaften, wehrte er sich mit Händen und Füßen und beleidigte den Polizisten. Laut Urteilschrift soll er die beiden Beamten als Bluthunde, Massenmörder und Notzüchtler beschimpft haben.⁶⁷ Vor Gericht verteidigte sich Himmer damit, die Fassung verloren zu haben und verwies in diesem Zusammenhang auf den Umstand, dass er sich wegen Geisteskrankheit bereits in einer geschlossenen Anstalt befunden hatte. Die Argumentation von Himmers Verteidigung, er habe an dem besagten Tag an Bewusstseinsverlust gelitten und nicht gewusst, was er tat, folgte das Gericht nicht. Am Ende der Urteilschrift wird zwar darauf eingegangen, dass Himmers krankhafte Veranlagungen zwar mildernd auf das Urteil wirken müssen, da Himmer debil, leicht erregbar und nicht jene Willenskraft besitze, die einem normalen Menschen eigen sei. Wegen der unzähligen Vorstrafen verurteilte das Landesgericht Feldkirch ihn aber wegen „Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit 3. Falles“ und „Übertretung der Beleidigung der öffentlichen Beamten“ zu zwei Monaten schweren Kerker.⁶⁸

1937 hatte Himmer erneut ein Problem mit der Finanzlandesdirektion Feldkirch wegen eines Devisenvergehens. Er wurde deshalb abermals zu drei Monaten Haft verurteilt, jedoch wurde ihm die Strafe angeblich nach dem „Anschluss“ vom Reichsminister der Finanzen erlassen.⁶⁹

Am 22. Oktober 1938 heiratete Himmer Elsa Herzig. Elsa Himmer, geboren am 1. März 1914 in St. Margrethen, stammte aus Diepoldsau (Schweiz) und lebte bis zu ihrer Eheschließung, obwohl sie mit Himmer schon ein Kind hatte, bei ihren ehemaligen Pflegeeltern in der Schweiz.

⁶⁶ Vorarlberger Landesarchiv, Dokumentensammlung der J.-A.-Malin-Gesellschaft, Schachtel VIII, 1938-1945: Widerstandsgruppen, Individueller Widerstand, Landesgericht Feldkirch 678/35, Himmer Wilhelm.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ DÖW 51827, Anklageschrift S.7.

Erst als sie verheiratet waren, zog Elsa Himmer nach Dornbirn und wurde deutsche Reichsbürgerin.⁷⁰ Die Tatsache, dass Elsa Himmers Familie in der Schweiz lebte, ermöglichte dem Ehepaar auch nach dem „Anschluss“ die Einreise in die Schweiz durch eine Grenzkarte für den kleinen Grenzverkehr.⁷¹ Der kleine Grenzverkehr war mit einer Verordnung vom Oktober 1939 bereits stark eingeschränkt. Von Vorarlberg aus konnte nur unter strengsten Auflagen in die Schweiz gereist werden. Um eine Grenzkarte überhaupt zu erhalten, musste ein „erhebliches schutzwürdiges Interesse“ im Schweizer Grenzgebiet vorhanden sein, wozu Familie, Arbeit und andere wirtschaftliche Interessen (beispielsweise Immobilien) zählten. Die Grenze durfte nur an einer in der Grenzkarte klar festgelegten Grenzstelle passiert werden und die Rückreise musste noch am selben Tag erfolgen. Außerdem durften nur einige festgelegte Orte des Kantons St. Gallen und des Kantons Appenzell besucht werden. Zu diesen Orten zählten sowohl die Heimatorte Elsa Himmers, St. Margrethen und Diepoldsau, sowie Heiden, wo Max Oberholzer lebte.⁷²

Wilhelm Himmer konnte dadurch bis zu seiner Verhaftung im Jänner 1940 relativ problemlos in die Schweiz einreisen, was er auch mehrmals tat. Himmer sammelte nicht nur, wie laut Richtlinien der AKO, nachrichtendienstliche Informationen für die Zentrale (= Oberholzer), sondern auch für die Schweizer Armee, wie Meinrad Pichler sehr überzeugend festhielt.⁷³ In einem Interview mit Pichler behauptete Elsa Himmer (zu diesem Zeitpunkt nach ihrer Heirat 1946⁷⁴ mit Albert Fitz, Elsa Fitz), dass Himmer sich mehrere Male mit einem Offizier der Schweizer Armee in Altstätten traf. Elsa Himmer selbst durfte zwar an den Gesprächen nicht teilnehmen, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Himmer nicht nur für Oberholzers AKO tätig war, sondern auch für offizielle Schweizer Stellen wichtige militärische Informationen sammelte. In diesem Zusammenhang eruierte Pichler, dass die Schweizer Behörden in dieser Zeit ein enormes Interesse an militärische Informationen aus den Grenzgebieten hatten. Diese Tatsache zeigte sich auch bei intensiven Einvernahmen von Deserteuren durch die schweizerische Militärbehörde. Ein interessanter Fall war der eines Lustenauers: Eduard Grabher verkaufte an die St. Galler Kantonalregierung gefälschte Invasionspläne der Wehrmacht für 600 Schweizer Franken. Erst nachdem sie ihre Truppen

⁷⁰ DÖW 51827, Urteilsschrift S. 1 & 4.

⁷¹ Pichler, Widerstandsgruppen, S. 87.

⁷² Vorarlberger Tagblatt, 13.10.1939, S. 5.

⁷³ Pichler, Widerstandsgruppen, S. 87.

⁷⁴ Auskunft von Oliver Heinzle vom Gemeindearchiv Lustenau.

vorsichtshalber ins Rheintal Richtung Grenze schickten, merkten die schweizerischen Militärbehörden, dass die Pläne falsch waren und übergaben Grabher der Gestapo. Dieser endete schlussendlich 1940 in der Berliner Strafanstalt Alt-Moabit, wo er offiziell wegen „Widerstandes“ erschossen wurde.⁷⁵ Das Interesse der Schweizer Behörden für Informationen aus Vorarlberg war also groß und Himmer wusste das höchstwahrscheinlich für seinen (finanziellen) Vorteil zu nutzen.

Schlussendlich bleibt die Frage, wie die Person Wilhelm Himmer zu bewerten ist. Himmer war mehrfach vorbestraft. In den wenigen Beschreibungen zu seiner Person, wird in fast allen Fällen sein aggressives und renitentes Verhalten hervorgehoben. Mehrere Psychiater attestieren ihm eine psychische Krankheit (Geisteskrankheit und/oder Debität) die sich oft in Gewaltausbrüchen und verbalen Attacken geäußert haben soll. Himmer selbst bezog sich sogar in der zuvor erwähnten Verhandlung 1936 darauf, dass er wegen Geisteskrankheit in einer geschlossenen Anstalt war.⁷⁶ Möglicherweise war Himmer aber auch nur, wie von Meinrad Pichler beschrieben, ein „unangepasster Sozialrebell“,⁷⁷ der auf jede Art von Autorität und Bevormundung sofort gereizt und zum Teil auch aggressiv reagierte und in den derzeit aktuellen Protestbewegungen („Querdenker“ und ähnliche) wohl kaum auffallen würde. Himmers Unfähigkeit sich den damaligen gesellschaftlichen Normen anzupassen, könnte daher der Grund gewesen sein, dass er mehrmals in psychiatrische Anstalten eingewiesen wurde. Wie die Person Himmer wirklich war, kann und soll an dieser Stelle nicht endgültig geklärt werden. Beim Vergleich der Anklage- und Urteilschrift des Hauptprozesses gegen die AKO, kommt der Verdacht auf, dass sich auch die Ankläger schwer mit einer Einschätzung taten. In der Anklageschrift heißt es, dass Himmer sich vor dem „Anschluss“ zwar politisch nicht betätigte, jedoch „galt er allgemein als Kommunist und asoziales Element“.⁷⁸ In der Urteilschrift wird nur davon gesprochen, dass er vor 1938 nicht politisch aktiv war.⁷⁹

Es können jedoch einige wohl begründete Vermutungen zu Himmer getroffen werden. Er war mit Sicherheit kein politisches Schwergewicht beziehungsweise kein charismatischer Anführer, der die Personen, die er anwerben wollte, in seinen Bann zog. Die vorhandenen Quellen von überlebenden Mitgliedern und Beteiligten (Josef Wieland, Johann Gutensohn)

⁷⁵ Pichler, Widerstandsgruppen, S. 87.

⁷⁶ Landesgericht Feldkirch 678/35.

⁷⁷ Pichler, Widerstandsgruppen, S. 86.

⁷⁸ DÖW 51827, Anklageschrift S.7.

⁷⁹ Ebd., Urteilschrift S. 4.

erwähnen Himmer kaum. Die Anwerbungen Himmers und seiner engsten Vertrauten erfolgten relativ offen, oft auf Arbeiterversammlungen oder in Gasthäusern. Als Beispiel ist hierfür ein Treffen beim Hilfsarbeiter Karl Stadelmann zu nennen, bei dem mehrere Arbeiter anwesend waren. Darunter war auch Josef Jäger, der ebenfalls Angeklagter in einem der Prozesse im Zusammenhang mit der AKO war. Himmer und Arthur Sohm stießen bei diesem Treffen dazu und versuchten neue Mitglieder für die Gruppe zu gewinnen.⁸⁰

Unglücklicherweise für die AKO, handelte es sich bei Karl Stadelmann ebenfalls um einen Denunzianten. In einer mehrseitigen schriftlichen Schilderung, die nach dem Krieg vom AKO-Mitglied Josef Wieland unter dem Titel „Politische Ereignisse“ geschrieben wurde, erwähnt Wieland Stadelmann als einen von drei Verrätern. Stadelmann soll von der Gestapo bezahlt worden sein, nachdem zuvor schon seine Ehefrau die AKO beim Leiter der Gestapo Bregenz gemeldet haben soll.⁸¹ Stadelmann betrieb, ähnlich wie Albert Mäser, auf den im Kapitel 2.4 noch genauer eingegangen wird, ein doppeltes Spiel. Stadelmann ging nach dem oben erwähnten Treffen zur Gestapo und meldete dort die Gruppe. In Folge war er bezahlter Informant für die Gestapo und blieb im Umfeld der AKO tätig. So wird in der Anklageschrift von einem gemeinsamen Radausflug Himmers mit Sohm und Stadelmann am 17. Dezember 1939 zur Schweizer Grenze zwischen Koblach und Lustenau berichtet, in dem Himmer angeblich observieren wollte, wie die Grenze besetzt sei.⁸²

Dass Stadelmann mit der Gestapo kooperierte, bestätigt die Urteilsschrift im Prozess gegen Peter Naumann. Naumann, der wegen Landesverrats mit Vorbereitung zum Hochverrat vom 2. Senat des Volksgerichtshofs im Zusammenhang mit der AKO ebenfalls 1942 zum Tode verurteilt wurde, hatte im Vorfeld des Prozesses Stadelmann als seinen Zellengenossen. In der Urteilsschrift wird die Aufgabe Stadelmanns als Häftling wie folgt beschrieben: „Der Zeuge Stadelmann ist allerdings ausdrücklich zu dem Zweck in die Zelle des Angeklagten gelegt worden, ihn auszuhorchen.“⁸³ Naumann und dessen Rolle wird im Kapitel 2.5/2.6 genauer beleuchtet. Das Beispiel Stadelmanns (und später auch Albert Mäsers) zeigt, dass Himmer unvorsichtig bei Rekrutierungen vorging. Himmers Leichtsinnigkeit wurde bei seiner Verhaftung im Jänner 1940 erneut sichtbar. Bei einer Leibesvisitation an der Lustenauer

⁸⁰ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, 8227, Urteilsschrift im Prozess gegen Josef Jäger.

⁸¹ VLA, DMG, Josef Wieland, „Politische Ereignisse“ (Politischer Bericht 1938–1945), Dornbirn 1946, S. 3.

⁸² DÖW 51827, Anklageschrift S.27.

⁸³ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, 51826, Urteilsschrift im Prozess gegen Peter Naumann.

Grenze entdeckten die Beamten verschiedene Zettel, die zum Teil der AKO zugeordnet werden konnten. Nach kurzem Verhör durch die Gestapo wurde er wieder freigelassen und machte genau das, worauf die Gestapo spekulierte. Himmer suchte die Wohnungen einiger Mitglieder auf und warnte diese. Die Falle der Gestapo schnappte damit zu und er wurde einen Tag später erneut verhaftet.⁸⁴

Wer und wie Himmer wirklich war, kann nicht endgültig beantwortet werden. Aus den Quellen ergibt sich jedoch ein gewisses Bild, dass Himmer zum Teil als aggressiv, renitent und unvorsichtig zeigt. Ob Himmer wirklich ein Fall für die Psychiatrie war, wie seine Aufenthalte in den genannten Einrichtungen vermuten lassen würde, bleibt offen, dürfte aber eher auszuschließen sein. So hob beispielsweise der Leiter der Haftanstalt Feldkirch in einem Bericht hervor, dass Himmer sich während seiner längeren Haftzeit in Feldkirch (1940 bis 1942) tadellos Verhalten und die ihm zugewiesenen Arbeiten fleißig verrichtet habe. Der Leiter setzte sich sogar dafür ein, dass Himmer anstatt der Todesstrafe eine lebenslange Zuchthausstrafe erhalten sollte.⁸⁵

2.3. Verbindungen in die Schweiz: Max Oberholzer und die Schweizer AKO

Der geistige Urheber und Initiator der AKO in Vorarlberg war Max Oberholzer. Er war es, der Himmer mit der notwendigen Struktur, den Richtlinien und Zielen ausstattete. Bei Oberholzer musste auch jedes neue Mitglied gemeldet werden. Oberholzers Deckanschrift in Heiden soll auf den Namen „Marie Luise Huber“ gelaufen sein. Dieser sandte dann per Post von Konstanz aus das Aufnahmeschreiben mit der Mitgliedsnummer. Laut Anklageschrift sollen diese Schreiben oft durch einen Briefumschlag mit Trauerrand getarnt gewesen sein.⁸⁶ Max Josef Oberholzer wurde am 7. Februar 1912 in Dietmannsried (Deutschland) im Oberallgäu geboren. Er studierte Rechtswissenschaften. Seine Studienaufenthalte brachten ihn nach München, Zürich und Madrid. Laut eigenen Angaben legte Oberholzer mit 21 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft ab und erhielt einen Schweizer Reisepass. Zwischen 1935 und 1936 war Oberholzer aufgrund einer Erkrankung des Vaters in Deutschland, ehe er 1937 in die Schweiz zurückkehrte. Dort lebte er zunächst bei seiner Tante in Güttingen (Thurgau), wo er

⁸⁴ Pichler, Widerstandsgruppe, S. 87.

⁸⁵ DÖW 51827, Anhang Punkt V.

⁸⁶ DÖW 51827, Anklageschrift S. 15.

das thurgauische Anwaltsexamen absolvierte. Danach war er zwischen 1937 und 1939 als Mitarbeiter in der Kanzlei des Schweizer Bundesrates Dr. Hans Konrad Sonderegger in Heiden tätig.⁸⁷ Da Oberholzer mit Sondereggers Tochter verlobt war, lebte er auch längere Zeit im Haus der Sondereggers.⁸⁸

Während seines Aufenthalts in Heiden musste Oberholzer Himmer kennengelernt haben. Die Schweizer Behörden bekamen interessanterweise erst 1941 mit, dass sich um Oberholzer in den Jahren zuvor eine Organisation gebildet hatte. Durch ein Fernschreiben aus Berlin erhielt das Zollamt Kreuzlingen 1941 die Meldung von einer illegalen kommunistischen Organisation in der Schweiz, die sich „aktivistische Kampforganisation“ nenne. Laut diesem Bericht soll die Organisation auch in England und Frankreich bestehen. Als Leiter der AKO in der Schweiz wird in dem Schreiben Oberholzer genannt. Sonderegger und seine Tochter sollen die Mitarbeiter gewesen sein. Am Ende des Berichts wird festgehalten, dass dieser illegalen Organisation „speziell ehemalige Oesterreicher aus linksstehenden Kreisen (Kommunisten und Sozialisten), sowie auch Reichsdeutsche und Schweizer angehören“.⁸⁹

Die Gestapo wurde aber höchstwahrscheinlich selbst erst nach der Verhaftung Himmers und anderer Mitglieder der AKO auf Oberholzer aufmerksam. Beleg dafür ist eine Aussage Oberholzers, dass er noch im Sommer 1939 ohne Probleme seine Familie besuchen konnte. Gegen seine Angehörigen in Deutschland wurden laut seinem Wissensstand ebenfalls keine Maßnahmen getroffen. Erst einige Zeit später soll er von seiner Mutter eine getarnte Warnung erhalten haben, woraus er schließen konnte, dass er Deutschland nicht mehr aufsuchen soll.⁹⁰ Die Schweizer Behörden wurden auf Oberholzer 1940 im Zuge einer Anzeige wegen Besitzes illegaler Bücher ("Hitler m'a dit" und "Hitler et moi") aufmerksam. Als Folge dieser Anzeige wurde er durch das Polizei-Inspektorat Zürich vernommen. Die Ermittler sprachen ihn dort aber nur auf bestimmte Kontakte und auf eine Liste von Personen aus dem Deutschen Reich an, die er gesammelt hatte. Durch dieses Verhör lässt sich der Kontakt zwischen Oberholzer

⁸⁷ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000035, S. 3.

⁸⁸ DÖW 51827, Anklageschrift S. 10.

⁸⁹ Schweizerisches Bundesarchiv, P049562, Bericht Schweizerisches Hauptzollamt Kreuzlingen-Emmishofen von 14.02.1941, OBERHOLZER, MAX JOSEF, 07.02.1912; SONDEREGGER, JOHANN (HANS CONRAD), 10.10.1891; SONDEREGGER, MARIA (MARIA), 30.10.1919, S. 1.

⁹⁰ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000044 vom 09. August 1943, S. 3.

und Himmer eindeutig bestätigen. Auf die Frage, zu welchem Zwecke er Adressen von Personen aus Deutschland sammelte, antwortete Oberholzer folgendes:

„Die Adressen sind gesammelt worden in den Jahren 1937 und 1938. Zum Teil von mir und zum Teil von Ernst Himmer, wohnhaft in Dornbirn. Dies mit dem Zweck, um Nachrichten aus Deutschland zu erhalten. Frl. Sonderegger weiss, dass ich solche Adressen habe. Es ist Frl. Annina Sonderegger, Tochter von Dr. Sonderegger, Heiden.“⁹¹

Bei dem hier erwähnten Ernst Himmer muss es sich um Wilhelm Himmer handeln. Dass Himmer seine Tätigkeit für die AKO ernst nahm und einige Personen/Mitglieder bei Oberholzer meldete, wird anhand der von Oberholzer gesammelten Kontakt- und Adressliste sichtbar. Folgende Tabelle zeigt alle Personen, die auf Oberholzers Liste waren und mit der Vorarlberger AKO in Zusammenhang gebracht werden können:

Name	Wohnort	Sonstige Notizen
Josef Heinzle	Dornbirn	KP
Josef Wieland	Dornbirn, Haselstauderstraße 14	Vermerk Browning (=Schusswaffe)
Arthur Sohm	Dornbirn, Rüttenersch 7	KP (Kommunist)
Gutersohn (=Gutensohn)	Dornbirn, Moosmahdstraße	25-27 Jahre, zuverlässig und überall verwendbar. Intelligenter Arbeiter zur Zeit wahrscheinlich Militärdienst.
Josef Heinzle	Dornbirn, Höchsterstrasse	Webermeister, 30- 35 J.alt. K.P. sehr zuverlässig
Albert Mäser	Dornbirn, Mühlgasse 7	Friseur. <u>K.P.</u> militärpflichtig Flab (=Fliegerabwehr) zuverlässig. Hat bei Einmarsch der Deutschen Existenz verloren. Geschäft wurde ihm geschlossen.

92

Im Original sahen die Listen wie folgt aus:

⁹¹ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000035, S. 5.

⁹² Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000035, S. 10-16.

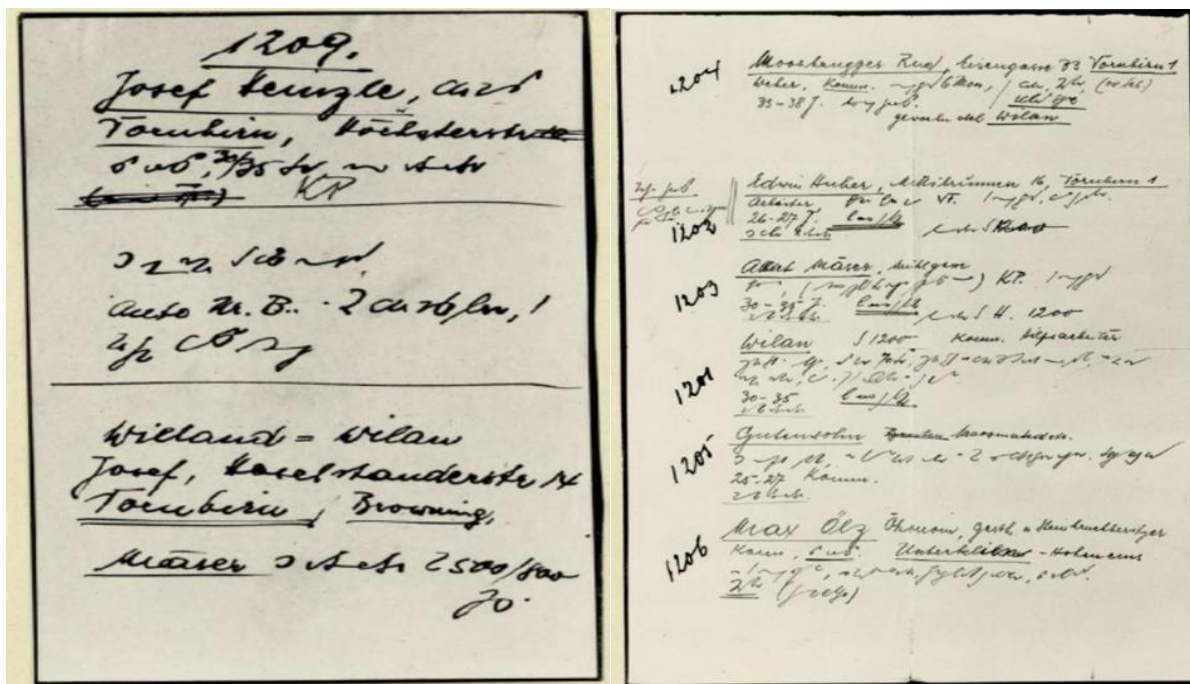


Abbildung 4: Schweizerisches Bundesarchiv. Auszug Liste Oberholzer.

Bei fast allen Personen, die mit der AKO in Verbindung gebracht werden können, findet sich die Zusatznotiz „K. P.“, die wohl für „Kommunistische Partei“ steht und die politische Gesinnung der Personen beschreiben soll. Bei Josef Wieland ist sogar der Vermerk „Browning“, was darauf hindeutet, dass Wieland wohl in Besitz einer Schusswaffe war. Inwiefern diese Angaben jedoch immer der Wahrheit entsprachen, oder nur die Einschätzungen Himmers oder einer anderen Person waren, kann am Beispiel von Josef Heinzle gezeigt werden. Er war ein entfernter Verwandter von Himmer und wurde von diesem bei Oberholzer als Mitglied gemeldet. Die Einschätzung „K. P.“ kann aber nicht mit letzter Sicherheit bestätigt werden. Da Heinzle in einem der AKO Gerichtsprozesse wegen „Nichtanzeigen verräterischer Umtriebe“ zu sechs Monate Haft verurteilt wurde, lässt sich Heinzles Lebenslauf aus den Akten gut nachzeichnen. Laut eigenen Aussagen soll Heinzle schon 1933 für einige Monate Mitglied bei der SA gewesen sein. Nach dem Anschluss war er Mitglied der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Dass Heinzle ein Kommunist war, kann deshalb zumindest angezweifelt werden.⁹³ In Wielands Bericht wird Heinzle auch als einer der Verräter genannt.

⁹³ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, 8226, Urteilschrift im Prozess gegen Leo Braun, Josef Heinzle und Emil Othmar Huber.

Interessanterweise lassen sich weitere Vorarlberger in der Liste von Oberholzer finden, die jedoch nicht direkt der AKO zugeordnet werden können:

Name	Wohnort	Sonstige Notizen
Max Oelz	Hohenems-Unterklien	Ökonom und Gasthofbesitzer. Mitglied K. P. sehr verlässlich. Im Januar 1939 erklärte er sich für den Nachrichtendienst bereit.
Edwin Huber	Dornbirn, Mittibrunnen 16	Früherer Führer der VF (=Vaterländische Front). Arbeiter. Konnte sich rechtzeitig tarnen und wurde nicht verhaftet. Militärpflichtig. Sehr intelligent und überall verwendbar. In Verbindung mit ehemaligen Schutzbundmitgliedern.
Rudolf Moosbrugger	Dornbirn, Eisengasse 33	<u>K.P.</u> Wurde 6 Monate wegen kommunistischer Betätigung eingesperrt. Absolut zuverlässig. 33-38 Jahre alt.

94

Ob diese Personen mit Mitgliedern der AKO in Kontakt oder möglicherweise sogar selbst Mitglieder waren, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Es ist aber durchaus möglich, dass sie von einem Mitglied der AKO bei Oberholzer gemeldet wurden. Max Ölz beispielsweise wurde im Februar 1940, zur selben Zeit wie die Mitglieder der AKO, wegen Abhörens von "Feindsendern" verhaftet und war bis Ende März 1941 in Dornbirn und Feldkirch inhaftiert.⁹⁵ Eine Verbindung zur AKO scheint bei Ölz also möglich zu sein, konnte ihm aber möglicherweise von der NS-Verfolgungsinstanzen nicht nachgewiesen werden. Ähnliches könnte für Huber und Moosbrugger gelten. Moosbrugger wurde schon 1935 wegen kommunistischer Betätigung zu sechs Monate Haft verurteilt.⁹⁶

Neben einigen Vorarlbergern finden sich auch zwei Osttiroler und mehrere Kärntner Oppositionelle auf der Liste, die fast alle der „Vaterländischen Front“ zugeordnet wurden. Warum Oberholzer die Kontaktdaten dieser Personen sammelte, geht nirgends hervor.

⁹⁴ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000035, S. 16.

⁹⁵ Johann-August-Malin-Gesellschaft, Lexikon "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945", Eintrag „ÖLZ, Max“, [<https://www.malingesellschaft.at/lexikon-verfolgung-und-widerstand/lexikon>], eingesehen am 28.05.2020.

⁹⁶ Ebd., Eintrag MOOSBRUGGER, Rudolf, eingesehen am 28.05.2020.

Möglicherweise plante Oberholzer weitere Organisationen wie die Vorarlberger AKO für Tirol und Kärnten. Mehr als Spekulationen können darüber aber nicht angestellt werden.

In Oberholzers Liste waren auch die Kontaktdaten von Schweizern zu finden, die Mitglied der „Nationalen Front“, einen Art Schweizer Ableger der NSDAP, waren. In diesem Zusammenhang kam wieder Himmer ins Spiel, der zusammen mit anderen Mitgliedern der AKO, Meldungen über die Treffen von Schweizer Faschisten mit ihren Vorarlberger Kollegen machte. So berichtete Himmer von einem gewissen Hans Dürst-Geyer aus Basel, der sein Auto mit dem Kennzeichen „BS 19684“ zwischen Jänner und Februar 1939 mehrmals vor dem „Braunen Haus“ in Dornbirn parkte.⁹⁷ Darüber hinaus lässt sich bei den Aufzeichnungen zu den Schweizer Faschisten immer wieder Notizen über eine „HJ“ (Hitlerjugend) im St. Galler Rheintal finden,⁹⁸ was belegt, dass der Nationalsozialismus auch in Teilen der deutschsprachigen Bevölkerung der Schweiz Sympathisant*innen fand.

Ziel Oberholzer war es, laut eigener Aussage, „regelmäßig Nachrichten antinationalsozialistischen Charakters“⁹⁹ durch seine Kontakte zu erhalten, um diese an den Nachrichtenoffizier seiner Einheit in der Schweizer Armee weiterzuleiten. Die Schweizer Bundesanwaltschaft bestätigte in einem Schreiben an die Polizeisektion des Armeekommandos, dass Oberholzer sich mit der Beschaffung und Vermittlung von Nachrichten befasse und es in politischer Hinsicht keine Bedenken gäbe. Die Nachrichten bekomme er von einem Vertrauensmann aus Deutschland.¹⁰⁰ Dass es sich bei dem Vertrauensmann um Himmer handelte, kann aus heutiger Sicht als gesichert angesehen werden. Nichts desto trotz beschäftigte Oberholzer die Schweizer Behörden noch eine Zeit lang. Berichte und Einschätzungen zu Oberholzer und einer vermeintlichen illegalen kommunistischen Organisation in der Schweiz gingen in den verschiedenen Behörden hin und her. Dabei waren es allen voran zwei Kontakte Oberholzers, Paul Armbruster und Primo Medici, die den Behörden Kopfzerbrechen bereiteten. Armbruster war französischer Konsulatsangestellter und versorgte Oberholzer mit den bereits erwähnten illegalen Büchern.

⁹⁷ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000035, S. 13.

⁹⁸ Ebd., S. 12–14.

⁹⁹ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000044 vom 09. August 1943, S. 2.

¹⁰⁰ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000040, Schreiben der Schweizerischen Bundesanwaltschaft an das Armeekommando, Ter. - Dienst, Polizeisektion vom 18. Februar 1941, S. 3.

Primo Medici war ein Studienfreund Oberholzers und arbeitete angeblich mit französischen Kommunisten zusammen.¹⁰¹

Falls es tatsächlich eine Verbindung zu einem französischen Ableger der AKO gab, war es wohl diese. Seine Kontakte sowie seine Tätigkeit bei der Zeitung „Demokrat“ sollen Oberholzer schlussendlich dazu bewegt haben eine Organisation gegen den Nationalsozialismus zu gründen.¹⁰² Laut Aussage Oberholzers habe die von ihm gegründete AKO „schon nach ihrer Gründung im Jahre 1938 wieder aufgehört zu existieren“¹⁰³, weshalb der Verdacht besteht, dass Oberholzer den Kontakt zu Himmer nur aufgrund der Beschaffung von Informationen aufrecht erhielt. Er half Himmer zwar bei dem Aufbau einer Widerstandsgruppe, war jedoch wohl mehr an den Informationen aus Vorarlberg interessiert als an dem Kampf gegen den Nationalsozialismus. Es soll laut Oberholzer auch keine Verbindung zu illegalen Kommunistischen Parteien oder Organisationen in England und Frankreich bestanden haben. Nach seiner Tätigkeit bei Sonderegger war er als juristischer Beamter beim eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement in der Sektion für Milch und Milchprodukte tätig. Bei seiner Tätigkeit dort wurde er als „tüchtiger und initiativer und zuverlässiger Untersuchungsbeamter“¹⁰⁴ beschrieben. Obwohl die Aktivitäten Oberholzers im Zusammenhang mit der AKO auf Seite der Schweizer Behörden zunächst mit Skepsis gesehen und eine Neutralitätsgefährdung nicht ausgeschlossen wurde,¹⁰⁵ beurteilten sie Oberholzer als eher Links-Orientierten, der keine „unschweizerische Gesinnung“ einnahm.¹⁰⁶

Es kann festgehalten werden, dass Oberholzer Himmer beim Aufbau einer Widerstandsgruppe in Vorarlberg maßgeblich unterstützte. Oberholzers Motive müssen aber eher in der Beschaffung von nachrichtendienstlichen Informationen gesehen werden, was sich anhand der Quellen durch gesammelte Personenlisten und seine Aussagen bestätigen lässt. In der Schweiz selbst war die AKO wohl nie richtig aktiv. Weitere Mitglieder in der Schweiz waren die

¹⁰¹ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000035, S. 5.

¹⁰² Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000044 vom 01. August 1943, S. 2.

¹⁰³ Ebd., S. 3.

¹⁰⁴ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000044 vom 01. August 1943, S.1.

¹⁰⁵ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000040, Schreiben der Schweizerischen Bundesanwaltschaft an das Armeekommando, Ter. - Dienst, Polizeisektion vom 18. Februar 1941, S. 3.

¹⁰⁶ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000045, Bericht vom 03. September 1943 von P. Dübi, Adjunkt der Abtlg.f. Landwirtschaft, S. 1.

Sondereggers, die aber nur bei der Informationsbeschaffung unterstützend tätig waren. Durch Oberholzers Kontakt zu einem französischen Kommunisten und einer möglichen Verbindung nach Spanien, kann zumindest teilweise von einer internationalen Vernetzung der AKO gesprochen werden, obwohl diese nicht endgültig belegt werden kann.¹⁰⁷

2.4. Das Umfeld der AKO: Anwerbungsversuche und Aktivitäten der AKO im Dornbirner Arbeitermilieu und darüber hinaus

Die Aktivitäten der AKO beschränkten sich auf Anwerbungsversuche im Dornbirner Arbeitermilieu und auf Informationsbeschaffungen für Oberholzer und Schweizer Militäroffiziere. Bevor auf die Anwerbungsversuche und Rekrutierungen durch Himmer und andere Mitglieder eingegangen wird, ist es wichtig, ein besseres Verständnis für das Umfeld zu haben, indem sich diese Aktivitäten abspielten. Dornbirn galt schon früh als „braunes Nest“ Vorarlbergs, da dort vor und nach dem Verbot der „NSDAP“ in Österreich die Nationalsozialist*innen in Vorarlberg am aktivsten waren. Da außerdem der Großteil der AKO-Mitglieder männliche Arbeiter waren, ist es notwendig, sich mit der durch den „Anschluss“ und den Nationalsozialismus veränderten Situation der Vorarlberger Arbeiterschaft auseinanderzusetzen, um mögliche Gründe zu finden, weshalb Arbeiter*innen mit dem NS-Regime unzufrieden waren.

2.4.1. Das „braune Nest“ Dornbirn

Die Mitglieder der AKO waren allen voran in Dornbirn aktiv und versuchten dort Arbeiter*innen für ihre Sache zu gewinnen. Dornbirn tat sich lange vor dem „Anschluss“ als „braunes Nest“ in Vorarlberg hervor. Diese Tatsache kann im Wesentlichen an zwei Gründen festgemacht werden. Zum einen war die Stadt schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein Zentrum der Großdeutschen und Liberalen. In dieser Zeit kam es auch zur Gründung mehrere „nationalen“ Vereine in Dornbirn (Gesangsvereine, Turnvereine, Deutsche Schulverein und

¹⁰⁷ Siehe unter anderem: DÖW 51827, Urteilschrift S. 7./ DÖW 8197 S. 4f./ DÖW 8226 S. 3f.

weitere), die den „Anschluss“ als das erklärte Ziel definierten.¹⁰⁸ 1918 kam es zur Gründung des *Vorarlberger Tagblatt*, das als offizielle Parteizeitung der „Großdeutschen Volkspartei“ diente und von Dornbirn aus erschien. 1933 verzichtete die Landesleitung der Partei auf das Herausgeberrecht und bildete eine "Kampffront" mit der NSDAP.¹⁰⁹ Ab diesem Zeitpunkt sollte das Tagblatt alle völkischen Kreise ansprechen, „welche gleich der Großdeutschen Volkspartei den Kampf für den [„Anschluss“] Österreichs an das deutsche Mutterland als ihre oberste Aufgabe“¹¹⁰ betrachteten. Nach dem „Anschluss“ war diese die einzige Zeitung in Vorarlberg und Parteiorgan der NSDAP.¹¹¹ Weitere in Dornbirn aktive Organisationen waren der Alpenverein, wo neben dem Bergsteigen vor allem die brüderliche „Verbundenheit zwischen dem Reich und Vorarlberg“¹¹² im Vordergrund stand, oder auch die Arbeitsgemeinschaft Schwaben-Vorarlberg. Diese war zunächst als Wirtschaftsverband Schwaben-Vorarlberg aktiv und verfolgte das Ziel, „durch Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den deutschen Bodenseeuferstaaten und Vorarlberg den seinerzeitigen politischen [„Anschluss“] Vorarlbergs an das Deutsche Reich vorzubereiten.“¹¹³

1924 kam es zur Gründung einer Ortsgruppe der NSDAP in Dornbirn. Angeführt von Anton (Toni) Plankensteiner begann ab 1930 von Dornbirn aus der zielstrebige Aufbau der Vorarlberger NSDAP. Dornbirn war aber nicht nur das Zentrum der Partei, sondern auch ihrer Nebenorganisationen wie der Schutz-Staffel (SS), der Sturmabteilung (SA), der Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) und der Hitlerjugend (HJ).¹¹⁴ Die Stadt erlangte den Ruf als „braunes Nest“. Symbolisch für diese Tatsache galt der Besuch von Kanzler Engelbert Dollfuß in Dornbirn am 29. Juni 1933. Die Nationalsozialist*innen rund um Plankensteiner schafften es eine gewaltige Menschenmenge zu organisieren, um dadurch den

¹⁰⁸ Harald Walser, *Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938* (Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 28), Wien 1983, S. 59.

¹⁰⁹ Werner Bundschuh, *Kreist das Blut der Ahnen? Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele*, in: Werner Bundschuh/Harald Walser (Hrsg.), *Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklung* (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz 1987, S. 29–83, hier S. 30.

¹¹⁰ Bundschuh, *Zum Bild der Dornbirner Unternehmer*, S. 30.

¹¹¹ *Vorarlberg Chronik, Printmedien in Vorarlberg*,

[<http://apps.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=145&left=artikel>], eingesehen am 10.06.2020. Als Beispiel für Zugehörigkeit des „Vorarlberger Tagblatt“ zur NSDAP siehe: *Vorarlberger Tagblatt vom 01.07.1942*, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19420701&seite=1&zoom=33>], eingesehen am 10.06.2020.

¹¹² Walser, *Die illegale*, S. 59.

¹¹³ Jürgen Klöckler, *Abendland - Alpenland – Alemannien. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947*, [<https://doi.org/10.1524/9783486595932>], Berlin-Boston 2009, S. 21.

¹¹⁴ Walser, *Die illegale NSDAP*, S. 59.

Besuch des Kanzlers zu einer Nazi-Kundgebung zu machen.¹¹⁵ Die Dornbirner NSDAP schaffte es in den Tagen vor dem Besuch Dollfuß alle verfügbaren SA-Einheiten aus den umliegenden Gemeinden, allen voran Lustenau und Hohenems, zu mobilisieren. Es folgte eine antiösterreichische Kundgebung mit „Heil-Hitler“-Rufen, die für die Nazis ein riesiger Erfolg war und für die Christlich-Sozialen zu einer Schmach wurde.¹¹⁶ Kreisleiter Plankensteiner erinnerte sich 1939 in einer zusammengestellten „Kreisgeschichte“ wie folgt an diesen Tag:

„[Dollfuß] wurde mit Heil Hitler-Rufen und mit dem Deutschland- und Horst Wessellied auf seiner ganzen Fahrt durch Dornbirn begrüßt. Militär wurde eingesetzt und ging mit gefälltem Seitengewehr gegen die Bevölkerung vor. Maschinengewehre wurden in den Hauptstrassen in Stellung gebracht. Dollfuß floh durch eine Seitengasse aus Dornbirn. Seit diesem Tage hiess Dornbirn das ‚Braune Nest‘ und begannen Massenvehöre und Massenverhaftungen.“¹¹⁷

Anhand dieses Vorfalles wird klar, dass die NSDAP in Dornbirn relativ früh eine enorme organisatorische Dichte erreichte, die vor allem auf die vorhandenen finanziellen Mittel zurückzuführen waren. Die Geldgeber sind im Dornbirner Fall leicht zu finden, da es allen voran Dornbirner Textilfabrikanten waren. Obwohl ursprünglich eher liberal und großdeutsch eingestellt, wandten sich die Textilfabrikanten im Zuge der Weltwirtschaftskrise, die auch die Textilindustrie hart traf, vermehrt den faschistischen Parteien zu.¹¹⁸ Dass auch die Vorarlberger Nationalsozialist*innen durch Dornbirner Unternehmer unterstützt wurden, kann durch mehrere Beispiele belegt werden. So rühmten sie sich mit ihren prominenten Geldgebern im "Roten Adler", dem "Kampfblatt der NSDAP für Tirol und Vorarlberg", und scheuten sich dabei nicht, die Namen bekannter Unternehmer zu nennen, was schließlich 1933 sogar zur Verhaftung einiger einflussreicher NS-Sympathisanten führte.¹¹⁹

Anton Plankensteiner sprach bei einer Rede in Rankweil 1933 von den guten Beziehungen der Partei zu den Unternehmern. Ein anwesender Beamter berichtete, dass Plankensteiner seine Kameraden darauf hinwies sich von möglichen Geldstrafen nicht abschrecken zu lassen, da diese „ja ohnehin von den N.S.D.A.P.-Fabrikanten von Dornbirn bezahlt werden“.¹²⁰ Konkrete Beziehungen zwischen Partei und Unternehmen gab es speziell bei der Firma F.M. Hämmerle.

¹¹⁵ Böhler, Ingrid, Dornbirn in Kriegen und Krisen. 1914 – 1945, Innsbruck-Wien 2005, S. 134.

¹¹⁶ Walser, Die Illegale NSDAP, S. 116.

¹¹⁷ Zitiert nach: Böhler, Dornbirn in Kriegen, S. 135.

¹¹⁸ Harald Walser, Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1934, in: Meinrad Pichler (Hrsg.), Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz ²1983, S. 96–107, hier S. 97.

¹¹⁹ Ebd., S. 100.

¹²⁰ Zitiert nach: Walser, Die Illegale NSDAP, S. 53.

Viktor Hämmerle, der Seniorchef des Unternehmens, tat sich in diesem Zusammenhang immer wieder hervor. So sammelte er beispielweise mit Plankensteiner Gelder aufgrund einer Hochwasserkatastrophe im Montafon im August 1933. Die NDSAP war zu diesem Zeitpunkt schon verboten in Österreich. Die Sammelaktion schlug hohe Wellen und wurde schließlich einige Monate später von der Landesregierung nicht mehr erlaubt, da im Zusammenhang mit dieser Aktion eine nationalsozialistische Propagandatätigkeit vermutet wurde.¹²¹ Auch der Dornbirner Gendarmerieposten, der normalerweise alles andere als kritisch mit den heimischen Unternehmer umging, berichtete über Hämmerle folgendes: „Richtig mag auch sein, daß [sic!] er (Victor Hämmerle, HW) die Partei finanziell unterstützt“.¹²² Der Schwiegersohn Hämmerles, Gustav Wagner-Wehrborn, war Prokurist der Firma und den Vorarlberger Behörden bereits länger als Führendes Mitglied und Finanzier der dortigen NSDAP bekannt.¹²³ Die wirklichen Machtverhältnisse in Dornbirn werden anhand von zahlreichen Beschwerdebriefen und Gendarmerieprotokollen schnell klar. Lorenz Dür, der als Sekretär des Christlichen Arbeitersekretariats tätig war und unter den Nationalsozialist*innen verhasst war, wandte sich mit mehreren Beschwerden und Anzeigen an die Sicherheitsdirektion des Landes. Am 18. Jänner 1934 schrieb er, aus heutiger Sicht mit großer Weitsicht, folgende Beschwerde an den Sicherheitsdirektor:

„Solange die zuständigen Faktoren nicht wissen wollen oder den Mut nicht aufbringen, den Dornbirner Industriellen als verantwortlichen Drahtziehern und Geldgebern der NSDAP das Handwerk zu legen, den zweifelhaften Exekutivorganen und öffentlichen Angestellten vaterländisches Denken und Handeln beibringen hat es für den Einzelnen keinen Zweck, sich für eine so zweifelhaft gewordene Sache einzusetzen ... Ich ersuche Sie dringend, Herr Sicherheitsdirektor, sich zu interessieren für den Anteil, den die Dornbirner Industriellen, besonders die verschiedenen Teilhaber der Firma F. M. Hämmerle, am Tun und Treiben der NSDAP im Lande von Anfang an genommen haben; will man der Gefahr Herr werden, dann müssen in erster Linie diese Herren kleiner werden.“¹²⁴

Der große Einfluss der industriellen Arbeitgeber führte dazu, dass auch in der Dornbirner Bevölkerung kaum Stellung gegen die Nationalsozialist*innen bezogen wurde. Ein resignierender Bericht des Vorarlberger Sicherheitsdirektor Oberst Ludwig Bechinie vom Mai

¹²¹ Walser, Die Illegale NSDAP, S 54.

¹²² Ebd.

¹²³ Ebd., S. 55.

¹²⁴ Zitiert nach: Walser, Die Illegale NSDAP, S. 56.

1934 an das Bundeskanzleramt zeigt, wie einflussreich die „braunen“ Industriellen waren und wie abhängig Dornbirn und dessen Bevölkerung von diesen war:

„Dornbirn war der -Sitz der Großdeutschen, die fast in ihrer Gesamtheit ins nationalsozialistische Lager übergingen. Diesem gehörten führend die Industriefamilien F. M.Hämmerle, F. M.Rhomberg und Herrburger und Rhomberg an. Dieser Führung war es nicht schwer, fast ganz Dornbirn und Umgebung in diese Richtung zu zwingen, waren doch Arbeiter, Gastwirte und Geschäftsleute aller Art von ihr abhängig".¹²⁵

Dass die nationalsozialistisch-gesinnten Dornbirner Textilunternehmer auch aktiv Druck auf ihre Arbeiter*innen ausübten, geht aus mehreren Gendarmerieprotokollen hervor. Es kam bei F.M. Hämmerle und anderen Unternehmen sogar zu politisch motivierten Entlassungen von „vaterländischen“ Arbeiter*innen. So meldete beispielsweise 1933 der bei F.M. Hämmerle tätige Arbeiter Bruno Mätzler beim Dornbirner Gendarmerieposten, dass er aufgrund seiner Mitgliedschaft beim „Heimatsdienst“ zum Firmenchef Hämmerle und dem schon erwähnten Wagner-Wehrborn gerufen worden sei. In einem Gespräch mit diesen beiden soll ihm nahegelegt worden sein, den Heimatsdienst¹²⁶ zu verlassen, da dieser gegen F.M. Hämmerle arbeiten würde. Einem Arbeitskollegen von Mätzler, der ebenfalls Mitglied des Heimatsdiensts war und zum Firmenchef gerufen wurde, bekam angeblich von seinem Meister die Empfehlung, dass er dem Firmenchef sagen soll, er sei bereits aus der „Heimwehr“ ausgetreten und sich künftig bei den Nationalsozialisten betätigen werde. Sein Ansehen werde beim Firmenchef Hämmerle dann enorm steigen und er müsse sich nicht um seinen Job fürchten.¹²⁷ Solche Beispiele gab es auch bei den Firmen Herburger und Rhomberg. 1934 kam es bei F.M. Rhomberg zu zwei Kündigungswellen, bei denen es ebenfalls vor allem Mitglieder des Heimatsdiensts erwischte.¹²⁸ Der Hintergrund dafür war, dass der Vorarlberger Heimatsdienst ab dem Jahr 1933 vermehrt die Gendarmerie in mehreren Gemeinden (vor allem aber in Dornbirn) bei ihren nächtlichen Patrouillengängen zur Abwehr nationalsozialistischer Aktionen (Anschläge, Hakenkreuzmalereien und -feuer, Flugblattaktionen und weitere Aktionen) unterstützte. Da zu diesem Zeitpunkt, wie bereits erwähnt, der Großteil der Vorarlberger Industriellen Förderer der illegalen NSDAP war,

¹²⁵ Zitiert nach: Harald Walser, Der Stoff, aus dem Profite wurden. Das Textilland Vorarlberg nach dem "Anschluss", in: Meinrad Pichler/Harald Walser (Hrsg.), Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 2), Bregenz 1988, S. 32–59, hier S. 32.

¹²⁶ = Propagandainstitution der Vaterländischen Front.

¹²⁷ Walser, Die Illegale NSDAP, S. 57.

¹²⁸ Ebd.

bedeutete das für viele Heimatdienstmitglieder Probleme, die oft zum Jobverlust führen konnten.¹²⁹ Auch die Tatsache, dass Viktor Hämmerle trotz seiner Verbindung zu den illegalen Nationalsozialisten 1935 zum Ehrenbürger von Dornbirn ernannt wurde, zeichnet ein bestimmtes Bild von Dornbirn in dieser Zeit. Es handelte sich dabei vermutlich um einen Versuch der austrofaschistischen Stadtregierung, die innenpolitische Lage durch solch eine Ernennung etwas zu stabilisieren und den illegalen Nationalsozialist*innen, die dem politischen Kurs sehr kritisch gegenüberstanden, einen Schritt entgegen zu kommen. Dennoch zeigt die Ehrenbürgerschaft eines Förderers der NSDAP, der den „christlichen Ständestaat“ entschieden ablehnte, dass der Nationalsozialismus schon Jahre vor dem „Anschluss“ seine Wurzeln in Vorarlberg schlug.¹³⁰

Dornbirn als „braunes Nest“ lässt sich zum einen mit der außerordentlichen Machstellung der Unternehmer erklären, die mehrheitlich schon Jahre vor dem „Anschluss“ in das nationalsozialistische Lager wechselten und die Partei finanziell tatkräftig unterstützten, was zu einer enormen organisatorischen Dichte der NSDAP in Dornbirn beitrug. Zum anderen waren es die Behörden, die teilweise zu zögerlich gegen die illegalen Nazis und die Unternehmer vorgingen, weshalb auch in der Bevölkerung, allen voran den Arbeitern, die Unsicherheit stieg.¹³¹ Mit dem „Anschluss“ sah sich das „braune Nest“ Dornbirn in seinem eigenen Verständnis nach endlich befreit, wie folgende Postkarte zeigt, die die Machtübernahme der Nationalsozialist*innen in Dornbirn feierte:¹³²



Abbildung 5: Postkarte von Dornbirn. Das "braune Nest" ist frei!

¹²⁹ Werner Dreier, Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen, in: Meinrad Pichler (Hrsg.), Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz ²1983, S. 51–74, hier S. 66f.

¹³⁰ Werner Bundschuh, Bestandsaufnahme: Heimat Dornbirn 1850-1950 (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 8), Bregenz 1990, S. 207f.

¹³¹ Walser, Die Hintermänner, S. 104f.

¹³² Erinnern.at, März 1938 in Dornbirn, Vortrag mit Bildern von Stadtarchivar Werner Matt [<http://www.erinnern.at/bundeslaender/vorarlberg/termine/maerz-1938-in-dornbirn/#>], eingesehen am 14.06.2020.

Für die Dornbirner Nationalsozialist*innen war der „Anschluss“ nach jahrelangem Kampf in der Illegalität ein riesiger Triumph. Für viele Arbeiter*innen verschlechterte sich mit der Machtübernahme des NS-Regimes trotz aller Versprechen die Situation aber dramatisch.

2.4.2. Die Situation der (Dornbirner) Arbeiterschaft nach dem „Anschluss“

Nach dem vollzogenen „Anschluss“ bemühte sich das NS-Regime vor allem darum, die Arbeiterschaft zu umwerben. Als Gegenmodell zum klassischen Sozialismus mit marxistischer Prägung bot man den Arbeiter*innen einen „nationalen Sozialismus“ an,¹³³ der für alle „Brot und Arbeit“ bringen sollte.¹³⁴ Das größte Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, konnten die Nationalsozialist*innen zumindest kurzzeitig einlösen. Waren es zu Beginn des Jahres 1938 noch in etwa 400.000 Arbeitslose in Österreich, herrschte zu Kriegsbeginn im September 1939 Vollbeschäftigung.¹³⁵ Unzählige Großbauvorhaben und Großaufträge kurbelten die Wirtschaft, auch in Vorarlberg, in einem rasanten Tempo an. Der wirtschaftliche Aufschwung bis 1939 muss jedoch immer im Kontext des schon in Planung gewesenen Krieges gesehen werden. In Vorarlberg soll es laut offizieller Statistik bereits im August 1938 keine Arbeitslosen mehr gegeben haben.¹³⁶ So stieg beispielsweise die Belegschaft bei F.M. Rhomberg von 680 im März 1938 auf 1003 Beschäftigte im Dezember 1938.¹³⁷ Der große Aufschwung und die Begeisterung, die der „Anschluss“ zunächst mit sich brachten, verpufften aber rasch und brachten meist Ernüchterung. Die Maßnahmen der nationalsozialistischen Arbeitspolitik führten für die meisten Arbeiter*innen zu mehr negativen als positiven Effekten. Persönliche Interessen der Arbeiter*innen mussten den staatlichen weichen.

¹³³ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 114.

¹³⁴ Meinrad Pichler, NS-Herrschaft in Vorarlberg 1938-1945, [<https://www.malingesellschaft.at/pdf/Pichler-NS-38-45.pdf>], S. 5.

¹³⁵ Norbert Schausberger, Der Strukturwandel des ökonomischen Systems 1938–1945, in: Rudolf G. Ardelt/ Hans Hautmann (Hrsg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. in memoriam Karl R. Stadler (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1990, S. 151–169, hier S. 154.

¹³⁶ Harald Walser, Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft, in: Kurt Greussing (Hrsg.), Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 – 1946 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 4), Bregenz 1984, S. 308–341, hier S. 314.

¹³⁷ Meinrad Pichler, Arbeiteropposition gegen den Nationalsozialismus in Vorarlberg, in: Rudolf G. Ardelt/ Hans Hautmann (Hrsg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. in memoriam Karl R. Stadler (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1990, S. 611–627, hier S. 612.

Das Gesetz über das sogenannte "Arbeitsbuch", das in Deutschland schon seit 1935 in Kraft gewesen war und in der „Ostmark“ 1939 wirksam wurde, erschwerte den Arbeiter*innen den freien Arbeitsplatzwechsel beziehungsweise machte diesen zum Teil sogar unmöglich.¹³⁸ Dieser Ausweis, der im Volksmund auch als „Sklassenpass“ bezeichnet wurde, musste bei einer Anstellung dem Arbeitgeber vorgewiesen werden. Die Dienstnehmer*innen waren von den Eintragungen im Arbeitsbuch, die von den Unternehmern gemacht werden mussten, abhängig. Bei fehlenden Eintragungen drohten Sanktionen durch das Arbeitsamt. Während des Krieges war auch die Zuteilung von Lebensmitteln von solchen Eintragungen abhängig.¹³⁹



Abbildung 6: Vorarlberger Landesarchiv. Exemplar Arbeitsbuch eines Vorarlberger Arbeiters.

1 Name und Sitz des Betriebes (Unternehmens) (Firmenstempel)			2 Art des Betriebes oder der Betriebsabteilung		3 Tag des Beginns der Beschäftigung	4 Art der Beschäftigung (möglichst genau angeben)			5 Tag der Beendigung der Beschäftigung	6 Unterschrift des Unternehmers
1 H. Gindlich Krauswieser			Land- u. Gartenwirtschaft		15. 9. 37	Dienstverrichte			15. 9. 1939	Gindlich
2 Maschinenfabrik Weingarten vorm. Hoh. Schatz A. G. Weingarten (Wttbg.)			Maschinen- fabrik		2. 7. 40	Lohnarbeit			12. 7. 40	Maschinenfabrik Weingarten vorm. Hoh. Schatz A. G. Lohnarbeit
3 Bodan-Werft Motoren- u. Schiffbau G.m.b.H. Kreßbrunn a. Bod.			Schiffbau		16. 7. 40	jugendl. Hilfsarbeiter			31. 3. 41	Bodan-Werft G.m.b.H.

Abbildung 7: Vorarlberger Landesarchiv. Eintragungen im Arbeitsbuch.

¹³⁸ Harald Walser, "Arbeit für den Endsieg". Arbeiteralltag im "nationalen Sozialismus", in: Meinrad Pichler/Harald Walser (Hrsg.), Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 2), Bregenz 1988, S. 73–109, hier S. 78.

¹³⁹ Walser, "Arbeit für den Endsieg", S. 78.

Zusätzlich zum Arbeitsbuch wurde zuvor schon im Juni 1938 die sogenannte „Dienstverpflichtung“ als Verordnung eingeführt. Damit konnte das Regime bestehende Arbeitsverhältnisse ohne Einverständnis der betroffenen Personen auflösen und diese auch anderen Betrieben zuordnen, was in der „Ostmark“ zum Teil großen Unmut mit sich brachte, wenn Arbeiter*innen in das „Altreich“, fernab ihrer Heimat, geschickt wurden.¹⁴⁰ Betroffen davon waren zunächst vor allem jene Personen, die zwischen 1935 und 1938 auf Geheiß der Vaterländischen Front eingestellt werden mussten. Diese christlich-sozialen Arbeiter*innen wurden in den meisten Fällen den Baustellen der Vorarlberger Illwerke oder Betrieben im „Altreich“ zugewiesen.¹⁴¹ In den Kriegsjahren betraf die „Dienstverpflichtung“ allen voran Frauen, da diese für die Kriegsproduktion immer wichtiger wurden. Interessanterweise war in Österreich der Anteil an Frauen (12,4 Prozent), die zu einem Arbeitsplatz „dienstverpflichtet“ wurden, weitaus höher als im restlichen Reich (2,85 Prozent).¹⁴² Dass dieser Umstand auch bei jungen Arbeiterinnen aus Vorarlberg, die oft weit weg von ihrer Heimat in menschenunwürdigen Baracken hausen mussten, zu großer Unzufriedenheit führte, scheint wenig überraschend zu sein.

Diese ersten Zwangsmaßnahmen des Regimes wurden durch laute und plakative Propagandamaßnahmen verdeckt, die speziell in der Arbeitnehmer- und Betriebspolitik inszeniert wurden. Die „Betriebsgemeinschaft“ wurde als das Zentrum der Arbeit und als etwas Einzigartiges erhoben, das es nur im Nationalsozialismus gäbe.¹⁴³ In der Betriebszeitung der Textilwerke Schindler & Cie bezeichneten die Herausgeber als Zweck der Betriebsgemeinschaft den „künstlich geschaffenen Gegensatz zwischen dem Arbeiter der Faust und dem Arbeiter der Stirn, zwischen dem Angestellten und dem Unternehmer für immer verschwinden“¹⁴⁴ zu lassen. In den Betrieben galt von nun an ebenfalls das „Führerprinzip“. Es gab eine strenge Hierarchie mit dem Unternehmer als „Betriebsführer“ und den Arbeiter*innen, die gleichgestellte „Arbeitskameraden“ waren. Wie genau diese

¹⁴⁰ Walser, „Arbeit für den Endsieg“, S. 79.

¹⁴¹ Meinrad Pichler, „Deutsches Leben heißt Arbeit“. Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit, in: Kurt Greussing (Hrsg.), Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 – 1946 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 4), Bregenz 1984, S. 281–299, hier S. 282.

¹⁴² Walser, „Arbeit für den Endsieg“, S. 79.

¹⁴³ Pichler, „Deutsches Leben heißt Arbeit“, S. 282.

¹⁴⁴ Vorwärts Aufwärts, Betriebszeitung der Textilwerke Schindler & Cie. (2/1940), Bregenz-Kennelbach, S. 8. Zitiert nach: Pichler, „Deutsches Leben heißt Arbeit“, S. 282f.

neue Arbeitswelt auch in Vorarlberg auszusehen hatte, beschrieb ein Beitrag in der Betriebszeitung von F.M. Hämmerle:

So „wie der Betriebsführer für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen hat, so haben diese dem Betriebsführer die in der Betriebsgemeinschaft gegründete Treue zu halten. Die tief in den deutschen Menschen verankerte Führer- und Gefolgschaftstreue hat damit endlich auch im Arbeitsleben ihren Niederschlag gefunden“.¹⁴⁵

Die Vorarlberger Unternehmer, die traditionell ein patriarchalisches Selbstverständnis hatten, fanden sich in dieser Rolle schnell ein.¹⁴⁶ Für die Arbeiter*innen sah die Situation etwas anders aus. Ging es nach dem NS-Regime, sollten diese durch die neu organisierte „Betriebsgemeinschaft“ komplett kontrolliert werden. Was den Arbeitern*innen noch an freier Zeit zur Verfügung stand, versuchte die Deutsche Arbeitsfront, die gleichgeschaltete Arbeitnehmervertretung des NS-Apparates, zu verwalten. Robert Ley, der Chef der DAF, meinte schon 1938, dass die Zeit vorbei sei, in der jeder Arbeiter tun und lassen kann, was er will. Einzig allein der Schlaf sei noch Privatsache.¹⁴⁷ Durch einen noch nie dagewesenen Aktionismus wollte das Regime auf das komplette Privatleben der Arbeiter*innen zugreifen. Dazu gehörten unter anderem: „Appelle, politische Schulungen, gemeinsame Feierabendgestaltung, Urlaubsfahrten und Sportveranstaltungen, Luftschutzübungen, Schießabende und Flickstunden“.¹⁴⁸ Jene, die auch noch Parteimitglieder waren, mussten die Partei bei Veranstaltungen und Sammelaktionen unterstützen.

Dass dieser totale Zugriff bei der Arbeiterschaft eher auf Widerstand stieß, zeigen einige Beispiele. Die Firma Ganahl & Co. in Feldkirch, eine der größeren Vorarlberger Firmen dieser Zeit, lud an einem Sonntag im Mai 1939 die gesamte Belegschaft zu einem Radausflug im Montafon ein. Erschienen sind nur 13 Personen. Bei der Dornbirner Firma F.M. Hämmerle sah sich Kreisleiter Plankensteiner sogar dazu veranlasst einen Betriebsappell an die versammelte Belegschaft zu richten, da eine Arbeiterin die Wände mit Parolen über den Führer beschmierte, deren Inhalt zwar heute nicht mehr bekannt ist, aber wohl eher nicht sehr schmeichelhaft gewesen sein dürfte.¹⁴⁹ Neben dem Versuch, die Freizeit der Arbeiter*innen zu kontrollieren, verschlechterten sich aber auch die Löhne. Ein Mitglied der AKO, der

¹⁴⁵ Dreihammer, Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft F. M. Hämmerle (6/1939), Dornbirn-Feldkirch, S. 49. Zitiert nach: Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 114.

¹⁴⁶ Meinrad Pichler, Arbeiteropposition gegen den Nationalsozialismus, S. 611.

¹⁴⁷ Ebd., S. 611f.

¹⁴⁸ Ebd., S. 612f.

¹⁴⁹ Pichler, „Deutsches Leben heißt Arbeit“, S. 284f.

Stoffdrucker Josef Wieland, auf den im Kapitel drei noch genauer eingegangen wird, beschrieb in einem Brief sehr eindrücklich wie sich sein Monatslohn seit der Machtübernahme Hitlers drastisch reduzierte, die Lebenskosten aber gleichzeitig stark stiegen:

„Die Lohnverhältnisse waren nicht mehr dieselben wie früher! Mein Monatseinkommen betrug früher 150 – 160 Schillinge. Erst bei Hitler 1938 – 1939 reichte Mein Gehalt oft nur 90 – 100 Mark im Monat! 1937 macht[en] die Gesamten Abzüge 11 Schilling also 7 Mark, dagegen 1938 – 1939 24 Mark.“¹⁵⁰

Dass die Euphorie und der Aufschwung des „Anschlusses“ in der Vorarlberger Arbeiterschaft spätestens um 1939/1940 gedämpft waren, kann anhand mehrerer Umstände festgemacht werden. Wie aus dem Bericht von Wieland herauslesbar ist, stiegen in den Jahren der NS-Herrschaft die Lohnabzüge und Lebenshaltungskosten.¹⁵¹ In der bereits erwähnten Firma Ganahl rief ein reichsdeutscher Appell-Redner den unzufriedenen Arbeitern folgendes zu: „Wir haben euch in der Ostmark nicht Kalbfleisch, Ochsenfleisch und Kaffee versprochen, sondern Arbeit und Brot und das habt ihr.“¹⁵² Im Nachhinein stellte sich aber sogar dieses Versprechen als falsch heraus, wenn die weiteren Entwicklungen im Zuge des Krieges betrachtet werden.

Zu den immer höher werdenden Kosten und Abzügen, wurde auch die wirtschaftliche Situation für die Vorarlberger Textilunternehmen immer schlechter. Da die deutsche Volkswirtschaft spätestens ab 1939 völlig den Bedürfnissen des Krieges angepasst wurde, war in der Vorarlberger Textilindustrie nicht nur die Phase der Expansion zu Ende, sondern begann sogar ein Schrumpfungsprozess, der bis Kriegsende anhielt.¹⁵³ Harald Eberl, der kommissarischer Leiter der Industrie- und Handelskammer und Aufsichtsratsvorsitzender der Illwerke war, stellte schon im Herbst 1938 entsetzt fest, dass keine Kriegsaufträge für die Vorarlberger Textilindustrie vorgesehen waren. In einem Bericht hielt Eberl fest, dass ohne Aufträge der Großteil der Arbeiterschaft nach Berlin geschickt werden müsste, um dort in der Rüstungsindustrie zu arbeiten. Dieser Umstand führte sogar dazu, dass Eberl gemeinsam mit einer Delegation der wichtigsten Vorarlberger Industriellen nach Berlin fuhr und im Reichswirtschaftsministerium vorsprach.¹⁵⁴ Die Reise kann zumindest als kleiner Erfolg verbucht werden. Die Wirtschaftsinspektion Innsbruck hielt in ihrem Lagebericht vom 10.

¹⁵⁰ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 1.

¹⁵¹ Pichler, „Deutsches Leben heißt Arbeit“, S. 285.

¹⁵² Zitiert nach: Pichler, Arbeiteropposition gegen den Nationalsozialismus, S. 614.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Walser, Der Stoff, aus dem Profite wurden, S. 46.

Jänner 1940 fest, dass in Vorarlberg und Tirol vermehrt Wehrmarchtsaufträge eingingen und etwa 50 Prozent der in diesem Gau stark vertretenen Textilindustrie nun für die Wehrmacht tätig sei. Gleichzeitig wies die Wirtschaftsinspektion auf die angespannte wirtschaftliche Lage der Betriebe hin, da vor allem die Rohstoffversorgung (speziell Baumwolle) unzureichend war und es deshalb zur Schließung einiger Betriebe kommen könnte. Zudem hätten die Firmen Probleme mit der Umstellung auf Wehrmachtgeräteherstellung, da die entsprechenden Maschinen fehlen würden.¹⁵⁵

Jene Unternehmen, die keine Rüstungsaufträge erhielten, hatten mit Produktionsrückgängen zu kämpfen. Zunächst versuchten die Betriebe mit Kurzarbeit gegenzusteuern. Dass diese bei den Arbeiter*innen weniger gut ankam, zeigt die Tatsache, dass einige Betriebe diese Maßnahme mit Hilfe der Gestapo durchsetzen mussten. In Dornbirn war beispielsweise F.M. Rhomberg eines der Unternehmen, das auf Kurzarbeit und Gestapo-Interventionen setzte.¹⁵⁶ Als aber spätestens mit Kriegsbeginn noch drastischere Auftragseinbrüche zu verzeichnen waren, kam es zu vielen Entlassungen in der Textilindustrie. Über die Folgen der Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter und deren Unzufriedenheit, berichtete am 11. Oktober 1939 der Gendarmerieposten Bregenz:

„Die durch die gegenwärtigen Verhältnisse notwendig gewordene Entlassung von vielen Arbeitern und Arbeiterinnen aus manchen Textilbetrieben und die Einführung von Kurzarbeit hatte für die betroffenen Volksgenossen meistens auch eine ziemliche Verringerung des Einkommens zur Folge. Diese Tatsachen werden von der Arbeiterschaft vielfach besprochen und tragen meistens nicht zur Besserung der Stimmung bei“.¹⁵⁷

Ein weiterer Dämpfer für die Arbeiterschaft war das in Kraft treten der „Kriegswirtschaftsverordnung“ am 7. September 1939, was dazu führte, dass tariflich geregelte Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit und Überstunden von nun an nicht mehr in die Taschen der Arbeiter*innen gingen, sondern in jene der „Allgemeinheit“, die in diesem Falle das Finanzamt war. Dieses Datum ist im Zusammenhang mit der AKO interessant, da Himmer und seine Mitstreiter gerade in diesem Zeitraum sehr aktiv ihre Rekrutierungsversuche durchführten. Möglicherweise könnte diese Maßnahme einige

¹⁵⁵ Walser, Der Stoff, aus dem Profite wurden, S. 46.

¹⁵⁶ Pichler, Arbeiteropposition gegen den Nationalsozialismus, S. 615.

¹⁵⁷ Stadtarchiv Bregenz, "Stimmungsbericht" vom 11.10.1939. Zitiert nach: Walser, Anspruch und Wirklichkeit, S. 318.

Arbeiter*innen dazu bewegt haben, der AKO beizutreten. Dass auch die Behörden im gesamten Reich darauf vermehrt „passiven Widerstand“ und „Unzufriedenheit“ feststellten, mag kaum verwundern.¹⁵⁸ Bereits nach wenigen Wochen wurde die Maßnahme schrittweise entschärft. So berichtete unter anderem auch die Firmenzeitung von F.M. Hämmerle unter dem Titel „Alle Überstunden-Zuschläge werden wieder dem Schaffenden vergütet“,¹⁵⁹ dass „in Anerkennung der besonderen Leistung, die von den Arbeitern und Angestellten unter Verzicht auf Teile des Mehrarbeitsverdienstes in den bisherigen Kriegsmonaten verlangt werden mußte [sic!]“,¹⁶⁰ Reichsarbeitsminister Franz Seldte angeordnet habe, dass mit 8. September 1940 die tariflichen Zuschläge für Überstunden wieder an die Arbeiter*innen gehe.¹⁶¹ Die wachsende Unzufriedenheit konnte das kaum bremsen. Das Regime ging in Folge noch strenger vor und schickte „ungezogene“ Arbeiter*innen beispielsweise ins Arbeitserziehungslager Reichenau.¹⁶²

Trotz aller Maßnahmen, Einnahme- und Erziehungsversuche durch den Staat, der DAF und der Partei, gelang es dem Nationalsozialismus nicht, die frühere Gesinnung vieler Arbeiter*innen durch ein nationalsozialistisches Weltbild zu ersetzen. Aus Sicht der Nationalsozialist*innen galten vor allem katholische und „linke“ Arbeiter*innen als Problem. Gefahr sahen die Verfolgungsinstanzen speziell in der Vereinigung dieser beiden Gruppen. In einem Bericht der Gestapo Innsbruck über das „Verhalten kommunistischer und marxistischer Kreise in Tirol und Vorarlberg“¹⁶³ wird im Zusammenhang mit der AKO geschildert, dass es derzeit keine neuen kommunistischen beziehungsweise marxistischen Anhänger gäbe und deshalb keine Besorgnis bestünde. Laut dem Bericht würde erst dann Gefahr bestehen, „wenn die marxistischen und kommunistischen Kreise mit der in Opposition stehenden streng katholischen Bevölkerung sich im Kampf gegen die NSDAP vereinen würde“.¹⁶⁴ Dennoch ging das Regime mit schärfsten Sanktionen gegen Störenfriede vor, die gegen den Nationalsozialismus hetzten oder sich über diesen beschwerten. Einige Arbeiter*innen, darunter auch Mitglieder der AKO, ließen sich von der nationalsozialistischen Propaganda

¹⁵⁸ Walser, Anspruch und Wirklichkeit, S. 319.

¹⁵⁹ Dreihammer, Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft F. M. Hämmerle (8/1940), Dornbirn-Feldkirch, S. 122. Zitiert nach: Walser, Anspruch und Wirklichkeit, S. 319.

¹⁶⁰ Ebd.

¹⁶¹ Walser, Anspruch und Wirklichkeit, S. 319.

¹⁶² Ebd., S. 320.

¹⁶³ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands 1449, Gestapo Staatspolizeistelle Innsbruck, Verhalten kommunistischer und marxistischer Kreise in Tirol und Vorarlberg, 23.12.1940.

¹⁶⁴ DÖW 1449.

nicht blenden und thematisierten auch am Arbeitsplatz offen und kritisch die NS-Politik, obwohl ihnen die möglichen Konsequenzen ihres Handelns bewusst waren.

Ein Beispiel dafür war Hilarius Paterno, der an seinen Arbeitsplätzen (zunächst Steinbruch Hohenems-Unterklien, dann die Ziegelei Rhomberg in Dornbirn) offen politische Gespräche mit seinen Arbeitskolleg*innen führte und diese zu überzeugen versuchte, der AKO beizutreten. Als Mitglied konnte er Josef Höfel rekrutieren, der später zusammen mit Paterno in einem der AKO-Prozesse als Mitglied verurteilt wurde.¹⁶⁵ Aus den Prozessakten geht auch hervor, dass er in der Ziegelei Rhomberg einen gewissen Adolf Lohs und Johann Peter ansprach. Von den beiden wurde nur Peter wegen „Nichtanzeigens hochverräterischer Umtriebe“ zu sieben Monaten Haft verurteilt.¹⁶⁶ Paterno habe an seinen Arbeitsplätzen auch den Ruf als Kommunist gehabt.¹⁶⁷ Das Beispiel Paternos war kein Einzelfall. Die überwiegende Zahl der politisch Verfolgten im Jahr 1939 waren Industriearbeiter*innen, die eher dem linken Lager zugeordnet werden können.¹⁶⁸ Im Gegensatz zu katholisch gesinnten Arbeiter*innen, die mit der Kirche ein relativ geschütztes Umfeld hatten, in dem sie ihren Ärger über das Regime äußern konnten, wurde den sozialistischen und kommunistischen Arbeiter*innen das politische und soziale Umfeld fast vollständig zerstört. Deren Öffentlichkeit bildete meist der Arbeitsplatz oder das Wirtshaus.¹⁶⁹ An diesen Orten machten sie sich Luft gegen den Nationalsozialismus und versuchten andere für kommunistische/sozialistische Ideen zu gewinnen. Dass die Gefahr denunziert zu werden an diesen Orten aber weitaus höher war, kann am Beispiel der AKO belegt werden. So waren es auch diese Orte, an denen die Mitglieder der Gruppe rekrutierten und tätig waren.

2.4.3. Die Aktivitäten der AKO: Anwerbungsversuche im Dornbirner Arbeitermilieu und Informationsbeschaffungen

Die Aktivitäten der AKO lassen sich im Wesentlichen auf Rekrutierungsversuche und militärische Informationssammlung zusammenfassen. Konkrete Anschläge oder Sabotageakte gelangen der Gruppe nicht (mehr). Die Anwerbungsversuche der AKO-Mitglieder erfolgten aus

¹⁶⁵ DÖW 8197.

¹⁶⁶ DÖW. 8230.

¹⁶⁷ DÖW 8197, S 8f. / DÖW 8230, S. 3.

¹⁶⁸ Pichler, Arbeiteropposition gegen den Nationalsozialismus, S. 621.

¹⁶⁹ Ebd.

dem persönlichen Bekanntenkreis, dem Arbeitsplatz und Gasthäusern. Als Gründer der Organisation in Vorarlberg war es Wilhelm Himmer, der als erster Leute in seinem Umfeld ansprach und Mitglieder für die Gruppe rekrutieren konnte. Laut Anklageschrift waren die ersten drei Personen, die Himmer ansprach, Albert Mäser, Josef Wieland und Johann Gutensohn.¹⁷⁰ Mäser und Himmer sollen schon gemeinsam in die Schule gegangen sein, kamen aber angeblich erst wieder im März 1938 in Kontakt, als Mäser seinen Friseurladen in Nüziders schließen musste und nach Dornbirn zog. Im November 1938 soll Himmer Mäser in dessen Wohnung besucht haben. Bei diesem Treffen erzählte Mäser, dass er in Dornbirn seinen Friseurladen nicht wiedereröffnen könne und soll im Zuge dessen auch seine Unzufriedenheit über die derzeitigen politischen Verhältnisse geäußert haben.¹⁷¹ Mäser war im Winter 1938/39 arbeitslos, ehe er im Frühjahr 1939 bei F.M. Hämmerle als Hilfsarbeiter tätig war.¹⁷² Zu dieser Zeit war auch Himmer bei F.M. Hämmerle beschäftigt. Der Kontakt zwischen den beiden kam höchstwahrscheinlich irgendwann in diesem Zeitraum zustande. In mehreren Treffen habe Himmer die Forderung aufgestellt, dass Mäser aus dem Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) als Mitglied austreten solle, was er dann auch getan habe. In einem Anflug von Größenwahn habe Himmer in einem dieser Treffen sogar behauptet, dass es im Deutschen Reich bald zu einem Umsturz kommen würde, womit er dann Vorarlberger Landeshauptmann sein werde und alle Mitglieder der AKO einen Posten erhalten würden.¹⁷³ Ob Himmer wirklich dermaßen den Bezug zur Realität verloren hatte oder die Ankläger mit erfundenen Aussagen arbeiteten, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Himmer leitete in Folge Mäsers Daten in die Schweiz an Oberholzer weiter und dieser wurde somit Mitglied der AKO.¹⁷⁴ In der Urteilsschrift wird erwähnt, dass Mäser das Aufnahmeschreiben im April 1939 erhalten haben soll.¹⁷⁵ Dass Mäsers Daten wirklich an Oberholzer weitergeleitet wurden, kann durch Oberholzers Liste von gesammelten Adress- und Kontaktdaten bestätigt werden.¹⁷⁶

¹⁷⁰ DÖW 51827, Anklageschrift, S. 16.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Ebd., S. 8.

¹⁷³ Ebd., Urteilsschrift, S. 10.

¹⁷⁴ Ebd., S. 16.

¹⁷⁵ Ebd., Urteilsschrift, S. 20.

¹⁷⁶ Schweizerisches Bundesarchiv, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000035, S. 16.

Was zunächst nach einem guten Start für die AKO in Vorarlberg aussah, entpuppte sich im Nachhinein als Worst-Case-Szenario, worauf in Kapitel 2.5 noch genauer eingegangen wird. Nachdem Mäser als (vermeintliches) Mitglied gewonnen werden konnte, soll Himmer im Frühjahr 1939 Josef Wieland in seiner Wohnung besucht haben. Obwohl Wieland auf mehreren Seiten über seine Erfahrungen in den Jahren 1938 bis 1945 berichtete, erwähnte er nichts über die Treffen mit Himmer und wie er Mitglied der AKO wurde. Er beschrieb lediglich, wie ihn ein Vorfall mit einem Arbeitskameraden und der Gestapo dazu brachte, den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen und der Gruppe beizutreten. Wieland erwähnt ebenfalls die wichtigsten Mitglieder der Gruppe, welche Oberholzer, Himmer, Elsa Himmer, Albert Mäser, Arthur Sohm, Johann Gutensohn und er selbst waren.¹⁷⁷ Mäser und Wieland können relativ gesichert zu den ersten Mitgliedern der AKO gezählt werden. Bei Johann Gutensohn sieht es anders aus. Dieser war, laut eigenen Aussagen in mehreren Zeitzeugeninterviews, zum einen kein Mitglied der AKO und soll zum anderen nur einmal im September 1939 in Dornbirn mit Himmer ins Gespräch gekommen sein. Gutensohn kannte Himmer zwar schon länger, über eine Widerstandsgruppe habe er aber nichts gewusst.¹⁷⁸ Interessanterweise taucht Gutensohn ebenfalls in Oberholzers Liste auf.¹⁷⁹ Wenn den Aussagen von Oberholzer Glauben geschenkt wird, ist diese Liste zwischen 1937 und 1938 entstanden.¹⁸⁰ Gutensohn muss also entweder schon früher in Kontakt mit Himmer gewesen sein und/oder wurde von diesem ohne sein Wissen bei Oberholzer gemeldet.

In der Urteilschrift wird beschrieben, wie Himmer bei einem Besuch in Diepoldsau (Schweiz) bei den Pflegeeltern seiner Frau die Kontaktdaten der drei oben genannten Personen schriftlich bei Oberholzer meldete. Dieser soll sich dann nach einigen Tagen bei Himmer gemeldet und ein Treffen gefordert haben. Bei diesem Treffen soll Oberholzer die nächsten Ziele ausgegeben haben:

„Die AKO. umfasse im ganzen Reichsgebiet eine zahlenmäßig sehr starke und gut ausgebaute Organisation; die Mitglieder seien im Falle einer Revolution dazu bestimmt, alle wichtigen Posten zu besetzen und die Führung in die Hand zu nehmen.

¹⁷⁷ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 1ff.

¹⁷⁸ Stadtarchiv Dornbirn, Archiv der mündlichen Geschichte, Interviews mit Johann Gutensohn, Anlage in Mbox-Oral History Archiv ADMG 0001; KASD 0001 KASD 0002. Siehe auch: Bertel, Ingrid/Bundschuh, Werner, Interview mit Johann Gutensohn, 1993, in: Radio Vorarlberg (Hrsg.), Das Hörfenster, Frieden, Menschenwürde, Toleranz. Portrait des Dornbirners Johann Gutensohn / Aktuelle Diskussion um das NS-Denkmal in Dornbirn, ORF Landesstudio Vorarlberg am 11.09.1993, angehört in der Vorarlberger Landesbibliothek am 07.06.2019.

¹⁷⁹ Schweizerisches Bundesarchiv, Oberholzer, Dokument 0000035, S. 15.

¹⁸⁰ Ebd., S. 5.

Im Falle eines Krieges hätten sie Sabotageakte auszuführen, um auf diese Weise das Volk zu demoralisieren. Hauptsache sei, daß Deutschland jeden Krieg, in den es verwickelt werde, verliere und so für die Revolution reif werde. Zur gegebenen Zeit werde er (Dr. Oberholzer) die Mitglieder mit Sprengstoffen, Waffen und Munition versorgen. Er habe in der Schweiz schon zuverlässige Leute, die diese Dinge ins Reich schmuggeln würden.“¹⁸¹

Himmer habe sich dann auch für die Lagerung der Waffen und die Einteilung seiner Leute zu kümmern. Außerdem soll Oberholzer einige Ziele wie Brücken und andere Objekte genannt und auf einer Karte gezeigt haben, die im Falle eines Krieges gesprengt werden müssten. Darunter sollen unter anderem die Trisannabrücke im Bezirk Landeck, wichtige Eisenbahnknotenpunkte und Elektrizitäts- und Gaswerke gewesen sein.¹⁸² Eine ähnliche Darstellung lässt sich in den Nebenprozessen finden. Dort werden neben der Trisannabrücke auch noch der Arlbergtunnel als mögliches Ziel genannt.¹⁸³ Konkrete Ziele in Vorarlberg nannten die Ankläger in der Urteilschrift aber nicht. Es lassen sich aber an mehreren Stellen angebliche Vorhaben Himmers finden. Albert Mäser behauptete in seiner Aussage, dass er von geplanten Sprengstoffanschlägen erfuhr, für die Himmer extra aus einem Steinbruch das Sprengstoff stehlen wollte.¹⁸⁴ Dass der Denunziant Mäser aber weder konkrete Ziele noch den Steinbruch nannte, lässt Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Aussage aufkommen. An einer anderen Stelle wird geschildert, wie Himmer versuchte, vor allem Sohm und Mäser für den Transport von erwarteten Waffen- und Sprengstofflieferungen aus der Schweiz zu gewinnen.¹⁸⁵ Auch diese Schilderung der Ankläger ist sehr vage und kann nicht durch andere Quellen bestätigt werden. Ob konkrete Sabotageakte beziehungsweise Sprengstoff- und Waffenlieferungen wirklich geplant waren, bleibt deshalb offen. Oberholzer behauptete sogar, dass die AKO gleich nach ihrer Gründung 1938 wieder aufgehört habe zu existieren.¹⁸⁶ Ob Oberholzer wirklich die Wahrheit sagte, oder möglicherweise die Schweizer Behörden anlog, um sich selbst zu schützen, kann ebenfalls nicht geklärt werden. Lediglich auf

¹⁸¹ DÖW 51827, Urteilschrift, S. 11f.

¹⁸² Ebd., S. 12.

¹⁸³ DÖW 8197, S. 7. Siehe auch: DÖW 8227, S. S. 3.

¹⁸⁴ DÖW 51827, Urteilschrift, S. 20.

¹⁸⁵ Ebd., S. 12.

¹⁸⁶ Schweizerisches Bundesarchiv, Oberholzer, Dokument 0000044, S. 4.

Oberholzers Liste lässt sich bei Josef Wieland der Eintrag „Browning“ finden, was bedeutet, dass Wieland wohl eine Pistole hatte.¹⁸⁷

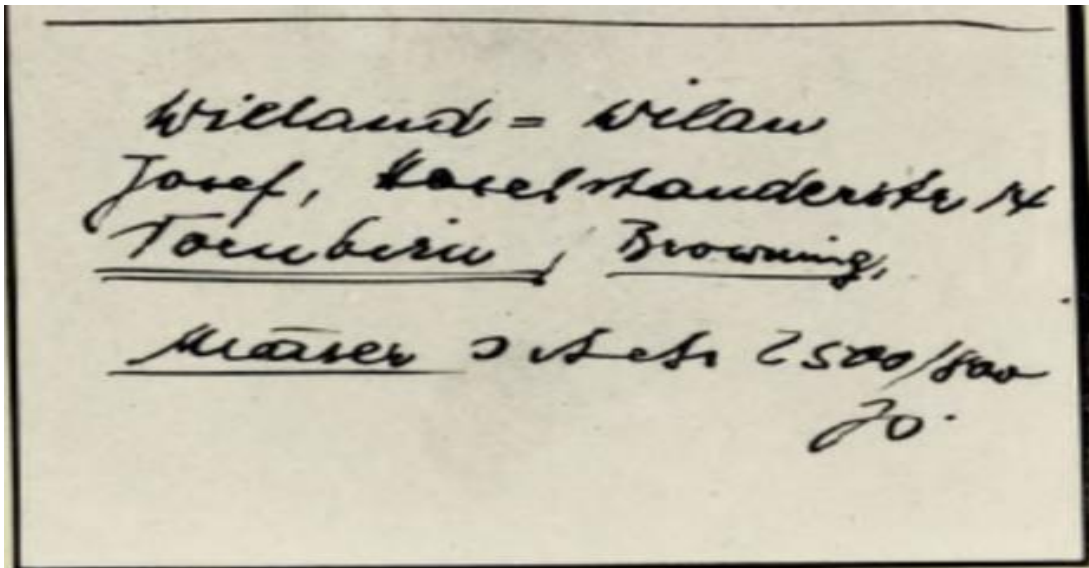


Abbildung 8: Eintrag über Josef Wieland auf Oberholzers Liste mit dem Vermerk „Browning“.

Ansonsten muss aber eher davon ausgegangen werden, dass es zwar möglicherweise Pläne der AKO für Sprengstoffanschläge gab, dafür aber weder die finanziellen Mittel und ab etwa Juli 1939 auch nicht mehr der notwendige Kontakt zu Oberholzer in die Schweiz vorhanden waren. Das Treffen mit Oberholzer im Frühjahr 1939 habe Himmer aber dazu ermutigt, noch eifriger neue Mitglieder zu rekrutieren. Mit großer Sicherheit war Arthur Sohm ebenfalls eines der ersten Mitglieder, dass der AKO beitrug. Im Mai 1939 soll Himmer, ähnlich wie bei Gutensohn, Sohm auf der Straße angesprochen haben.¹⁸⁸ Obwohl Himmer immer wieder unvorsichtig handelte, kann wohl davon ausgegangen werden, dass er die Personen, die er ansprach, entweder kannte oder zumindest politische Einschätzungen über sie in Erfahrung brachte. Interessanterweise lässt sich im Zusammenhang mit Sohm sogar ein Beispiel dafür finden, das Himmer als vorsichtig darstellt. Am Ende eines Treffens mit Sohm habe er diesen vehement an die Schweigepflicht für alle Mitglieder erinnert und gesagt, dass alle Mitglieder „im Dreck hockten, wenn man ihnen drauf käme“.¹⁸⁹ Nach einigen Treffen erhielt schließlich auch Sohm, möglicherweise als letzter, ein Aufnahmeschreiben von Oberholzer aus der Schweiz über Konstanz zugesandt. Die Ankläger sahen vor allem Mäser, Wieland und Sohm als

¹⁸⁷ Schweizerisches Bundesarchiv, Oberholzer, Dokument 0000036, S. 31.

¹⁸⁸ DÖW 51827, Urteilschrift, S. 12.

¹⁸⁹ Ebd., S. 21.

jene Mitglieder an, mit denen sich Himmer am öftesten traf und über organisatorische Fragen der AKO sowie tagespolitische Themen sprach.¹⁹⁰

Nach den ersten Beitritten erfolgte im Frühling/Sommer 1939 die vermutlich aktivste Phase der AKO, was Rekrutierungsversuche betrifft. Eugen Bohle, der zu dieser Zeit als selbstständiger Baumwärter und bei der Stadt Dornbirn als Straßenarbeiter tätig war,¹⁹¹ war eine von drei bis vier Personen, die in dieser Zeit der AKO beitraten. Interessanterweise gibt es im Zusammentreffen von Himmer und Bohle kleine Unterschiede in den Darstellungen der Ankläger. In der Urteilsschrift des Hauptprozessakts wird nur davon gesprochen, dass Himmer Bohle auf der Straße ansprach und diesen dann in seine Wohnung einlud.¹⁹² Im Nebenprozess wird jedoch geschildert, dass sich beide schon aus früherer Zeit kannten und bei ihrer Zusammenkunft sofort über den spanischen Bürgerkrieg sprachen und über die Gründe der „bolschewistischen Niederlage“ diskutierten.¹⁹³ Auf der einen Seite lässt sich die immer wiederkehrende Darstellung von Himmer finden, wie er eine Person auf der Straße ansprach, auf der anderen Seite wird mit Hilfe des Spanischen Bürgerkrieges versucht, beide Personen einen kommunistischen Anstrich zu verpassen. Bohle taucht in den Aufzeichnungen von Oberholzer nicht mehr auf, was darauf hindeuten könnte, dass Himmer zu diesem Zeitpunkt den Kontakt zu Oberholzer verloren hatte und selbst begann Mitglieder aufzunehmen.

Zur gleichen Zeit etwa soll es im Garten bei dem zuvor schon erwähnten Karl Stadelmann zu einem Treffen mehrerer Arbeitskameraden gekommen sein. Dort erschienen mit ihren Motorrädern auch Himmer und Sohm. Unter den anwesenden Arbeitern war auch Josef Jäger, der sich später ebenfalls in einem der Nebenprozesse wegen „Nichtanzeigens verräterischer Umtriebe“ verantworten musste. Himmer habe sofort das Wort ergriffen und begonnen über Politik zu reden. Dabei soll er davon gesprochen haben, dass sich das nationalsozialistische Regime nicht mehr lange halten werden könne und ein Umsturz unvermeidlich sei. Er soll dann über seine Kontakte zu einer Organisation berichtet haben, die den baldigen Umsturz im Deutschen Reich plane und die Lage der Arbeiter*innen verbessern will. In Folge soll Himmer die Anwesenden aufgefordert haben, ihm ihre Kontaktdaten aufzuschreiben und Mitglied der Gruppe zu werden. Außerdem müsse jeder einen Mitgliedsbeitrag von 30 bis 40 Reichspfennig

¹⁹⁰ DÖW 51827, Urteilsschrift, S. 12.

¹⁹¹ DÖW 8197, S. 11.

¹⁹² DÖW 51827, Urteilsschrift, S. 12.

¹⁹³ DÖW 8197, S. 11.

bezahlen. Dafür werde ihnen beim baldigen Umsturz nichts geschehen.¹⁹⁴ Jäger bestätigte später in seiner Verhandlung, dass er über Himmer und die AKO Bescheid wusste, dies aber nicht meldete.¹⁹⁵ Ob Jäger nur auf Drängen der Gestapo dieses Treffen bei Stadelmann bestätigte, ist unklar. Stadelmann sagte im Hauptprozess ebenfalls gegen Himmer aus und bezeugte das Treffen in seinem Garten.¹⁹⁶ Da Stadelmann aber für die Gestapo tätig war, kann nicht mit letzter Sicherheit verifiziert werden, ob das Treffen wirklich stattfand.

Arthur Sohm, der sich beim Stadelmann-Treffen im Hintergrund gehalten haben soll, traf kurze Zeit darauf auf seinen alten Schulkameraden Hilarius Paterno. Die beiden haben sich laut Anklage auch davor schon öfters über politische Themen unterhalten. Sohm habe Paterno bei einem Zusammentreffen das Aufnahmeschreiben der AKO vorgelesen und ihn über die Pflichten der Mitglieder und den Zweck und die Ziele der Organisation aufgeklärt. Paterno soll mit dem Beitritt Einverstanden gewesen sein und auf das Aufnahmeschreiben aus der Schweiz gewartet haben. Paterno habe dieses Aufnahmeschreiben laut eigener Aussage jedoch nie bekommen.¹⁹⁷ Ein Blick auf Oberholzers Liste bestätigt, dass Paterno dort nicht zu finden ist. Er habe sich aber dennoch als Mitglied der AKO zugehörig gefühlt und begann ebenfalls Mitglieder anzuwerben. An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass der Strang um Himmer, Sohm und Paterno der einzige war, der wirklich im Sinne der Hierarchie der AKO funktionierte. Jeder hatte hier genau einen Vordermann, dem er berichten musste, wie es in den Richtlinien vorgegeben war.

Als Beispiel für den sozialen Hintergrund der Mitglieder, die wie schon erwähnt meist orientierungslos gewordene Arbeiter*innen waren, die im Laufe der Zeit mit unterschiedlichen Gruppen sympathisierten, dient die Kurzbiographie von Paterno aus dem Prozessakt gegen ihn:

„Hilarius Paterno, ein Sohn der Eheleute Johann und Cherubina Paterno, war nach Besuch der Volksschule in den Jahren 1919 bis 1922 bei der Textilfabrik Hämmerle und anschließend bis 1926 in der Ziegelei in Dornbirn als Hilfsarbeiter beschäftigt. In der Folgezeit ging er auf Wanderschaft und arbeitete als landwirtschaftlicher Arbeiter in der Gegend des Bodensees. Von der Wanderschaft zurückgekehrt war er in verschiedenen Betrieben Dornbirn als Hilfsarbeiter bis zum Jahre 1939 tätig. Dann arbeitete er im Montafon und zuletzt bei der Firma Pfersche in Dornbirn. Dort hatte er

¹⁹⁴ DÖW 8227, S. 3f. Siehe auch: DÖW 51827, Urteilsschrift, S. 13f.

¹⁹⁵ DÖW 8227, S. 4,

¹⁹⁶ DÖW 51827, Urteilsschrift, S. 24.

¹⁹⁷ DÖW 8197, S. 8.

zuletzt einen Monatslohn von 110 RM. Er ist unverheiratet, wohnt bei seiner Mutter und hat für niemanden zu sorgen. Sein Vater ist im Weltkrieg gefallen.

Paterno gehörte von 1920 bis 1922 der sozialdemokratischen Partei an. Im Jahre 1935 trat er der Heimwehr bei. Er will auch kurze Zeit illegal bei der SA gewesen, aber wieder ausgetreten sein, als die Verfolgung der Nationalsozialisten einsetzte.¹⁹⁸

Erste Anlaufstelle für Paterno bei dessen Anwerbungsversuche soll sein Arbeitsplatz gewesen sein, ein Steinbruch in Hohenems-Unterklien. Dort habe er Josef Höfel angesprochen, der später mit Paterno vor Gericht stand. In mehreren Unterhaltungen sprach sich Paterno, so die Ankläger, für den Kommunismus aus und kritisierte den Nationalsozialismus.¹⁹⁹ Paterno bekannte sich vor Höfel als Mitglied der AKO und bot diesem an, die Mitgliedserklärung an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Paterno habe dabei erklärt, dass er aus Konstanz bald zwei „Höllmaschinen“ (Sprengladungen) erhalten werde, mit denen er dann Eisenbahnen und Brücken leicht in die Luft sprengen könne, indem er nur einen Draht an die Eisenbahnschienen festbinden und den Zeitpunkt einstellen müsse, an dem die Bahn vorbeifährt.²⁰⁰

Der 16-jährige Höfel habe dann von Paterno auch noch den Auftrag bekommen sich um die Aufnahme in die HJ oder NSDAP zu bemühen. Höfels Beitrittserklärung wurde von Paterno aber nie weitergeleitet, da er diese laut eigene Aussage erst nach dem Erhalt seines eigenen Aufnahmeschreibens absenden wollte. Im Sommer 1939 war Paterno in der Ziegelei Rhomberg in Dornbirn tätig und sprach wohl auch dort einige Arbeiter*innen an. Darunter waren Adolf Lohs und Johann Peter. Die Ankläger beschreiben Paterno dabei immer wieder als Kommunisten, der ganz offen am Arbeitsplatz mit anderen über seine kommunistische Gesinnung sprach und dabei auch nicht müde wurde zu betonen, dass die Organisation auf den baldigen Umsturz im Deutschen Reich hinarbeite.²⁰¹ Die Darstellung Paternos auf Seiten der Ankläger erinnert dabei stark an die des Himmer. Laut Paterno entschloss sich Lohs der Gruppe beizutreten. Aber auch zu Lohs angeblicher Mitgliedschaft gibt es keine Aufzeichnungen oder Notizen in Oberholzers Liste. Nur eine kurze Zeit in Bregenzer Gestapo-Haft vom 22.03. bis 01.04.1941 kann im Zusammenhang mit Lohs nachgewiesen werden.²⁰²

¹⁹⁸ DÖW 8197, S. 2f.

¹⁹⁹ DÖW 8197, S. 8.

²⁰⁰ Ebd., S. 9.

²⁰¹ DÖW 8197, S. 8ff. Siehe auch: DÖW 8230, Anklageschrift gegen Johann Peter, S. 3.

²⁰² Johann-August-Malin-Gesellschaft, Lexikon "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945", Adolf Lohs, [<https://www.malingesellschaft.at/lexikon-verfolgung-und-widerstand/lexikon>], eingesehen am 03.08.2020.

Paterno soll auch Johann Peter über die Ziele der AKO informiert und ihn dazu aufgefordert haben, der Gruppe beizutreten und ihm über politische und militärische Beobachtungen Bericht zu erstatten. Wie überspitzt die Ankläger einzelne Beschuldigte darstellten, wird am folgenden Beispiel am deutlichsten ersichtlich: Paterno habe zu Peter gesagt, dass Stalin irgendwann die ganze Welt regieren werde.²⁰³ Selbst für den fanatischsten Vorarlberger Kommunisten dieser Zeit scheint eine solche Aussage an den Haaren herbeigezogen zu sein. Diese Darstellung sollte vermutlich eher dem Zweck dienen, Paterno als Sympathisanten des ideologischen Erzfeindes (Sowjetunion unter Stalin) und damit als Gefahr für den nationalsozialistischen Staat darzustellen. Johann Peter trat der Gruppe wohl nicht bei, meldete diese aber nicht bei den Behörden, was später zu einer Anklage gegen Peter führte. Interessant ist dabei die Tatsache, dass in der Anklageschrift gegen Peter eines der Hauptbeweismittel eine Zeugenaussage von Paterno war.²⁰⁴ Dieser behauptete im Vorverfahren zu Peters Verhandlung, dass er diesen über die Richtlinien und Ziele der Organisation aufgeklärt habe, wobei sich Peter interessiert zeigte, der Gruppe aber nicht beitrug. Paterno wich im Zuge der Verhandlung zwar von seiner ursprünglichen Aussage ab, den Anklägern reichte aber die Übereinstimmung der Aussagen von Peter und Paterno im Vorverfahren. Peter wurde deshalb wegen „Nichtanzeigens verräterischer Umtriebe“ zu 7 Monaten Haft verurteilt.²⁰⁵

Wie bereits erwähnt, war der einzig funktionierende Strang der AKO dieser. Himmer hatte die ersten Monate Oberholzer als Vordermann. Sohm hatte Himmer als Vordermann, dem er diverse Beobachtungen und Rekrutierungsversuche berichtete. Sohm war der Vordermann von Paterno, und Paterno war der von Höfel. Meldungen durften, wie schon erwähnt, immer nur an den Vordermann gemacht werden, obwohl jede Mitteilung irgendwann bei Himmer und Oberholzer landen hätte sollen. Es ist aber auch durchaus möglich, dass sich um Paterno eine Eigendynamik entwickelte, die nicht mehr im Sinne der ursprünglichen Richtlinien der AKO war, da dieser viele Anwerbungsversuche unternommen haben soll.²⁰⁶

Um den Sommer 1939 soll Himmer durch Mäser die Arbeiter Johann Salizzoni und Josef Schmid kennengelernt haben. Der in Thüringen lebende Hilfsarbeiter Johann Salizzoni kannte

²⁰³ DÖW 8197, S. 9.

²⁰⁴ DÖW 8230, Anklageschrift gegen Johann Peter, S. 4.

²⁰⁵ DÖW 8230, Urteilsschrift gegen Johann Peter, S. 3f.

²⁰⁶ DÖW 8197, S. 8ff.

Mäser schon mehrere Jahre. Salizzoni, der Südtiroler Wurzeln hatte und bis April 1940 noch die italienische Staatsbürgerschaft besaß, war in der Ersten Republik Mitglied im sozialdemokratisch gesinnten „Bund freier Gewerkschaften“, ehe er nach dem vollzogenen „Anschluss“ der SA in Thüringen beitrug. Seine Frau Sivrella war Weberin und Mitglied der NS-Frauenschaft.²⁰⁷

Die Salizzonis passten sich, wie viele andere, wohl schnell an die neuen Verhältnisse an. Eines Abends, so die Darstellung der Anklage, sollen Himmer und Mäser das Ehepaar Salizzoni nach einem Kinobesuch abgefangen und diese in ihre Wohnung begleitet haben. Dort angekommen habe Himmer das Gespräch sofort auf die AKO und deren Ziele gerichtet. Himmer soll erläutert haben, dass die Organisation in Dornbirn bereits viele Anhänger*innen habe und den Auftrag verfolge, in Deutschland einen Umsturz herbeizuführen. In diesem Gespräch erwähnte Himmer angeblich erneut, ähnlich wie beim bereits dargestellten Gespräch mit Mäser, dass er nach dem Umsturz im Deutschen Reich Landeshauptmann von Vorarlberg sein werde und alle Mitglieder einen sicheren Posten bekommen würden.²⁰⁸ Das Ehepaar Salizzoni zeigte wohl wenig Interesse an einem Beitritt. Nichts desto trotz soll Himmer die Daten von Johann Salizzoni aufgeschrieben und ihn zu einer Unterschrift aufgefordert haben. Salizzoni soll diese aber verweigert und Himmer vertröstet haben. Erst um 1 Uhr nachts sollen die beiden die Wohnung verlassen haben, was durchaus ein Indiz für die Beharrlichkeit Himmers bei seinen Rekrutierungsversuchen sein könnte. Die Salizzonis wollten laut eigener Aussage mit Himmer aber nichts zu tun haben, weshalb sie das von Mäser erhaltene Aufnahmeschreiben sofort nach dem Erhalt verbrannten. Salizzoni soll in Folge zu Mäser gesagt haben, dass er Himmer und die AKO zur Anzeige bringen werde. Mäser habe ihm aber davon abgeraten und gesagt, dass er es zur Anzeige bringen werde, wenn er genug Informationen über Himmer gesammelt habe. Himmer soll nach dem Treffen mit den Salizzonis die Drohung ausgesprochen haben, das Ehepaar verschwinden zu lassen, wenn diese ein Wort an die Behörden melden sollten.²⁰⁹

Ob Himmer diese Drohung wirklich aussprach, kann ebenfalls nicht geklärt werden. Zu seinem hitzköpfigen Charakter würde eine solche Aussage durchaus passen, es könnte sich in diesem Zusammenhang aber auch um eine erfundene Aussage seitens der Ankläger handeln, um ihn als gefährlich darzustellen. Obwohl die Salizzonis als Zeugen im Hauptprozess gegen Himmer

²⁰⁷ DÖW 8197, S. 3f.

²⁰⁸ Ebd., S. 11f.

²⁰⁹ Ebd., S. 12.

und die AKO aussagten,²¹⁰ wurde Johann Salizzoni in einem der Nebenprozesse wegen „Nichtanzeigens verräterischer Umtriebe“ nach § 139 Abs. 1 RStGB. zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monate verurteilt.²¹¹ Obwohl die Ankläger im Urteil festhielten, dass Salizzoni der AKO nicht angehörte und auch nicht den Willen hatte, dieser beizutreten, reichte schon das Wissen über die AKO und deren „hochverräterischen Ziele und Bestrebungen“ aus, um Salizzoni trotz eines Geständnisses und Unbescholtenheit zu verurteilen.²¹² Von der abgessenen Untersuchungshaft konnte sich Salizzoni jedoch ein Jahr und fünf Monate anrechnen lassen, weshalb er schlussendlich nach dem Urteilspruch nicht mehr in Haft musste.²¹³

Eine ähnliche Situation erlebte der Mineur Josef Schmid. Dieser wohnte in Thüringen (Bludenz) im selben Haus wie Mäasers Familie. Mäser soll ihn als Gegner des Nationalsozialismus gekannt haben und so in Kontakt mit ihm getreten sein.²¹⁴ Dass Schmid, der durch seinen Einsatz im Ersten Weltkrieg mit mehreren Medaillen ausgezeichnet worden war, sich wohl nicht mit dem Nationalsozialismus identifizieren konnte, geht aus mehreren Ereignissen im Jahr 1939 hervor. Zunächst wurde er am 7. April aus der Weberei Ing. R. Kastner wegen „kommunistischer Propagandatätigkeit“ entlassen. Knapp zweieinhalb Monate später, am 27. Juni, wurde er wegen angeblicher „kommunistischer Äußerungen“ verhaftet. In Folge erhob das Oberlandesgericht Wien am 25. September Anklage gegen Schmid wegen Hochverrats, wovon er aber am 15. März 1940 freigesprochen wurde.²¹⁵ Zwischen seiner Entlassung am 7. April und seiner Verhaftung am 27. Juni 1939 soll Schmid in seiner Wohnung Besuch von Himmer bekommen haben. Nachdem er Himmer von seiner Entlassung wegen kommunistischer Propaganda erzählte, soll Himmer ihn auf eine Organisation in der Schweiz hingewiesen haben, die sich als Ziel die Besserstellung der Arbeiterschaft gesetzt habe. Schmid soll auf einem Zettel auch die Deckanschrift Oberholzers („Maria Luise Huber“) in der Schweiz erhalten haben mit dem Hinweis, dass er weitere Informationen zu der Organisation durch einen Brief aus der Schweiz erhalten werde.²¹⁶ Isabella Schmid, seine Ehefrau, soll den Zettel aber sofort zerrissen und im Ofen verbrannt haben. Auch bei Schmid nahmen die Ankläger an,

²¹⁰ DÖW 51827, Anklageschrift S. 41.

²¹¹ DÖW 8197, S. 2.

²¹² Ebd., S. 15.

²¹³ DÖW 8197, S. 2.

²¹⁴ Ebd., S. 12.

²¹⁵ Ebd., S. 4.

²¹⁶ Ebd., S. 12.

dass er kein Mitglied der AKO war. Die Aussage von Isabella Schmid bewerteten sie als glaubwürdig.²¹⁷ Jedoch wusste auch Schmid durch Himmers Ausführungen über die AKO und deren „hochverräterischen Absichten“ Bescheid, weshalb er ebenfalls wegen „Nichtanzeigens verräterischer Umtriebe“ zu einem Jahr und acht Monate Haft verurteilt wurde. Schmid konnte sich ebenfalls ein Jahr und sieben Monate aus seiner Zeit in Untersuchungshaft anrechnen lassen, weshalb er schlussendlich nur noch ein Monat in Haft zu verbringen hatte.²¹⁸

Etwa im selben Zeitraum erhielt Josef Heinzle, dessen Großmutter mütterlicherseits die Schwester von Himmers Großmutter war, einen Brief, der in Konstanz abgegeben worden war und das Aufnahmeschreiben der AKO samt Mitgliedsnummer sowie Richtlinien enthielt. Ehefrau Hermine Heinzle soll den Brief geöffnet und verbrannt haben. Laut Heinzles Darstellung, bekamen sie das Schreiben ohne ihre Zustimmung.²¹⁹ Ob das wirklich der Wahrheit entspricht, kann wiederum nicht geklärt werden. Interessanterweise erscheint Heinzle auf Oberholzers Liste auf:

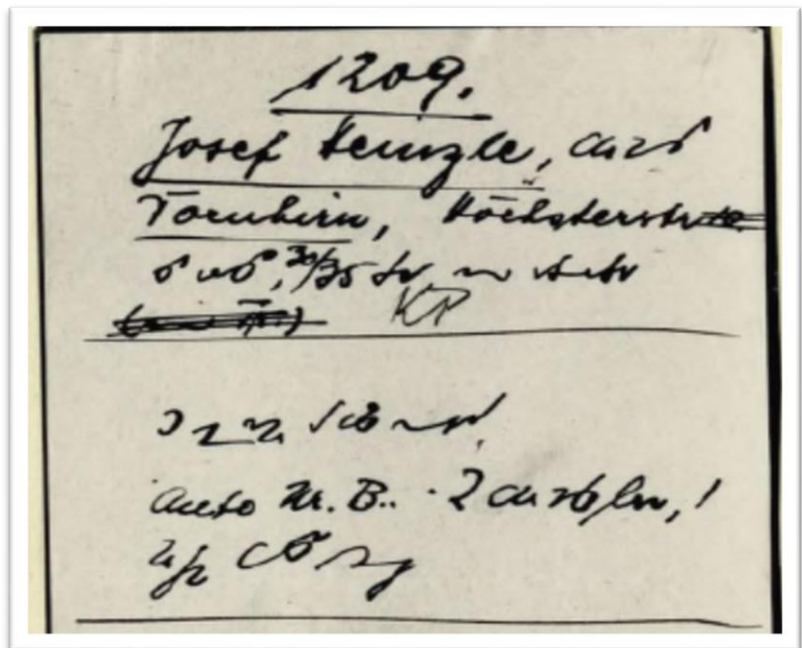


Abbildung 9: Eintrag Josef Heinzle aus Oberholzers Liste.

Bei dem Eintrag ist die Abkürzung „KP“ für Kommunistische Partei zu

sehen. Laut Himmers Beschreibung war Heinzle ein Kommunist. Im Prozessakt gegen Heinzle wird unter seinen persönlichen Verhältnissen erwähnt, dass er laut eigenen Angaben im Jahr 1933 einige Monate der SA angehörte. Nach dem „Anschluss“ trat er dem DRK²²⁰ und der DAF bei.²²¹ Heinzle erhielt wegen „Nichtanzeigens verräterischer Umtriebe“ nur sechs Monate

²¹⁷ DÖW 8197, S. 15.

²¹⁸ Ebd., S. 4.

²¹⁹ DÖW 8226, Urteilsschrift gegen Josef Heinzle und Emil Othmar Huber, S. 7.

²²⁰ Deutsches Rotes Kreuz.

²²¹ DÖW 8226, S. 3.

Haft. Da auch Himmer in dem Prozess als Zeuge aussagte,²²² könnte dieser wohl bestätigt haben, dass er Heinzle ohne seine Zustimmung bei Oberholzer meldete. So würde sich das weitaus niedrigere Strafmaß für Heinzle im Vergleich zu Salizzoni und Schmid erklären lassen.

Emil Othmar Huber war während des Sommers 1939 Angestellter der Firma Rhomberg und somit Arbeitskollege von Himmer. Dort soll Himmer gegenüber Huber die Verhältnisse in der Sowjetunion gelobt und das hiesige Regime kritisiert haben. Er klärte Huber über die AKO auf und wollte ihn zum Beitritt überreden, dieser lehnte jedoch ab, mit der Begründung als Schweizer Staatsbürger keine Unannehmlichkeiten im Deutschen Reich haben zu wollen. Himmer versuchte ihn mehrmals zu einem Beitritt zu überreden, was jedoch nicht gelungen sein soll. Huber wurde wie Heinzle ebenfalls „nur“ zu sechs Monaten Haft verurteilt.

Als um den Sommer 1939 herum der Kontakt zwischen Oberholzer und Himmer abbrach, nahm Himmer Kontakt mit Offizieren der Schweizer Armee auf.²²³ In der Urteilschrift des Hauptprozesses wird sehr detailliert auf Himmers Beziehung zu Schweizer Militärstellen eingegangen. So soll Himmer mit seinem Motorrad zur Kaserne nach Altstätten gefahren sein. Dort verlangte er einen Offizier zu sprechen, worauf ein Oberleutnant Wohlgemut erschienen sein soll. Himmer stellte sich vor und erzählte von der AKO, von Oberholzer und dass er den Kontakt zu ihm verloren hatte. In Folge soll er Wohlgemuth darum gebeten haben, ob die Schweizer Militärstellen den Kontakt mit Oberholzer wiederherstellen könnten.²²⁴ Einige Tage später sollen Himmer und Wohlgemuth sich in einem Hotelzimmer in Altstätten getroffen haben. Zu diesem Treffen soll auch ein gewisser Hauptmann Hammer erschienen sein. Hammer habe angeboten, dass Himmer für den Schweizer Nachrichtendienst arbeiten könnte. Himmer stimmte zu und gab Hammer als Kontaktdaten die Anschrift der Pflegeeltern Elsa Himmers in Diepoldsau (Schweiz) an. Hammer habe eine Bezahlung in Aussicht gestellt, wenn Himmer als vorläufigen Auftrag über Truppenverschiebungen in Vorarlberg berichte.²²⁵ Eine Woche nach diesem Treffen habe Himmer erneut Hammer aufgesucht, da er nichts mehr von ihm hörte. In diesem Gespräch soll Himmer den Auftrag bekommen haben, folgende Nachforschungen in Vorarlberg anzustellen:

²²² DÖW 8226, S. 8.

²²³ Pichler, Widerstandsgruppen, S. 87. Siehe auch: DÖW 51827, Urteilschrift, S. 14f.

²²⁴ DÖW 51827, Urteilschrift, S. 14.

²²⁵ Ebd., S. 15.

- Sind die Truppen der Garnisonen motorisiert?
- Wie viele Soldaten befinden sich in den jeweiligen Kasernen?
- Welche Nummern tragen die Soldaten auf ihren Achselklappen?
- Wo sind Befestigungsanlagen errichtet?
- Wurden in Dornbirn italienische Offiziere gesichtet?
- An welchen Standorten befinden sich militärische Anlagen (Flakstellungen)?²²⁶

Aufgrund dieses Auftrags soll Himmer seine engsten Vertrauten, Mäser, Wieland und Sohm, dazu aufgefordert haben ihren Fokus vermehrt auf militärische Beobachtungen, insbesondere Truppentransporte sowie Bunker- und Kasernenbauten zu legen und diese sofort bei ihm zu melden.²²⁷ Laut Urteilsschrift hatte Himmer seinen Kameraden bezüglich des Auftraggebers nichts erzählt und sogar behauptet, dass die Meldungen an Oberholzer weitergeleitet werden.²²⁸ Die etwas mildereren Strafen für die anderen Angeklagten im Hauptprozess sprechen dafür, dass die Ankläger nur Himmer für diesen Tatbestand verantwortlich machten. In den Sommermonaten suchte Himmer gemeinsam mit seiner Frau mehrmals die Schweiz auf, um militärische Nachrichten weiterzuleiten. So soll sich Himmer am 1. August 1939 in Altstätten im „Kaffee Walser“, indem sich Himmer angeblich auch mit Oberholzer das erste Mal getroffen haben soll, mit Oberleutnant Wohlgemuth getroffen haben. Bei diesem Treffen hatte Himmer laut eigener Aussage gegenüber seiner Frau Geld für Informationen erhalten.²²⁹ In diesem Zusammenhang muss das „Kaffee Walser“ hervorgehoben werden, das in der Urteils- und Anklageschrift zum Hauptprozess immer wieder als Treffpunkt Himmers mit Oberholzer oder Schweizer Offizieren genannt wird.²³⁰ Wieso gerade dieses Café, das heute nicht mehr existiert, erwähnt wird, kann nicht geklärt werden. Vermutlich nannte Elsa Himmer, die ihren Mann immer wieder bei diesen Treffen begleitet haben soll,²³¹ dieses Café als wichtigsten Treffpunkt in der Schweiz.

Mit Kriegsbeginn soll Himmer vermehrt Truppenbewegungen gemeldet haben. Zur Weiterleitung der Meldungen habe er aufgrund der schwierigen Grenzsituation zur Schweiz

²²⁶ DÖW 51827, Urteilsschrift, S. 15.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Ebd., S. 29 ff.

²²⁹ Ebd., S. 16.

²³⁰ DÖW 51827, Anklageschrift S. 14 & S. 25.; Urteilsschrift S. 6 & S. 16.

²³¹ Ebd., Anklageschrift S. 24f.; Urteilsschrift S. 15f.

öfters seine Frau dorthin geschickt. So auch im Herbst 1939, als Elsa Himmer bei Oberleutnant Wohlgemuth in Altstätten folgende Meldungen getätigt haben soll:

- Zwei Posten bewachen die Dornbirner Achbrücke
- Flakstellung auf dem Watzenegg (Bergparzelle bei Dornbirn)
- Kasernenbauten und deren Belegung in Bludenz
- Verstärkung des Grenzschutzes im Lande
- Kaserne in Lindau
- Durchfahrt von Militärautos durch Dornbirn sowie von zwölf Militärzügen (in einer Nacht) Richtung Feldkirch²³²

Die Aktivitäten der AKO lassen sich wie bereits erwähnt auf Rekrutierungsversuche und nachrichtendienstliche Tätigkeiten zusammenfassen. Konkrete Hinweise dafür, dass die Gruppen mit Waffen oder Sprengstoffen aus der Schweiz beliefert wurde, geht aus den Quellen nicht hervor. Auch in den Anklageschriften können keine konkreten Vorwürfe bezüglich Waffen gefunden werden, weshalb davon ausgegangen werden muss, dass es diesbezüglich eventuell nur Absichten und vage Pläne, aber keine Handlungen gab. Möglicherweise kam die Gestapo mit den Verhaftungen um den Jahreswechsel 1939/1940 der AKO zuvor.

2.5 Das Ende der AKO: Festnahmen, Prozesse, Verurteilungen

Das Ende der AKO kam relativ plötzlich um die Jahreswende 1939/1940. Wird jedoch die Gesamtsituation betrachtet, ist es doch erstaunlich, dass die Gestapo Himmer und seine Kameraden noch eine Zeit lang gewähren ließ. Himmer und Albert Mäser kamen zu Beginn des Jahres 1939 ins Gespräch und Mäser soll das Aufnahmeschreiben im April 1939 erhalten haben.²³³ Mäser meldete Himmer und die AKO direkt nach Erhalt des Aufnahmeschreibens. Er ging zunächst zu einem Sturmführer namens Varone vom NSFK²³⁴, übergab ihm das Aufnahmeschreiben und schilderte ihm die Pläne Himmers. Zusammen gingen sie zur Gestapo, wo Mäser von den Gestapo-Beamten Hammerl und Kohler die Anweisung erhielt

²³² DÖW 51827, Anklageschrift S. 26; Urteilsschrift S. 16.

²³³ Ebd., Urteilsschrift S. 10 f.

²³⁴ Nationalsozialistische Fliegerkorps.

sich gegenüber Himmer völlig normal zu verhalten und allen Pflichten als Mitglied der AKO nachzukommen.²³⁵ Die Gestapo behielt mit Hilfe des Denunzianten Mäser die Gruppe im Auge und ließ die AKO etwa neun Monate lang gewähren.

Wie genau die Verhaftung Himmers ablief, ist unklar. Im Hauptprozessakt wird davon gesprochen, dass Himmer am 17. Dezember 1939 mit Arthur Sohm und Karl Stadelmann einen Radausflug zur Schweizer Grenze bei Lustenau gemacht haben soll, um zu erkunden wie die Grenzposten besetzt seien. Aufgrund verdächtigen Verhaltens wurden alle festgenommen.²³⁶ Himmer soll dann in Folge von dem Bezirkszollkommissar Schäfer vernommen worden sein. In diesem Gespräch habe Himmer den Vorschlag gemacht, dass er durch seine Verbindungen zu einer illegalen Organisation in der Schweiz auf Seiten des deutschen Nachrichtendienstes arbeiten könnte. Als Beweis für diese Verbindung habe er einen Brief Oberholzers vom 12. November 1939 gezeigt. Im Akt wird in diesem Zusammenhang angegeben, dass Himmer bei den deutschen Behörden aufgrund mehrerer Meldungen wegen hoch- und landesverräterischer Aktivitäten bereits unter Verdacht stand.²³⁷

Der Bezirkszollkommissar soll deshalb zum Schein auf das Angebot eingegangen sein. Himmer bekam die Erlaubnis am 30. Dezember in die Schweiz zu reisen und im Auftrag des deutschen Nachrichtendienstes Kontakt zu Oberholzer (über die Schweizer Militärstellen) aufzunehmen. Himmer sei in der Schweiz gewesen, konnte aber seine Kontaktpersonen aus unbekanntem Gründen nicht treffen. Bei seiner Rückkehr soll er im Zollamt Hohenems durchsucht und ein Brief an das Schweizer Militärdepartement gefunden worden sein, der den Verdacht hoch- und landesverräterischer Aktivitäten Himmers bestätigte.²³⁸ Er wurde verhaftet und nach Bregenz transportiert. Durch einen unbekanntem Vorwand soll Himmer es geschafft haben, dass die Fahrt in Dornbirn unterbrochen wurde und er mit seiner Frau sprechen konnte. Dabei habe er sie aufgefordert Sohm und Wieland zu warnen. Auch Johann Gutensohn soll er gewarnt und ihm aufgetragen haben, Mäser und Wieland über seine Verhaftung zu informieren.²³⁹ Wie genau Himmer nach seiner Verhaftung noch Kontakt zu Gutensohn aufgenommen haben soll, geht nicht hervor. Warum Himmer nach seiner ersten Verhaftung und Einvernahme am 17. Dezember noch fast zwei Wochen auf freiem Fuß gelassen wurde,

²³⁵ DÖW 51827, Anklageschrift S. 33.

²³⁶ DÖW 51827, Anklageschrift S. 27f., Urteilsschrift S. 17f.

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Ebd., Urteilsschrift S. 18.

geht aus den Akten ebenfalls nicht hervor. Möglicherweise sollte Himmer auf frischer Tat ertappt werden. Für die Einreise in die Schweiz musste er sich ein Sichtvermerk (Visum) beschaffen. Im Hauptprozessakt wird davon gesprochen, dass er sich den Einreise-Sichtvermerk selbst organisierte. Es werden sogar die Gewährsmänner (Hauptmann Hammer, Oberleutnant Wohlgemuth, Max Oberholzer) aufgelistet, die Himmer für die Einreise angab.²⁴⁰ Damit hatte die Gestapo wohl weitere Beweise, dass Himmer mit ausländischen Stellen Kontakt hatte.

In der Literatur findet man zur Verhaftung Himmers nur bei Meinrad Pichler eine kurze Darstellung der Ereignisse. Laut Pichler, der sich als Quelle auf ein Interview mit Himmers Frau bezieht, wurde Himmer im Jänner 1940 an der Lustenauer Grenze festgenommen. Grund dafür war, dass bei einer Durchsuchung Himmers durch einen Grenzposten einige AKO-Zettel gefunden wurden. Nach kurzem Verhör durch die Gestapo soll er aber wieder freigelassen worden sein, worauf dieser sofort einige der Gruppenmitglieder in ihren Wohnungen aufgesucht habe, um sie zu warnen. Die Gestapo spekulierte, dass Himmer genau das tun würde und verhaftete Himmer und einige seiner Kameraden.²⁴¹ Im Lexikon "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945" der Malin-Gesellschaft wird bei Himmer, Sohm und Wieland der 06.01.1940 als Datum der Festnahme genannt. Als Quelle wird jeweils das Gefangenenbuch des Bregenzer Bezirksgericht angegeben.²⁴² Auch Josef Wieland berichtet in einem Brief an das DÖW, dass sie am 06.01.1940 verhaftet wurden.²⁴³

Von 1940 bis 1941 wurden insgesamt 19 Personen im Zusammenhang mit der AKO festgenommen.²⁴⁴ Ein Bericht des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof für den Oberlandesgerichtsbezirk Innsbruck aus dem Jahr 1940 fasst nochmals die wesentlichen Ermittlungsergebnisse und Vorwürfe zusammen:

„Der Geheimen Staatspolizei ist es gelungen, eine bisher nicht bekannte Organisation, die ‚AKO.‘, (Aktivistische Kampforganisation), die nach bisherigen Ermittlungsergebnis marxistischer Art ist, aufzuspüren. Leiter dieser Organisation ist der in der Schweiz lebende frühere Rechtsanwalt Dr. Max Oberholzer. Die Organisation ist nach Angaben des Mitbeschuldigten Schlosser Wilhelm Himmer auch im Altreich sowie in Rußland,

²⁴⁰ DÖW 51827, Urteilsschrift S. 17.

²⁴¹ Pichler, Widerstandsgruppen, S. 87.

²⁴² Johann-August-Malin-Gesellschaft, Lexikon "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945", [<https://www.malingesellschaft.at/lexikon-verfolgung-und-widerstand/lexikon>], eingesehen am 19.01.2021.

²⁴³ DÖW 2509.

²⁴⁴ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, 20752_132a, Bericht Oberlandesgerichtsbezirk Innsbruck.

Frankreich und England verbreitet. Sie verfolgt nach ihrem Programm das Ziel, ‚den Nationalsozialismus mit allen tauglichen Mitteln zu bekämpfen, zu diesem Zweck alle Gegner des Nationalsozialismus zusammenzufassen, Gegenpropaganda zu treiben, politische und militärische Nachrichten auszuspähen und im Kriegsfall Eisenbahnen und andere Verkehrsverbindungen zu sprengen und Elektrizitätswerke zu vernichten‘. Dr. Oberholzer ist bereits Ende 1937 oder Anfang 1938 mit dem Beschuldigten Himmer, wohnhaft in Dornbirn (Kreis Feldkirch), in Verbindung getreten, hat ihn für die ‚AKO.‘ geworben und ihn beauftragt, in Dornbirn und Umgegend weitere Mitglieder zu werben. Himmer hat diesen Auftrag ausgeführt und die Beziehungen zu Dr. Oberholzer bis 1939 aufrechterhalten. Da im Sommer 1939 nach seinen Angaben die Verbindung zu Dr. Oberholzer unterbrochen worden ist, hat er Beziehungen zu schweizerischen Offizieren angeknüpft und ihnen, auch noch nach Ausbruch des Krieges, Nachrichten über militärische Vorgänge in Deutschland überbracht, zum Teil auch durch seine Ehefrau überbringen lassen. Diese Nachrichten erhielt er von den anderen, durch ihn geworbenen Mitgliedern und von seiner Ehefrau, die das Gelände um Dornbirn auskundschaften mußte. Außer den Eheleuten Himmer sind in diesem Verfahren noch 17 weitere Beschuldigte, meist Arbeiter und Handwerker, festgenommen worden.“²⁴⁵

Über die Zeit in der Haft gibt es nur wenige Quellen. Ein Zeitzeugen-Interview mit Johann Gutensohn gibt jedoch Einblicke, wie die Ermittler mit den Betroffenen in der Haft umgingen. Gutensohn, der laut eigenen Angaben um Weihnachten 1939 ein kurzes Gespräch mit Himmer führte und ansonsten nichts mit ihm zu tun gehabt haben soll, kam nach einer Mandel-Operation ebenfalls im Jänner 1940 in Haft. Nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt in Dornbirn wurde er im Landesgericht Feldkirch inhaftiert. Wie für die anderen Hauptverdächtigen, startete dort für Gutensohn eine über zweijährige Untersuchungshaft. Dort verhörte ihn ein Berliner und ein Lindauer Gestapo-Beamter. Was zunächst noch zum Teil freundliche, hartnäckige Verhöre mit Fragen über Himmer waren, artete nach einigen Monaten in schwerer Gewalt aus, weil Gutensohn nicht die Antworten gab, die die Gestapo-Beamten hören wollten.²⁴⁶ Gutensohn schilderte die Gewaltszenen wie folgt:

„Dann haben sie mich mit Stühlen gedroschen, mit Stühlen. Sagen wir mit diesen. Das sind dann lumpige Stühle drin gewesen, nicht gerade die schönsten. Haben sie auf mich eingeschlagen, dass es nur noch gekracht hat, oder ist einmal ein Fuß abgebrochen. Und dann haben sie mir Zigaretten angeboten danach, das habe ich dann auch nicht angenommen. Aber ich habe es wieder angenommen, sonst hat man gesagt: ‚Wenn sie es nicht annehmen, verkloppen wir euch nochmals.‘ [...] Also wie gesagt, das erste Jahr war böse. Das ist böse gewesen.“²⁴⁷

²⁴⁵ DÖW 20752_132a, Bericht Oberlandesgerichtsbezirk Innsbruck.

²⁴⁶ Stadtarchiv Dornbirn, Archiv der mündlichen Geschichte, Interviews mit Johann Gutensohn, Anlage in Mbox-Oral History Archiv ADMG 0001; KASD 0001. Transkript der zitierten Stellen im Besitz des Verfassers dieser Arbeit.

²⁴⁷ Ebd., ab Minute 38:05.

Im zweiten Jahr wurde er dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Diese Situation beschreibt er prägnant wie folgt: „Dort habe ich dann langsam eine Ruhe bekommen. Die haben nicht geschlagen, die haben dich vorgeführt und in den Akten rumgeblättert.“²⁴⁸ Neben der Gewalt beschreibt Gutensohn aber auch andere Versuche der Gestapo, um das gewünschte Geständnis zu erhalten. So soll er von einem Geistlichen angesprochen worden sein, ob er nicht eine Beichte ablegen will. Nachdem er einige Zeit später nochmals von einem Beamten gefragt wurde, ob er nicht beichten will, stimmte Gutensohn zu. Als er kurz vor der Beichte einen anderen Geistlichen sah als jenen, der ihn ansprach, lehnte er die Beichte ab. Gutensohn vermutete, dass es sich um einen falschen Geistlichen gehandelt hatte, der ihm bei der Beichte die von der Gestapo gewünschten Aussagen entlocken sollte.²⁴⁹ Obwohl die Gestapo für weitaus brutalere Methoden bekannt war, könnte auch ein solcher Täuschungsversuch denkbar sein. Im vertrauten Gespräch der Beichte konnte vermutlich manch einem Gefangenen einige Informationen entlockt werden.

Josef Wieland berichtet darüber, dass sie aufgrund drei Verräter alle 26 Monate in Untersuchungs- sowie Einzelhaft waren und bis auf das Äußerste gequält wurden.²⁵⁰ Nach über zwei Jahren Haft, die wohl auch für die anderen Hauptangeklagten von physischer und psychischer Gewalt geprägt waren, kam es vom 18. bis 20 März 1942 zum Prozess vor dem Senat II des Volksgerichtshofs in Innsbruck. Angeklagt waren sechs Personen: Wilhelm Himmer, Elsa Himmer, Josef Wieland, Arthur Sohm, Johann Gutensohn und Albert Mäser.²⁵¹

Der Volksgerichtshof war im Dritten Reich prinzipiell für besonders schwere Fälle von Hoch- und Landesverrat zuständig. Im juristischen Sinne hatte das ehemalige Österreich eine besondere Stellung im NS-Reich, da der „VGH“ in Österreich, im Gegensatz zum „Altreich“, auch für mildere Delikte wie das Nichtanzeigen einer verräterischen Handlung oder auch die Verbreitung oder Erstellung von Druckmaterial mit „hochverräterischem“ Inhalt zuständig war.²⁵² Innenansichten zum Prozess selbst gibt es von Gutensohn. Dieser schilderte in bereits besagtem Zeitzeugeninterview, dass ihm noch während der Haft gesagt worden war, dass dies

²⁴⁸ Interview mit Gutensohn 1, ab Minute 39:20.

²⁴⁹ Ebd., ab Minute 54:30.

²⁵⁰ Josef Wieland, Politische Ereignisse, S. 3.

²⁵¹ DÖW 51827.

²⁵² Michael Lojowsky, Teil I: Zuständigkeit des Volksgerichtshofes in Österreich, in: Form, Wolfgang/ Neugebauer, Wolfgang/ Schiller, Theo (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938-1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht Wien, München 2006, S. 13-29, hier S. 15ff.

der größte Prozess im Gau Tirol-Vorarlberg wäre.²⁵³ Als sie im Gerichtsgebäude ankamen, wurden sie von Schüler*innen empfangen und angespuckt. Weiters beschreibt er die Richter des Volksgerichtshofs mit ihren roten Roben und einschüchterndem Auftreten. „Heil Hitler“ durften die Angeklagten auf Anweisung der Richter nicht sagen. Gutensohn habe sich bei dieser Aufforderung gedacht: „Das wollen wir sowieso nicht.“²⁵⁴ Die Ankläger konfrontierten Gutensohn mit den Vorwürfen, dass er Vorbereitung zum Hochverrat betrieben und ein Aufnahmeschreiben der AKO bekommen hätte. Gutensohn reagierte darauf wie folgt: „Hier sitzt Himmer. Er soll sagen was ich gegen Deutschland gemacht habe.“²⁵⁵ Himmer soll aber nur schweigend daneben gesessen sein. Nach der Urteilsverkündung kamen laut Gutensohn nochmals alle Angeklagten zusammen in einen Raum. Er soll Himmer damit konfrontiert haben, wo er seinen Verstand gelassen habe. Himmer begegnete darauf nur: „Ja weißt du Johann, mir tut man den Kopf weg.“ „Selbst schuld“, habe Gutensohn darauf geantwortet.²⁵⁶ Josef Wieland schildert in einem Brief nur die wichtigsten Fakten zum Prozess wie Datum der Verhandlung, Hauptverdächtige, Denunzianten und die Urteile. Die Verhandlung war geheim, die Urteile wurden öffentlich verkündet.²⁵⁷ Wie die Verhandlung im Detail ablief, kann aufgrund der fehlenden Quellen nicht eruiert werden. Meinrad Pichler beschreibt den Hauptprozess wie folgt:

„Was die einzelnen Mitglieder bereits an Aktionen durchgeführt haben oder was Himmer seinen Schweizer Interessenten an nachrichtendienstlichen Informationen hat zukommen lassen, kann der Prozess nicht klären. Selbst durch schwere Verhöre kommt wenig ans Licht. So lebt der Prozess mehr von der Empörung der Richter als von Fakten.“²⁵⁸

Die Urteile fielen drastisch aus. Wilhelm Himmer wurde wegen „Landesverrats in Verbindung mit Vorbereitung zum Hochverrat“²⁵⁹ zum Tode verurteilt. Elsa Himmer erhielt wegen „Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit Beihilfe zum Landesverrat“²⁶⁰ zwölf Jahre Zuchthaus. Arthur Sohm, Josef Wieland und Johann Gutensohn wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit der Verabredung des Landesverrats“²⁶¹ zu

²⁵³ Interview mit Gutensohn 1, ab Minute 40:30.

²⁵⁴ Ebd., 55:05 – 60:21.

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ Josef Wieland, Politische Ereignisse, S. 4.

²⁵⁸ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 325.

²⁵⁹ DÖW 51827, Anklageschrift, S. 2.

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Ebd.

lebenslanger, siebenjähriger und fünfjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Damit einher gingen für Wilhelm Himmer und Arthur Sohm der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Elsa Himmer, Josef Wieland und Johann Gutensohn wurden die bürgerlichen Ehrenrechte für zehn, sieben und fünf Jahre entzogen.²⁶² Dass auch eine vermeintlich mildere Strafe wie das Zuchthaus ebenfalls ein Todesurteil sein konnte, wird im dritten Kapitel dieser Arbeit bei Arthur Sohm zu sehen sein. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte hatte durchaus tiefgreifende Einschnitte zur Folge. Neben dem Verlust an öffentlichen Wahlen teilzunehmen, was im Dritten Reich wohl nicht mehr relevant war, gingen auch der Wegfall von öffentlichen Ämtern, Ehrenzeichen, Orden, Titel und Würden einher.²⁶³ Der Denunziant Albert Mäser wurde freigesprochen. Laut Josef Wieland zählten neben Mäser auch noch Karl Stadelmann und Josef Heinzle zu den Verrätern, die von der Gestapo bezahlt wurden, beziehungsweise gegen sie im Prozess aussagten.²⁶⁴

Werden die Analysen der Historikerin Ursula Schwarz zum Tatbestand Landesverrat in Österreich während der NS-Zeit betrachtet, fallen im Zusammenhang mit der AKO einige Besonderheiten auf.²⁶⁵ Als erstes ist die überdurchschnittlich lange Dauer der Untersuchungsbeziehungsweise „Schutzhaft“ zu erwähnen. Etwa 817 Tage waren jene Personen, die im Zuge der AKO-Prozesse verurteilt wurden, in Haft. Das entspricht im Schnitt zwei bis drei Mal solange wie andere vom Volksgerichtshof verurteilte Personen.²⁶⁶ Des Weiteren gab es in Österreich insgesamt drei Verfahren mit 14 Angeklagten, in denen neben Geheimnisverrat auch Hochverrat angeklagt wurde. Zwei dieser Verfahren sind mit der AKO in Verbindung zu bringen. Diese waren der Hauptprozess gegen die AKO sowie der Nebenprozess gegen Peter Naumann, der im Jahr 1940 für kurze Zeit mit Himmer eine Zelle teilte. Im Auftrag Himmers habe Naumann nach seiner Entlassung den schweizerischen Konsul in Bregenz Carl Bitz aufgesucht, um diesen davon zu überzeugen die Festnahme Himmers an das Schweizer Militärdepartement und Oberholzer weiterzuleiten. Außerdem soll Naumann die Eltern von

²⁶² DÖW 51827, Anklageschrift, S. 2.

²⁶³ Thomas Fuchs (Hrsg.), StGB Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871. Historisch-synoptische Edition 1871—2009, Paragraf 33 [1. Januar 1872—1. April 1970], Mannheim 2010, S. 161, [<https://hopifrei.files.wordpress.com/2014/08/stgb-deutsches-kaiserreich1871-2009.pdf>], eingesehen am 26.01.2021.

²⁶⁴ Josef Wieland, Politische Ereignisse, S. 3.

²⁶⁵ Ursula Schwarz, Landesverrat, in: Wolfgang Form/ Wolfgang Neugebauer/ Theo Schiller (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938-1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht Wien, München 2006, S. 262–337, hier S. 280ff.

²⁶⁶ Ebd., S. 281.

Josef Heinzle aufgesucht haben, um auch diese zu warnen.²⁶⁷ Himmer durfte wohl geglaubt haben, dass sein entfernter Verwandter Heinzle zur AKO gehörte. Aus Wielands Brief kann aber davon ausgegangen werden, dass Heinzle gegen die Gruppe aussagte. Naumann kam erneut in Haft und erhielt Karl Stadelmann als Zellengenossen. Stadelmann arbeitete im Auftrag der Gestapo, freundete sich mit Naumann an und meldete alle Aussagen Naumanns seinen Vorgesetzten. Gegenüber Stadelmann soll er unter anderem über die große Reichweite der AKO gesprochen haben, die nicht nur im ganzen Reich, sondern auch im Ausland gut vernetzt gewesen sein soll. Der Organisation trat er aber nicht bei, da es ihm im Deutschen Reich zu gefährlich sei. Im Ausland würde er aber sofort beitreten und auch ohne Zögern den Auftrag übernehmen, Hitler, Goebbels oder Göring zu erledigen. Außerdem habe er den „Führer“ als Volksverräter und Volksbetrüger bezeichnet.²⁶⁸ Naumann wurde deshalb wegen Landesverrats in Verbindung mit Vorbereitung zum Hochverrat am 28.09.1942 zum Tode verurteilt.²⁶⁹

Es gab also zwei Todesstrafen, die im Zusammenhang mit der AKO ausgesprochen wurden. Interessanterweise kam es aber im Fall Naumann zu einer besonderen Wendung, die in zwölf beziehungsweise sieben Jahren NS-Justiz wohl eher selten vorkam. Naumann wurde am 03.05.1944 nachträglich wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen. Obwohl die angeblich hochverräterischen Tätigkeiten Naumanns nochmals bestätigt wurden, sei er wegen einer schweren Geisteskrankheit in Form des „Spaltungsirrsinns“ (Schizophrenie) für seine Taten nicht verantwortlich. Der medizinische Sachverständige Dr. Müller-Heß hatte attestiert, dass Naumann als unheilbarer Geisteskranker nicht dazu in der Lage sei, das Unerlaubte seiner Vergehen einzusehen. Er gälte deshalb als permanente Gefahr für die öffentliche Sicherheit und müsse deswegen in einer Heil- und Pflegeanstalt untergebracht werden.²⁷⁰

Ebenfalls erwähnenswert ist die Tatsache, dass bei den Verfahren gegen die AKO, im Gegensatz zu vielen anderen Fällen dieser Zeit, den Beschuldigten weder „Feindbegünstigung“ noch eine Verbindung zu sozialistischen oder kommunistischen Gruppen nachgewiesen werden konnte.²⁷¹ Wie bereits zu Beginn eruiert, lassen sich unter den Beschuldigten die verschiedensten politischen Gesinnungen finden. Als gutes Beispiel dafür dient Hilar Paterno,

²⁶⁷ DÖW 51826, S. 2.

²⁶⁸ Ebd., S. 3.

²⁶⁹ Ebd., S. 1.

²⁷⁰ Ebd., S. 7ff.

²⁷¹ Schwarz, Landesverrat, S. 280.

der in der Zeit der Illegalität sogar kurz Mitglied der SA gewesen sein soll und nach dem „Anschluss“ der Partei beiträt.²⁷² Auch in der Bewertung der Widerstandsgruppe lässt sich eine relativ rasche Änderung erkennen. Beschreibt die Oberreichsanwaltschaft in der Anklageschrift die AKO noch als eine Organisation, welche „auf kommunistischer Grundlage das Ziel verfolgt mit allen Mitteln den Nationalsozialismus zu bekämpfen“,²⁷³ heißt es im Urteil:

„Die in den Richtlinien erhaltenen Zeile der AKO. waren auf einen gewaltsamen Verfassungsumsturz im Reich gerichtet (§ 80 Abs.2 StGB.). Ob die AKO ausschließlich eine kommunistische Organisation darstellte, oder ob sie, wie nicht unwahrscheinlich ist, im Dienste der späteren Feindmächte vornehmlich zum Zwecke der Spionage und erst in zweiter Linie zum Zwecke der Zersetzung im Reich aufgezogen war, ist dabei belanglos. Zugehörigkeit zu ihr und Betätigung als ihr Mitglied begründen jedenfalls Vorbereitung zum Hochverrat im Sinne der §§ 80 Abs. 2, 83 Abs. 2 und 3 Nr. 1 RStGB.“²⁷⁴

Was den Vorwurf einer kommunistischen/marxistischen Organisation betrifft, der vor allem in der Anklageschrift immer wieder zu finden ist, lässt sich also eine Relativierung erkennen. Schwarz analysiert zudem, dass aufgrund des Tatzeitraums, der von März 1938 bis Juni 1940 ermittelt wurde und damit noch deutlich vor dem Krieg gegen die Sowjetunion war, der Anklagepunkt „Feindbegünstigung“²⁷⁵ nicht zum Tragen kam.²⁷⁶ Obwohl es keine juristische Grundlage für einen solchen Anklagepunkt gab, versuchten die Ankläger dennoch gezielt einige der Mitglieder (vor allem Himmer und Paterno) als Sympathisanten Stalins und des Bolschewismus darzustellen.

Auch in der Öffentlichkeit durften die Urteile im Hauptprozess und Himmers Tötung zumindest teilweise wahrgenommen worden sein, was einige kurze Zeitungsausschnitte belegen. So berichteten unter anderem das *Vorarlberger Tagblatt* am 21.03.1942, die *Innsbrucker Nachrichten* ebenfalls am 21.03., die Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* am 22.03 und das *Salzburger Volksblatt* am 23.03.1942 folgendes:

²⁷² DÖW 8197, S. 2f.

²⁷³ DÖW 51827, Anklageschrift S. 4f. Siehe auch: Schwarz, Landesverrat, S. 281.

²⁷⁴ DÖW 51827, Urteilsschrift S. Siehe auch: Schwarz, Landesverrat, S. 281.

²⁷⁵ Definition laut § 91b (1) RStGB: „Wer im Inland oder als Deutscher im Ausland es unternimmt, während eines Krieges gegen das Reich oder in Beziehung auf einen drohenden Krieg der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Reichs oder seiner Bundesgenossen einen Nachteil zuzufügen, wird mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.“ Siehe: Fuchs, Strafgesetzbuch, S. 497.

²⁷⁶ Schwarz, Landesverrat, S. 281.

Dornbirn und Umgebung

Todesurteil gegen Landesverräter

In Innsbruck verurteilte ein Senat des Volksgerichtshofes den Wilhelm H i m m e r aus Dornbirn zum Tode und zum dauernden Ehrverlust. Himmer, ein vielfach vorbestrafter, arbeitscheuer Taugenichts, hatte in den Jahren 1938 und 1939 versucht, im Dienste ausländischer Auftraggeber eine staatsfeindliche Organisation aufzuziehen und hatte sich ferner einem ausländischen Nachrichtendienst zur Beschaffung und Uebermittlung von Nachrichten, deren Geheimhaltung für die Reichsverteidigung von Wichtigkeit war, angeboten.

Wegen Beihilfe wurden die Frau des Himmer zu 12 Jahren, der Kraftfahrer S o h m zu lebenslänglichem und zwei weitere Mitangeklagte zu sieben und fünf Jahren Zuchthaus verurteilt; ein Mitangeklagter wurde freigesprochen.

Todesurteil gegen Landesverräter

Innsbruck, 20. März. In Innsbruck verurteilte ein Senat des Volksgerichtshofes den Wilhelm H i m m e r aus Dornbirn zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust.

Himmer, ein vielfach vorbestrafter, arbeitscheuer Taugenichts, hatte in den Jahren 1938 und 1939 versucht, im Dienste ausländischer Auftraggeber eine staatsfeindliche Organisation aufzuziehen und hatte sich ferner einem ausländischen Nachrichtendienst zur Beschaffung und Uebermittlung von Nachrichten, deren Geheimhaltung für die Reichsverteidigung von Wichtigkeit war, angeboten. Wegen Beihilfe wurden die Frau des Himmer zu zwölf Jahren, der Kraftfahrer S o h m zu lebenslänglichem und zwei weitere Mitangeklagte zu sieben und fünf Jahren Zuchthaus verurteilt; ein Mitangeklagter wurde freigesprochen.

Abbildung 10: Vorarlberger Tagblatt vom 21.03.1942, S.4 und Innsbrucker Nachrichten vom 21.04.1942, S. 5.

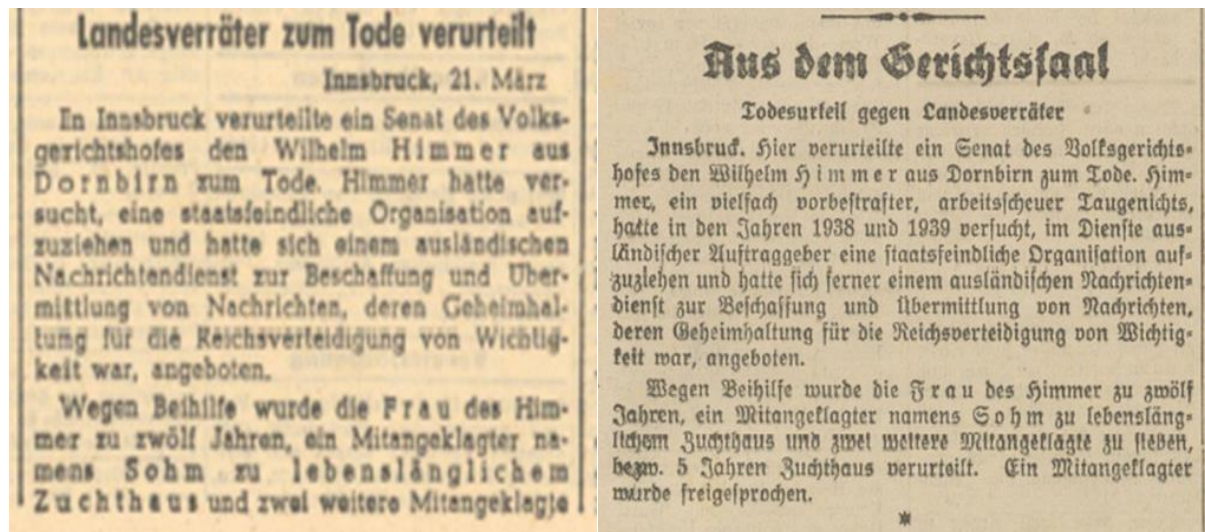


Abbildung 11: Völkischer Beobachter (Wiener Ausgabe) vom 22.03.1942, S. 7 und Salzburger Volksblatt vom 23.03.1942, S. 5.

Zwei Dinge fallen bei diesen vier Beiträgen auf. Erstens: Alle haben den exakt gleichen Wortlaut, was bedeutet, dass die Meldung aus Berlin vom *Deutschen Nachrichtenbüro* kam. Da der gleiche Beitrag beispielsweise auch im *Neuen Wiener Tagblatt*, dem *kleinen Volksblatt* und der *Kärntner Volkszeitung* gedruckt wurde, wollte das NS-Regime möglicherweise ein abschreckendes Beispiel für die österreichischen Gaue veröffentlichen, was mit Landesverrättern und deren Unterstützern passiert. So lässt sich auch eine Meldung über die

Hinrichtung Himmers, der am 8. Juli 1942 in Berlin-Plötzensee geköpft wurde, in einigen der genannten Zeitungen finden:

10. Juli 1942 — 160. Folge — Seite 3

Dornbirn und Umgebung

Hoch- und Landesverräter hingerichtet

nsg. Die Justizstelle des Volksgerichtshofes teilt mit: Der durch Urteil des Volksgerichtshofes wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 31jährige Wilhelm Himmer aus Dornbirn ist am 8. Juli 1942 hingerichtet worden. Der Verurteilte hat Spionage gegen Deutschland getrieben und sich hochverräterisch gegen das Deutsche Reich betätigt.

Hoch- und Landesverräter hingerichtet
Innsbruck, 8. Juli. Die Justizpressestelle des Volksgerichtshofes teilt mit: Der durch Urteil des Volksgerichtshofes wegen Hoch- und Landesverrats zum Tod und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte 31jährige Wilhelm Himmer aus Dornbirn

Abbildung 12: Vorarlberger Tagblatt vom 10. Juli 1942, S. 3 und Innsbrucker Nachrichten vom 9. Juli 1942, S. 3.

Zweitens lassen sich die wesentlichen Vorwürfe und Darstellungen der Anklage in diesen kurzen Meldungen finden: Als zentrale Person wird Himmer hervorgehoben. Dargestellt wird er als krimineller und arbeitsscheuer „Taugenichts“. Zudem führte er eine staatsfeindliche Organisation an und leitete Meldungen an einen ausländischen Nachrichtendienst weiter, welche die "Reichsverteidigung" gefährdeten. Neben dem Hoch- und Landesverräter Himmer werden namentlich nur seine Frau Elsa und Sohm erwähnt, die zu zwölf beziehungsweise lebenslanger Haft verurteilt wurden.

Neben dem Hauptprozess kam es 1942 noch zu vier weiteren Prozessen, die in Feldkirch durchgeführt und dessen Urteile durch den 7. Sondersenat des Oberlandesgerichtes Wien bestätigt wurden. Neun weitere Personen wurden verurteilt, darunter Gruppenmitglieder und Personen, die der Gruppe nahestanden, beziehungsweise über Kenntnisse bezüglich Existenz und Ziele der AKO verfügten. Nur Wilhelm Himmers Vermieter, Leo Braun, kam mit einem Freispruch davon.²⁷⁷ Hilarius Paterno, Eugen Bohle und Josef Höfel wurden wegen „Vorbereitung des Hochverrats“ für schuldig befunden und wurden mit 15, drei beziehungsweise zwei Jahren Zuchthaus bestraft. Paterno wurde zusätzlich wegen „Verbreitung von Lügennachrichten ausländischer Sender“ verurteilt. Ihm wurde neben

²⁷⁷ DÖW 8226, S. 2.

Himmer die aktivste Werbetätigkeit zugeschrieben,²⁷⁸ weshalb er mit insgesamt 15 Jahren die dritthöchste Strafe aller Verurteilten bekam, obwohl er gar nicht Teil des Hauptprozesses war. Die Angeklagten Josef Heinzle, Emil Huber, Johann Salizzoni, Josef Anton Schmid, Johann Peter und Josef Jäger wurden wegen „Nichtanzeigens hochverräterischer Umtriebe“ zu Haftstrafen von einem halben bis zu knapp zwei Jahren verurteilt.²⁷⁹ Insgesamt kam es zu 15 Verurteilungen. Als direkte beziehungsweise indirekte Folge dieser Prozesse und Verurteilungen verloren fünf Menschen ihr Leben. Neben Wilhelm Himmer waren es Arthur Sohm, Hilar Paterno, Josef Höfel und Maria Wieland. Himmer wurde, wie bereits erwähnt, knapp drei Monate nach seiner Verurteilung in Berlin-Plötzensee geköpft. Verwendet wurde wohl dieses Fallbeilgerät. Die Aufnahme erstellten sowjetische Soldaten nach der Befreiung des Gefängnisses im Mai 1945:

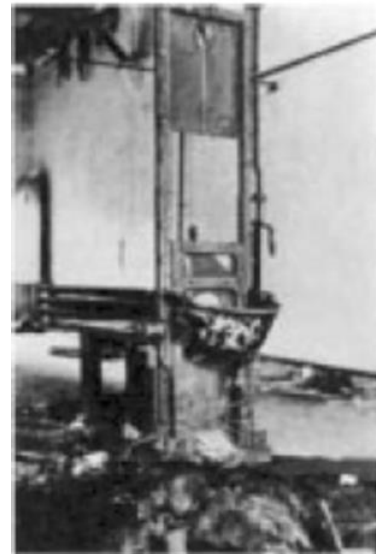


Abbildung 13: Fallbeilgerät im Gefängnis Berlin-Plötzensee 1945.

Die Schicksale von Sohm, Paterno und Wieland werden im nächsten Kapitel genauer beleuchtet. Josef Höfels Schicksal lässt sich mit einer dramatischen Liebesgeschichte verknüpfen. Dem Deutschen Heinrich Heinen gelang es um Ostern 1942 auf spektakuläre Weise seine geliebte Edith Meyer aus dem Ghetto von Riga zu befreien. Über Berlin und weitere Aufenthaltsorte versuchten sie zunächst über Konstanz in die Schweiz zu flüchten. Als dieser Versuch scheiterte, wagten sie es erneut über Feldkirch in die Schweiz zu gelangen. Dort wurden sie verhaftet und in die Haftanstalt Feldkirch eingeliefert. Heinen wurde wegen Rassenschade zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Im überfüllten Gefängnis war Heinen mit Höfel und fünf weiteren Personen inhaftiert. Höfel und Heinen planten einen Ausbruchversuch, der am 29. August 1942 gelang. Zwei Wachen wurden überwältigt und gemeinsam mit vier anderen Insassen, suchten sie im Gefängnis sogar über eine Stunde nach Edith Meyer. Zur Tragik dieser Geschichte kommt dazu, dass Meyer nur wenige Stunden vor dem Ausbruch in das Polizeigefängnis nach Innsbruck transportiert worden war. Die sechs Häftlinge flüchteten trotzdem, vier von ihnen wurden noch am selben Tag gefasst. Nur Höfel und Heinen schafften es, vor allem aufgrund Höfels Kontakte in Hohenems, noch ein paar Tage auf freiem Fuß zu bleiben. Am 1. September 1942 wurden die beiden durch eine Frau in

²⁷⁸ Pichler, Widerstandsgruppen, S. 90.

²⁷⁹ DÖW 8197, DÖW 8226, DÖW 8227, DÖW 8230.

Hohenems-Oberklien entdeckt. Beide wurden bei einem Schusswechsel mit den angerückten Polizeibeamten erschossen.²⁸⁰ So berichtete auch das *Vorarlberger Tagblatt* am 3. September 1942 über den Ausbruch und den Tod Höfels und Heinens:

Seite 4 — 207. Folge — Donnerstag, 3. S

Feldkirch und Umgebung

Aus dem Gefängnis entflohen. Am Sonntagabend entwichen aus der Haftanstalt sechs Häftlinge. Sie schlugen die zwei diensttuenden Beamten nieder, bemächtigten sich der zwei Dienstpistolen, Kleider und Schlüssel. Mit zwei Fahrrädern sind sie aus dem Gefängnis entflohen. Die Flucht wurde erst drei Stunden später bemerkt. Vier der Gefangenen wurden bald darauf wieder in Haft genommen. Die beiden anderen, die sich mit den erbeuteten Waffen zur Wehr gesetzt hatten, wurden bei Hohenems erschossen.

Abbildung 14: *Vorarlberger Tagblatt* 3. September 1942, S. 3.

Was bei der Geschichte dieser Dornbirner Widerstandsgruppe besonders auffällt, ist die harte Vorgehensweise des Regimes nicht nur gegen direkt, sondern auch gegen indirekt beteiligte Personen. In den sieben Jahren der NS-Terrorherrschaft in Vorarlberg kann die Zerschlagung der AKO als beispiellos bewertet werden. Ohne konkrete Beweise oder Indizien für Sabotageakte oder sonstige Aktionen wurden in sechs Prozessen 15 Personen verurteilt. Darunter Verdächtige wie Johann Gutensohn, die aus heutiger Sicht ohne gerechtfertigte Grundlage zum Teil über zwei Jahre in Untersuchungshaft saßen und während dieser Zeit mehrfach Misshandlungen erlitten. Die Verfolgungsinstanzen konstruierten nach den ersten Ermittlungen und Verhaftungen das Bild einer gefährlichen kommunistischen Widerstandsgruppe, die durch Verbindungen in die Schweiz und in andere Länder problemlos Sprengstoffe und andere Waffen besorgen hätten können. Mit Wilhelm Himmer stand ein perfekter Sündenbock zur Verfügung, der schon während der Ersten Republik und im „Ständestaat“ durch unzählige Delikte amtsbekannt war. Da es wohl keine konkreten Beweise gab, wurden Verdächtige und Zeugen bei Verhören unter Druck gesetzt beziehungsweise wandte Gewalt und Folter an, um die Aussagen zu kriegen, die für die Theorie der gefährlichen Widerstandsgruppe passten. Bei Maria Wieland, der Ehefrau von Josef Wieland, führten vor

²⁸⁰ Alfons Dür, Unerhörter Mut. Eine Liebe in der Zeit des Rassenwahns, Innsbruck-Wien 2013.

allein die psychischen Folgen dieser brutalen Verhörmethoden langfristig sogar zu ihrem Tod.²⁸¹ Ein Erklärungsversuch für das harte Vorgehen der NS-Behörden muss mit Sicherheit in der Tatsache gesucht werden, dass die AKO die erste größere Gruppe war, die von Gestapo in Vorarlberg aufgedeckt wurde. Um andere Personen von Widerstandsaktivitäten abzuschrecken, sollte wohl unter allem Umständen ein Exempel für den Gau Tirol-Vorarlberg statuiert werden. Das kleinste Aufflammen von Widerstand und Widersetzlichkeit musste aus Sicht des Regimes sofort erstickt werden. Die AKO als größerer illegaler Zusammenschluss unzufriedener Arbeiter*innen konnte daher unter keinen Umständen toleriert werden. Die Vorgehensweise gegenüber den eigenen „Reichsbürgern“ scheint in diesem Fall dennoch sogar für das NS-Regime unverhältnismäßig zu sein, wenn ein Bericht der Staatspolizeistelle Innsbruck vom Dezember 1940 über das „Verhalten kommunistischer und marxistischer Kreise in Tirol und Vorarlberg“ herangezogen wird. Dort heißt es:

„Die Anhängerschaft der kommunistischen und marxistischen Kreise in Tirol und Vorarlberg hat seit Beginn des Krieges keinen wesentlichen Zuwachs erhalten. Es wurde nach wie vor festgestellt, dass sowohl die Kommunisten als auch die Marxisten in loser Verbindung untereinander stehen und sich in bestimmten Gastlokalen bei Bierrunden zwanglos treffen. Bei diesen Gasthausbesuchen wird weniger über das politische Geschehen, als über die wirtschaftliche Lage gesprochen. [...] Ansätze, die für die Gründung illegaler Gruppen sprechen würden, konnten in Tirol nicht festgestellt werden. In Vorarlberg wurde bereits vor längerer Zeit eine kommunistische Geheimorganisation, die unter dem Namen „A.K.O.“ (Aktivistische Kampforganisation gegen den Nationalsozialismus) arbeitete, aufgerollt. Diese Gruppe wurde von der Schweiz aus gegründet und geleitet. Ihre Mitglieder wurden festgenommen und dem Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes zugeführt, der in allen Fällen Haftbefehl erlassen hat. Da, wie bereits eingangs erwähnt wurde, die marxistische bzw. kommunistische Idee nach den bisherigen Feststellungen neue Anhänger nicht gewonnen hat, ist ein Grund zu besonderer Besorgnis derzeit nicht gegeben.“²⁸²

Eine wirkliche Gefahr für das „Reich“ lässt sich aus diesem Bericht nicht herauslesen. Die unzufriedenen „Kommunisten“ und „Marxisten“, die sich über die wirtschaftliche Lage echauffierten, dürften wohl zu einem wesentlichen Teil Arbeiter*innen wie jene aus den Kreisen der AKO gewesen sein, deren Löhne nach dem „Anschluss“ stetig sanken. Auch die AKO selbst wird nicht direkt als Gefahr bezeichnet, der Zusammenschluss mehrerer mit dem Nationalsozialismus unzufriedener Personen stellte aber mit Sicherheit eine potenzielle Gefahr dar.

²⁸¹ VLA, DMG, Ärztlicher Bericht vom 29.07.1945, S. 1f.

²⁸² DÖW 1449.

Die Theorie des Exempel-Statuierens dürfte der Wahrheit am nächsten kommen. Die Mitglieder der AKO und alle Personen, die Kenntnis über die Gruppen hatten und diese jedoch nicht meldeten, mussten als abschreckendes Beispiel für andere dienen. Viele Beteiligten waren deshalb wohl einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Möglicherweise nannte auch Himmer so viele Namen wie möglich bei den Verhören, um den Prozess bis zum Kriegsende in die Länge zu ziehen. Johann Gutensohn behauptete das in einem weiteren Zeitzeugeninterview aus dem Jahr 1993 und ging sogar noch einen Schritt weiter indem er die Behauptung aufstellte, dass Himmer sich den Behörden selbst gestellt habe.²⁸³ Tatsache ist jedoch, dass eine durchaus beachtliche Zahl an Menschen mit der AKO in Berührung kam.

²⁸³ Ingrid Bertel/ Werner Bundschuh, Interview mit Johann Gutensohn, 1993, in: Radio Vorarlberg (Hrsg.), Das Hörfenster, Frieden, Menschenwürde, Toleranz. Portrait des Dornbirners Johann Gutensohn / Aktuelle Diskussion um das NS-Denkmal in Dornbirn, ORF Landesstudio Vorarlberg am 11.09.1993. Angehört in der Vorarlberger Landesbibliothek.

2.6 Weite Kreise: Eine netzwerkanalytische Betrachtung der AKO und ihres Umfeldes

Bei genauerer Analyse der vorhandenen Quellen zur AKO, kann ein Netzwerk von 36 Personen (re-)konstruiert werden, die entweder als Mitglieder, Mitwissende, Kontaktpersonen, Zeugen oder Angehörige mit der AKO in Kontakt kamen und untereinander in Verbindung standen. Mit Hilfe des Visualisierungsprogramms „Palladio“ wurde versucht, einen Überblick darzustellen, wie das Netzwerk rund um die AKO möglicherweise ausgesehen hat:

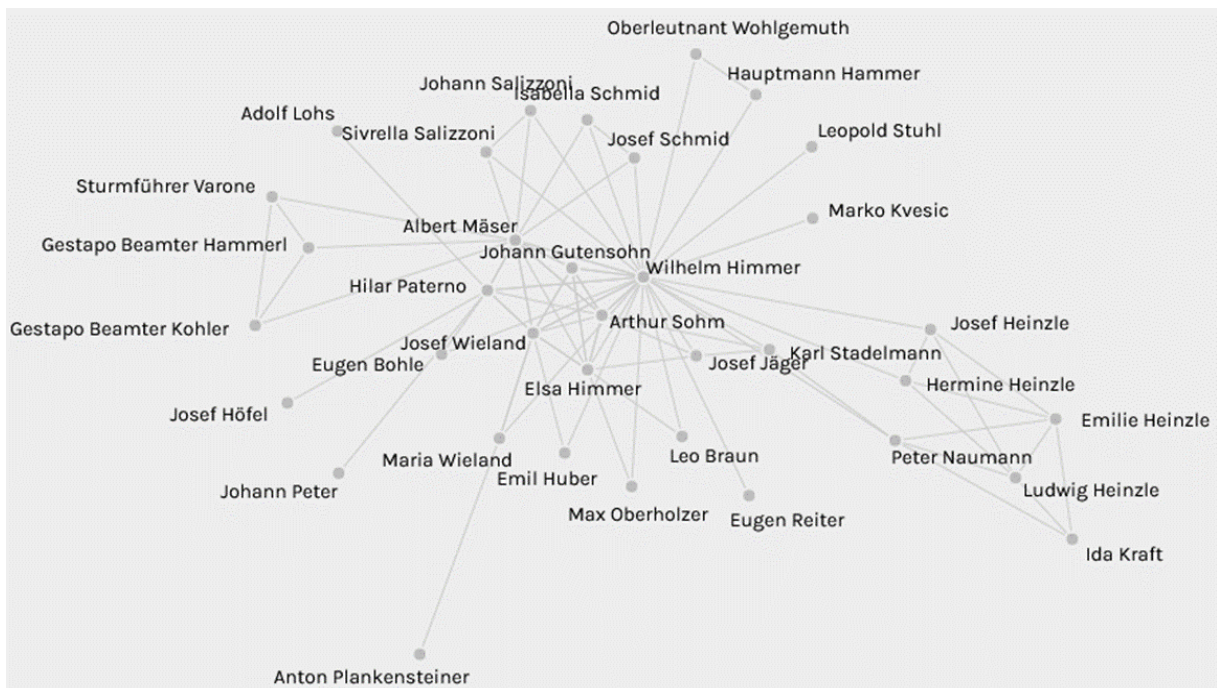


Abbildung 15: Überblick Netzwerk der AKO.

Das erste Ergebnis ist die obere Darstellung. In der (historischen-) Netzwerkforschung werden die Personen/Akteure als „Knoten“ und die Verbindungslinien als „Kanten“ bezeichnet.²⁸⁴ Obwohl die Grafik auf erstem Blick etwas unübersichtlich wirkt, kann doch schnell erkannt werden, dass die meisten Verbindungen zu Wilhelm Himmer führen. Erstaunlicherweise sind es 36 Personen, die explizit in den Quellen erwähnt und teilweise auch einem oder mehreren Knoten zugeordnet werden können. Im Sinne der Quellenkritik muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass die ausgewählten beziehungsweise vorhandenen Quellen eine bestimmte Perspektive darstellen, welche die (angeblichen) Mitglieder der AKO, allen voran Wilhelm

²⁸⁴ Florian Guggenberger, Flo's Digital History Blog #3: Daten, Daten, Daten (Historische Netzwerke), [https://dhuibk.hypotheses.org/2040], eingesehen am 10.02.2021.

Himmer, in das Zentrum rückt. Anton Plankensteiner beispielsweise, der einige Jahre der führende Nationalsozialist in Vorarlberg war, erscheint hier nur ganz am Rande durch eine Verbindung zu Maria Wieland auf. Wird die Darstellung mit Hilfe der Programme Palladio und Paint zusätzlich bearbeitet, ergibt sich ein eindeutigeres Bild:

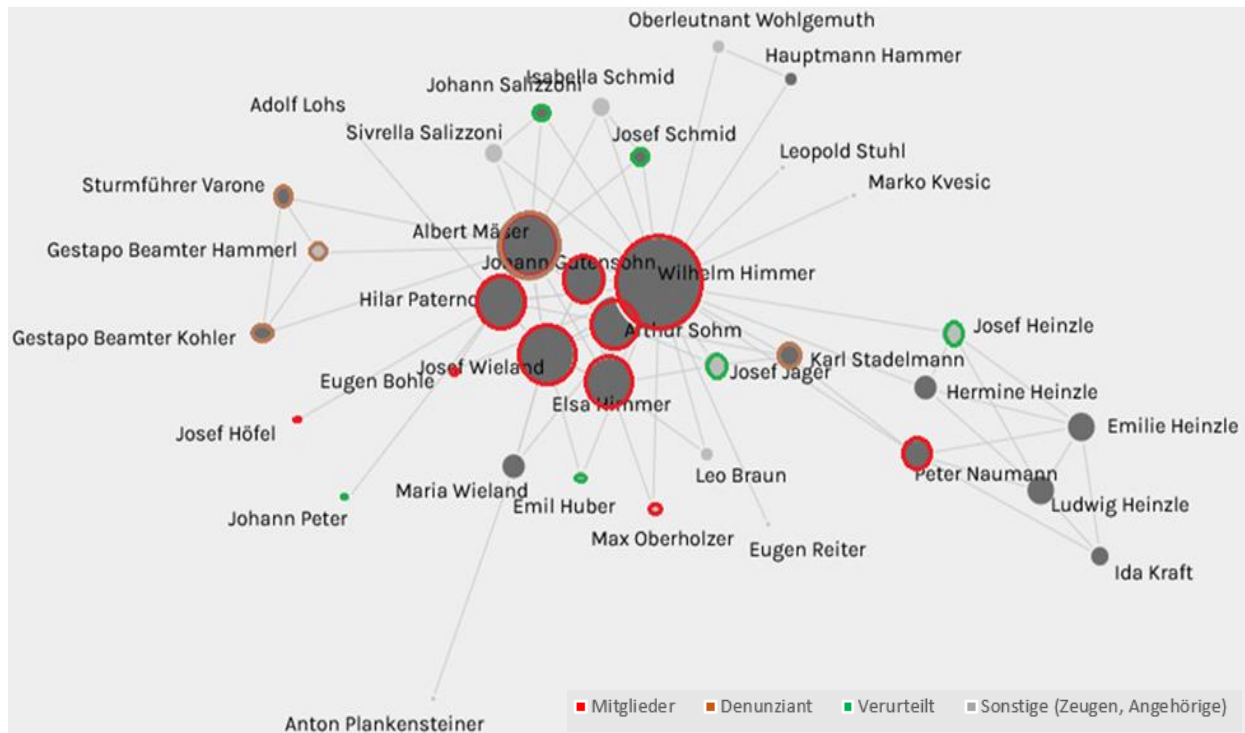


Abbildung 16: Rollen der beteiligten Personen im Netzwerk der AKO.

Je größer die Knoten in dieser Darstellung sind, desto mehr Verbindungen hat diese Person und desto wichtiger scheint sie zu sein. Es kann hier von einem egozentrierten Netzwerk gesprochen werden, da in den Gerichtsakten immer wieder Wilhelm Himmer als zentrale Figur der AKO in Vorarlberg dargestellt wird und deshalb auch in dieser Abbildung den größten Knoten hat. Himmer soll durch Rekrutierungsversuche und anderen Tätigkeiten mit so gut wie fast allen Personen, die in den Quellen erwähnt werden, in Kontakt gekommen sein. Dass diese Abbildung aber nur mit äußerster Vorsicht interpretiert werden darf, zeigen beispielsweise die Knoten von Elsa Himmer und Max Oberholzer. Oberholzer hatte als einer der Initiatoren der AKO eine zentrale Funktion. Da ihm aufgrund der vorhandenen Quellen aber nur Kontakt zu den Himmern zugeschrieben werden kann, ist sein Knoten in diesem Netzwerk klein. Elsa Himmer hingegen, die aufgrund ihres Mannes durch Besuche in der eigenen Wohnung oder Fahrten in die Schweiz zwar immer wieder mit Leuten aus diesem

Netzwerk in Berührung kam, durfte eine weitaus geringere Bedeutung für die AKO gehabt haben als es ihr Knoten darstellt.

Die roten Kreise stellen die Mitglieder der AKO dar beziehungsweise jene Personen, die als Mitglieder verurteilt wurden. Die braunen Kreise stellen Denunzianten und V-Männer wie Mäser und Stadelmann, sowie Zeugen dar, die eindeutig einer NS-Organisation zuordenbar sind. Die grünen Markierungen sind jene Personen, die aufgrund „Nichtanzeigens verräterischer Umtriebe“ verurteilt wurden. Alle anderen Personen waren Zeugen, Angehörige, kamen mit Himmer in Kontakt oder waren kurze Zeit in Haft, ohne jedoch angeklagt zu werden.

In diesem Gesamtnetzwerk lassen sich einige kleinere Netzwerke entdecken. Eines davon ist rechts unten zu sehen. Naumann, der wie schon erwähnt für kurze Zeit gemeinsam mit Himmer in Haft saß, suchte im Auftrag von Himmer gemeinsam mit der Hausangestellten Ida Kraft die Eltern von Josef Heinzle, Ludwig und Emilie Heinzle, auf. Dort soll er nach Elsa Himmer gefragt und mitgeteilt haben, dass er mit Himmer in einer Zelle saß und Grüße von ihm senden solle. Außerdem sollen die Mitglieder verständigt werden, damit nicht noch mehr in Haft kämen. Diese Darstellung soll (teilweise) von Ida Kraft und dem Ehepaar Heinzle bestätigt worden sein.²⁸⁵ Es könnte möglicherweise auch eine Verbindung zwischen Naumann und Elsa Himmer gegeben haben, da Naumann angeblich Elsa Himmer zunächst aufsuchen wollte, diese aber nirgends aufzufinden war.

Auch zwischen dem späteren Zellengenossen Naumanns, Karl Stadelmann, und Elsa Himmer könnte es eine Verbindung gegeben haben. Im Anhang des Hauptprozessakts findet sich ein Bericht des Oberreichsanwalts vom Volksgerichtshof an das Reichsjustizministerium zum Fall Himmer. Dort wird geschildert, dass Himmer beim Oberstaatsanwalt in Feldkirch eine Anzeige gegen Stadelmann wegen „Betrugs, Diebstahls und Vergewaltigung seiner Frau“²⁸⁶ machte. Ein Ermittlungsverfahren gegen Stadelmann wurde aber aufgrund der „Persönlichkeit des Anzeigers“ nicht eröffnet. In dem Bericht wird auch dargestellt, dass Himmer seine Frau mehrmals als geisteskrank bezeichnet habe und nur aufgrund der Verleumdungen seiner Frau belastet worden sei. Zum Schutz seiner Frau habe Himmer aber keine Angaben über den

²⁸⁵ DÖW 51826, S. 5.

²⁸⁶ DÖW 51827, Anhang Punkt II.

Geisteszustand seiner Frau gemacht.²⁸⁷ Eine Verbindung zwischen Stadelmann/Naumann und Elsa Himmer lässt sich ansonsten in keinen der Quellen finden, weshalb sie in der Grafik nicht berücksichtigt wurde.

Das für das Schicksal der AKO ausschlaggebendste Netzwerk im Netzwerk war jenes rund um Albert Mäser. Seine Doppelrolle als V-Mann und Mitglied der AKO wird in der Netzwerkdarstellung gut ersichtlich. Links von Mäsers Knoten befinden sich seine „braunen“ Kontakte, die er nach Erhalt des Aufnahmeschreibens sofort aufsuchte. Alle anderen Verbindungen sind der AKO zuzuordnen. Wie schon erwähnt, nahm Mäser seine Rolle als Schein-Mitglied ernst und brachte Himmer mit einigen Personen in Kontakt. Die Auswirkungen von Mäsers Denunziation werden erst wirklich ersichtlich, wenn einige der Schicksale genauer betrachtet werden.

3. Schicksale

Im Zusammenhang mit der AKO gäbe es mit Sicherheit viele Schicksale und Tragödien zu erzählen. Jenes von Wilhelm Himmer, wurde im Hauptkapitel der Arbeit schon angeschnitten. Zu Himmers letzten Tagen in Berlin-Plötzensee sind keine Quellen auffindbar. Elsa Himmer saß ihre Strafe in der Frauenanstalt Aichach in Bayern ab,²⁸⁸ bis amerikanischen Truppen 1945 die Anstalt befreiten. Nach dem Krieg heiratete sie den Lustenauer Albert Fitz, der selbst die Konzentrationslager Dachau und Mauthausen überlebte.²⁸⁹ Johann Gutensohn musste seine Haftstrafe im Zuchthaus Amberg absitzen, bis 1945 amerikanische Truppen dieses Lager befreiten und Gutensohn über Landeck zurück nach Dornbirn zurückkam.²⁹⁰ Aufgrund der günstigen Quellenlage können die Schicksale des Ehepaars Wieland und Arthur Sohms am besten nachvollzogen werden. Sie sollen daher nicht nur stellvertretend für die Mitglieder der AKO, sondern auch für viele andere Menschen erzählt werden, die unschuldig in die Mühlen des Regimes geraten und deshalb ihr Leben verloren.

²⁸⁷ DÖW 51827, Anhang Punkt II.

²⁸⁸ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 3.

²⁸⁹ Johann-August-Malin-Gesellschaft, Lexikon "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945", Albert Fitz, [<https://www.malingesellschaft.at/lexikon-verfolgung-und-widerstand/lexikon>], eingesehen am 02.05.2021.

²⁹⁰ Detaillierte Ausführung zu Gutensohns Zeit in der Haft siehe/höre: Stadtarchiv Dornbirn, Archiv der mündlichen Geschichte, Interviews mit Johann Gutensohn.

3.1 Josef & Maria Wieland: In den Mühlen des Regimes

Josef Wieland wurde am 19. Januar 1900 in Annaberg (Steiermark) geboren.²⁹¹ Maria Wieland (geborene Gunz) erblickte am 24. Februar 1904 in Bludenz das Licht der Welt.²⁹² In Mariazell besuchte Josef Wieland die Volksschule. Sein Vater fiel im Ersten Weltkrieg, weshalb er seine Mutter erhalten musste und daher eine Stelle als Fabriksarbeiter in Türnitz (Niederösterreich) übernahm. Danach erlernte er den Beruf des Sensenschmieds und arbeitete bis etwa 1929 an verschiedenen Orten im Grenzbereich Steiermark – Niederösterreich, aber auch in der früheren Tschechoslowakei. Danach soll er auf Zureden seines Bruders und aufgrund der besseren Berufsperspektiven nach Dornbirn gezogen sein. Ab 1937 war er in Dornbirn-Rohrbach bei F.M. Rhomberg als Druckereiarbeiter angestellt. Laut Urteilschrift soll Wieland vor der AKO politisch nie hervorgetreten sein. Auffällig wurde er nur durch einen 1916 begangenen Raufhandel und einen 1918 verübten Diebstahl, für die er jeweils zu einem Monat schweren Kerker verurteilt wurde.²⁹³

Maria Wieland lebte von 1909 bis 1935 in Salzburg bei ihren Eltern. Beruflich war sie als Musiklehrerin tätig. Nach einem kurzen Aufenthalt in Mailand kam sie 1936 nach Dornbirn, wo sie auch ihren Mann kennen lernte. Ihre Eltern zogen daraufhin ebenfalls nach Dornbirn. Im April 1937 heirateten Josef und Maria Wieland und bezogen eine Wohnung in der Kreuzgasse 4 in Dornbirn.²⁹⁴ Wenige Monate später mussten sie die Wohnung räumen und zogen nach Hohenems.²⁹⁵ Das gemeinsame Leben beschrieb Maria zunächst als ein glückliches. Für die Einrichtung ihrer Wohnung mussten sie zwar einen Kredit aufnehmen, ihr Vater übernahm jedoch die Bürgschaft dafür. Auch der „Anschluss“ 1938 habe beide optimistisch gestimmt. So soll Josef zu seiner Frau gesagt haben: „So mein Schatzi jetzt können wir hoffen auf bessere Zeiten, zumindest für den Arbeiter.“²⁹⁶ Diese positiven Erwartungen deckten sich durchaus mit der Anfangseuphorie in vielen Teilen der Bevölkerung (auch der Arbeiterschaft), wie es schon im Kapitel 2.4.2. zur Situation der Arbeiterschaft in Dornbirn

²⁹¹ DÖW 51827, Urteilschrift S. 1.

²⁹² VLA, DMG, Brief von Maria Wieland an Adolf Hitler, S. 1.

²⁹³ DÖW 51827, Urteilschrift S. 5f.

²⁹⁴ Brief Maria Wieland, S. 1.

²⁹⁵ Landesarchiv Vorarlberg, Dokumentensammlung der J.-A.-Malin-Gesellschaft, Schachtel VIII, 1938-1945: Widerstandsgruppen, Individueller Widerstand, Josef Wieland, Erlebnisse, Schicksalschläge im Zuchthaus, KZ-Lager, S 1.

²⁹⁶ Brief Maria Wieland, S. 1.

beschrieben wurde. Schnell kam jedoch für die Wielands das „Schicksal“, wie Maria Wieland es beschrieb. Erste Unzufriedenheit über das Regime setzte, wie auch bei vielen anderen, nach wenigen Monaten schon ein. Wie drastisch sich Josef Wielands Lebenssituation in nur wenigen Monaten änderte, schilderte er sehr eindrücklich in einem Brief:

„Mein Lebensinhalt wurde [durch] das Naziregime derart verschlechtert und klage öfters manchen Leuten mein Leid! Die Lohnverhältnisse waren nicht mehr dieselben wie früher! Mein Monatseinkommen betrug früher 150 – 160 Schillinge. Erst bei Hitler 1938 – 1939 reichte Mein Gehalt oft nur 90 – 100 Mark im Monat! 1937 macht[en] die Gesamten Abzüge 11 Schilling also 7 Mark, dagegen 1938 – 1939 24 Mark. Brennholz kaufte ich pro Meter früher um 11 Schilling [...], dagegen bei den Nazi um 20 – 24 Mark! So war es mit sämtlichen Artikeln und Lebensbedarf dasselbe. 1939 kommt es noch zur Kurzarbeit bei uns in der Hoffdruckerei [sic!] F.M. Rhomberg.“²⁹⁷

Maria Wieland rechnete in ihrem Schreiben an den „Führer“ sogar konkret vor, in welcher prekärer Situation sie aufgrund der Kurzarbeit ihres Mannes waren:

„Mein Mann tröstete mich abermals es sei die Kurzarbeit nur vorübergehend. Ich bat um Winterhilfe; aber vergebends [sic!]. Erst durch Einsetzen eines Parteigenossen u. S.A. Mitgliedes, welcher auch im gleichen Betrieb arbeitete bekamen wir 1 mal Winterhilfe, da mein Mann keinen festen Schuh hatte. M. 65,- einmal im November verdiente laut Lohnzettel. Lieber Herr Führer wir waren gewiß sparsam aber mit M. 65,- im Monat war ich nicht mehr in der Lage meinen Zahlungen nachzukommen. Ich weinte bitterlich. Miete M. 25,- Möbelraten M. 20,- verblieben M. 20,- für 2 Personen leben u. Brennstoff. Hatten trotz des kleinen Einkommens nie Schulden außer Möbel, aber da war ich gezwungen Lebensmittel auf Kredit zuzunehmen.“²⁹⁸

Wie bereits beschrieben, wuchs die Unzufriedenheit in Teilen der Arbeiterschaft aufgrund sinkender Löhne, steigender Lebenserhaltungskosten und Kurzarbeit stetig an. So kann auch Josef Wieland als einer von vielen unzufriedenen Arbeitern dieser Zeit betrachtet werden, die von den Versprechen der Nationalsozialist*innen enttäuscht wurden und Monate nach dem „Anschluss“ sogar schlechter dastanden als zuvor. Zu der schon einsetzenden Enttäuschung kam im Falle Wielands noch ein Vorfall am Arbeitsplatz dazu. Als eine Diskussion über eine Frau aus Dornbirn-Haselstauden aufkam, die angeblich eine Funktion in der Partei innehatte, bei Kirchenbesuchen aber immer wieder das „Frauenabzeichen“ getragen habe und deshalb schließlich sogar „beerdigt“ worden sein soll, kam es zu einem Streit zwischen Wieland und dem SA-Mann Eugen Feuerstein. Feuerstein stempelte diese Geschichte als verlogenes Gerücht ab und sagte zu Wieland, dass er schon wüsste wer Wieland sei. Zudem bezeichnete

²⁹⁷ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 1.

²⁹⁸ Brief Maria Wieland, S. 3.

er die „Hahnenschwänzler“²⁹⁹ als größte Gauner und Halunken. Wieland konterte daraufhin, dass auch unter den Nazis genug „Windfahner!“ seien, worauf Feuerstein ihm eine Ohrfeige verpasste. Wieland wiederum reagierte seinerseits mit zwei Ohrfeigen gegen Feuerstein, wodurch die Situation beinahe eskalierte. Feuerstein versuchte mit einem „kopfgroßen“ Stein auf Wielands Schädel einzuschlagen, konnte aber im letzten Moment durch einen Arbeitskollegen aufgehalten werden. Daraufhin meldete Feuerstein diesen Vorfall bei der Kreisleitung Dornbirn, was dazu führte, dass Wieland etwa eine Woche später eine Aufforderung der Gestapo Bregenz erhielt im Hauptquartier in der Römerstraße zu erscheinen. Die Gestapo konfrontierte Wieland mit den unterschiedlichsten Vorwürfen. Zum einen wurde der Vorwurf erhoben, dass er Hetze gegen die Nationalsozialist*innen betreibe, indem er alle Nazis als „Windfahnen“ und Kriegstreiber bezeichnete. Zum anderen habe Wieland nie den Hitlergruß gemacht und sei bei großen Kundgebungen auf dem Dornbirner Marktplatz immer schnell verschwunden. Aus all diesen Gründen sei er einer der größten Kommunisten in Dornbirn.³⁰⁰ Nachdem er den gesamten Vormittag verhört worden war, wurde er nur dank einer Zeugenaussage seiner Frau freigelassen. Die Gestapo Beamten warnten Wieland, dass es beim nächsten Mal nicht mehr so glimpflich ablaufen wird. Dieses Verhör war sowohl für Josef als auch Maria Wieland ein einschneidendes Erlebnis. Für ihn war es der Ausgangspunkt, um den Kampf gegen das Regime aufzunehmen. Wieland beschrieb diesen Moment wie folgt:

„Meine Empörung über diese Anklagen der Nazi war so groß, dass ich dann tatsächlich meinen Kampf aufnahm, gegen das Naziregime zu hetzen! Habe Verbindungen bekommen von der A.K.O. = Aktiefe [sic!] Kampforganisation: die A.K.O. war eine sozialistische Bewegung, welche den Zweck hatte, das Nazitum aus Österreich zu verdrängen“.³⁰¹

Für sie war es jedoch der Beginn einer langen Leidenszeit. Die Verhöre und Situation ihres Mannes nahmen sie schwer mit. Auch sie hielt diesen Moment nach dem Verhör fest:

„Aber für mich war es zu spät. Meine Nerven brachen zusammen. Ich wurde krank, sogar so schlecht, daß ich fast lahm wurde. [...] Mein Mann mußte mich heben u. tragen [...]. Dank der ärztlichen Hilfe u. der unendlich guten Pflege meiner Eltern u. [...] meines Mannes kam es so weit, daß ich mit Stock u. Hilfe meines Mannes im Hof in die Sonne konnte.“³⁰²

²⁹⁹ Gemeint sind die frühen, radikalen Anhänger der „Heimwehr“.

³⁰⁰ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 1.

³⁰¹ Ebd., S. 2.

³⁰² Brief Maria Wieland, S. 1.

Auch in der Urteilschrift des Hauptprozesses wird im Zusammenhang mit Josef Wielands Einkommen ebenfalls kurz auf den Gesundheitszustand seiner Frau eingegangen. Es wird erwähnt, dass Wieland für eine „halbgelähmte Frau zu sorgen“³⁰³ hat. Möglicherweise wurde genau dieser schlechte Gesundheitszustand den Wielands zum Verhängnis. Maria Wieland berichtet in ihrem Schreiben an Hitler, wie „zum größten Bedauern“ einige Male Himmer bei ihnen zu Besuch war, wobei sie dort nur über Familienangelegenheiten sprachen. Bei einem dieser Besuche bat Maria Wieland Himmer jedoch darum, ob er sie nicht ins Dornbirner Spital fahren könnte.³⁰⁴ So saß sie mindestens einmal gemeinsam mit Himmer auf dessen Motorrad. Dass sie in der relativ überschaubaren Stadt Dornbirn dabei auch von der ein oder anderen Person beobachtet wurden, scheint durchaus plausibel zu sein. Bestätigt wird dieser Verdacht durch das brutale Schicksal, das Maria Wieland im Jahr 1940 ereilte. Nachdem die Gestapo Josef Wieland als Mitglied der AKO am 6. Jänner 1940 verhaftete, knöpften sich die ermittelnden Beamten Maria Wieland vor. Wie brutal und unmenschlich die Verhörmethoden der Gestapo auch gegenüber unbeteiligten Ehefrauen waren, wird durch einen ärztlichen Bericht von Dr. Hans Knoflach ersichtlich, der 1941 die Behandlung von Maria Wieland übernahm. So berichtet er über ihren Zustand folgendermaßen:

„Aus der Vorgeschichte ergab sich, dass die Frau früher immer gesund war. Im Jänner 1940 wurde ihr Mann von Gestapobeamten verhaftet; anschliessend daran und in den folgenden Monaten wurde Frau Wieland 5 mal von Gestapobeamten verhört. Da Frau Wieland immer nur beteuern konnte, dass ihr Mann nichts verbochen habe, gerieten die Gestapobeamten in Wut, schlugen auf sie ein, warfen sie zu Boden, traten sie mit Füßen, knebelten sie damit sie nicht schreien und die Nachbarschaft alarmieren könne; einmal hätten die Gestapobeamten bei dem handgreiflichen Verhör an Frau Wieland den Versuch der Vergewaltigung unternommen.“³⁰⁵

Durch diese brutalen Verhöre wurde Maria Wieland komplett gebrochen. Sie litt unter ständiger Angst, allgemeiner Schwäche und zittern. Da die Gestapo-Beamten beim letzten Verhör damit drohten, dass sie bald wiederkommen würden, hatte sie jedes Mal panische Angst, wenn jemand vor ihrer Wohnungstür stand. Sie war in einem permanenten Alarmzustand, was dazu führte, dass sie kaum schlief und aß. Dem nicht genug, berichtete ihre

³⁰³ DÖW 51827, Urteilschrift, S. 6.

³⁰⁴ Brief Maria Wieland, S. 2.

³⁰⁵ VLA, DMG, Ärztlicher Bericht von Dr. Hans Knoflach vom 29.07.1945.

Mutter dem Arzt auch, dass sie während dieser Misshandlungen schwanger gewesen war und dadurch eine Fehlgeburt erlitten hatte.³⁰⁶

Trotz dem ihr zugefügten Unheil und Unrecht, das sie körperlich und psychisch fast vollständig gebrochen hatte, kämpfte Maria Wieland weiter um die Freilassung ihres Mannes. Ihr Schreiben an Hitler persönlich vom Dezember 1940 wurde bereits erwähnt. Ob dieser Brief jemals nur in die Nähe Hitlers kam, kann nicht geklärt werden, scheint aber eher unrealistisch zu sein. Unzählige Ebenen unter dem „Führer“ hatte Maria Wieland jedoch mehr Erfolg. Tatsächlich schaffte sie es Kreisleiter Anton (Toni) Plankensteiner dazu zu bewegen, sich bei den zuständigen Stellen über Josef Wieland zu informieren. Plankensteiner, ein Vorarlberger Nationalsozialist der ersten Stunde und Landeshauptmann von 1938 bis 1939, geriet durch seine Bestrebungen Vorarlberg als eigenen Gau mit sich selbst als Gauleiter zu etablieren in eine tiefe Feindschaft mit dem späteren Gauleiter von Tirol-Vorarlberg Franz Hofer.³⁰⁷ In diesem Zusammenhang kann durchaus von einer Demontage des Machtbereichs Plankensteiners gesprochen werden, die sich von 1939 bis 1942 schrittweise vollzog und am Beispiel der Wielands sehr gut ersichtlich wird. Die Interventionen Plankensteiners im Namen von Maria Wieland begannen im November 1940. Schon dort lässt sich erkennen, dass Interventions- und Einflussmöglichkeiten seinerseits kaum mehr möglich waren. Plankensteiner schrieb zunächst an den Bezirksfürsorgeverband Feldkirch und an den zuständigen Untersuchungsrichter beim Landgericht Feldkirch. Wie sehr sich Plankensteiner mit dem Schicksal der Wielands beschäftigt haben muss, wird aus dem Schreiben an den Bezirksfürsorgeverband sichtbar:

„Obgenannte [Maria Wieland] richtete circa Mitte Oktober unter Darlegung der Umstände ein Gesuch zur fürsorglichen Betreuung an Sie. Sie haben dasselbe vorerst abgewiesen, worauf die Frau, wie sie mir heute mitteilte, Einspruch erhob.

Die Tragödie dieser Frau beschäftigt mich schon seit langem. Der Mann dieser Frau, Josef Wieland, wurde von der Gestapo am 6.1.40 im Zusammenhang mit einer Kommunistenaffäre verhaftet. Mein persönlicher Eindruck ist, dass durch eine verhängnisvolle Verwicklung verschiedener Umstände der Mann hier zu Unrecht einer hochverräterischen Handlung bezichtigt wird. Nun, das zu entscheiden obliegt der Gestapo, bzw. den Gerichten.

Seit dem Tag der Verhaftung des Mannes steht die Frau ohne jede Hilfe da und muss von ihren alten Eltern verhalten werden. Ich bitte Sie nun sehr, wenn irgendwie möglich, dieser Frau eine entsprechende fürsorgliche Hilfe angedeihen zu lassen. In

³⁰⁶ Ärztlicher Bericht von Dr. Hans Knoflach.

³⁰⁷ Ingrid Böhrer, Dornbirn in Kriegen und Krisen, S. 167.

diesem Sinne habe ich auch der zuständigen Ortsgruppe Anweisung gegeben zur WHW³⁰⁸-Betreuung durch die NSV³⁰⁹.“³¹⁰

Plankensteiner erteilte eine Weisung an die zuständige Ortsgruppe Dornbirn-Haselstauden, die sich an diese Weisung ihres Kreisleiters nicht gebunden sah und Plankensteiner darauf hinwies, dass Unterstützungen nur bei einer NSV-Mitgliedschaft möglich sind.³¹¹ Die Tatsache, dass Plankensteiner nicht einmal eine untergeordnete Ortsgruppe zur Unterstützung einer alleinstehenden kranken Frau bewegen konnte, spricht Bände über seinen nicht mehr existierenden Machtbereich. Vom Untersuchungsrichter in Feldkirch bekam er zwar eine Auskunft, doch dieser verwies ihn zum Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin.³¹² Aus Berlin bekam Plankensteiner zwar ebenfalls Auskunft über den Status Wielands, von Beeinflussungsmöglichkeiten zu Gunsten Wielands kann aber überhaupt nicht die Rede sein.³¹³ Interessanterweise wandte Plankensteiner sich nach der ersten Auskunft erneut an den Oberreichsanwalt und erkundigte sich neben Wieland auch über Emil Othmar Huber, der wie schon erwähnt ebenfalls als ehemaliger Arbeitskamerad von Himmer in einem der AKO-Prozesse als Beschuldigter beteiligt war und dessen Angehörigen ebenfalls bei Plankensteiner um Hilfe anfragten.³¹⁴

Nach all diesem Aufwand konnte er als kleinen Erfolg zumindest beim Bezirksfürsorgeverband eine einmalige Unterstützung für Maria Wieland in Form von 100 Reichsmark erreichen.³¹⁵ Die große Frage, die sich aber in diesem Zusammenhang stellt, ist, weshalb sich Plankensteiner so vehement für Maria Wieland einsetzte? Vor allem in seiner Funktion als Landeshauptmann war er unbarmherzig gegen politische Gegner*innen vorgegangen. Im Zusammenhang mit der Verhaftung des Postenkommandanten des Gendarmeriepostens Dornbirn, Hugo Lunardon, war vom großen Helfer Plankensteiner noch nichts zu hören: „Die Frau ist schon fünfmal gekommen zu klagen und zu winseln. Aber es tut ihm (Lunardon, M.P.) gar nichts, wenn er ein

³⁰⁸ = Winterhilfswerk.

³⁰⁹ = Nationalsozialistische Volkswohlfahrt.

³¹⁰ VLA, DMG, Schreiben von Kreisleiter Plankensteiner an den Bezirksfürsorgeverband beim Landrat in Feldkirch vom 07.11.1940.

³¹¹ VLA, DMG, Schreiben des Ortsgruppenleiters Dornbirn-Haselstauden an Kreisleiter Plankensteiner vom 19.11.1940.

³¹² VLA, DMG, Antwortschreiben des Ermittlungsrichters des Landgerichts Feldkirch an Kreisleiter Plankensteiner vom 09.11.1940.

³¹³ VLA, DMG, Antwortschreiben des Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Berlin vom 06.12.1940.

³¹⁴ VLA, DMG, Schreiben des Kreisleiters Plankensteiner an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Berlin vom 14.03.1941.

³¹⁵ Brief Maria Wieland, S. 4.

paar Wochen da drinnen sitzt.“³¹⁶ Wieso unterstützte er plötzlich die Frau eines potenziellen Staatsfeinds und Verräters? Mögliche Gründe könnten in der schrittweisen Demontage seiner Macht durch Gauleiter Franz Hofer liegen. Im Frühjahr 1942 wurde er in die Saarpfalz versetzt, weit weg von seiner Heimat, um dort als Kreisleiter zu fungieren.³¹⁷ Es ist zumindest in gewisser Weise auffällig, dass die stetig schrumpfende Machtstellung Plankensteiners mit der plötzlichen Unterstützung von Angehörigen politischer Gefangener einherging. An der aussichtslosen Situation der Wielands änderte sich trotz aller Bemühungen von Maria Wieland jedoch nichts.

Als bemerkenswerte Tatsache muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass Josef Wielands Haftzeit, vom Zeitpunkt seiner Verhaftung durch die Gestapo am 6. Jänner 1940 bis zur Befreiung Mauthausens am 5. Mai 1945, komplett nachskizziert werden kann.³¹⁸ Nach seiner Verhaftung kam er zunächst ins Gefangenenhaus in Bregenz, wo desolate Zustände herrschten.³¹⁹ Bereits dort hatte Wieland mit ersten gesundheitlichen Problemen aufgrund der unbeheizten Zellen im Gefangenenhaus zu kämpfen. Nach nicht einmal drei Wochen hatte er mit Fieber, einer Erkältung und Blutspucken zu kämpfen.³²⁰ Er wurde deshalb am 9. Februar 1940 ins Landesgericht Feldkirch überstellt, wo er bis 4. Februar 1942 in Einzelhaft blieb.³²¹ Nach unzähligen brutalen Verhören im Zuge der Ermittlungen kam Wieland mit den anderen Hauptverdächtigen am 4. Februar 1942 nach Innsbruck. Dort war er offiziell bis zum 19. März in Untersuchungshaft. Nach dem Urteil im Hauptprozess, wo er wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verabredung zum Landesverrat zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, war er noch bis 10. April als Strafhäftling in Innsbruck.³²² Von dort kam er gemeinsam mit Arthur Sohm und Hilar Paterno am 14. April 1942 ins Zuchthaus Kaisheim nach Bayern.³²³ Dass auch in den Zuchthäusern des Dritten Reichs unmenschliche Bedingungen herrschten, wird am Bericht Wielands über Kaisheim schnell klar:

³¹⁶ Zitiert nach: Meinrad Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 88.

³¹⁷ Ingrid Böhler, Dornbirn in Kriegen und Krisen, S. 167.

³¹⁸ Grund dafür ist, dass im Zuge des Opferentschädigungs- und Opferfürsorgeverfahrens von Wieland nach dem Krieg so gut wie alle Dokumente noch vorhanden und in der Dokumentsammlung der Malin-Gesellschaft zu finden sind.

³¹⁹ VLA, DMG, Amtsbestätigung Bezirksgericht Bregenz vom 16.01.1953.

³²⁰ VLA, DMG, Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch an die Vorarlberger Landesregierung vom 16.03.1950.

³²¹ VLA, DMG, Bestätigung Gefangenenhaus des Landesgerichts Feldkirch vom 15.01.1953.

³²² VLA, DMG, Haftbestätigung des Landesgerichtlichen Gefangenenhaus Innsbruck vom 15.01.1953.

³²³ VLA, DMG, Haftbestätigung Strafanstalt Kaisheim vom 21.03.1953.

„Unsere Zellen waren klein, der Boden war aus Stein, kleine Fenster hats [sic!] oben mit doppelten Gittern, Sonne hatten wir ganzen Tag keine in der Zelle! Eine halbe Stunde war Spaziergang im Hof, ringsherum hohe graue Mauern!

Wir mussten den ganzen Tage fleissig arbeiten, wo wir noch oft dann geschlagen wurden! Dort gab es auch ein Arrest, wo man oft den grössten Qualen ausgesetzt wurde. Das Arrest besteht aus einem Löwenkäfig im Keller. Man wurde mit schwerer Kette an Füßen und Händen gebunden und dort [malträtiert] mit Fußritten! Man kann nicht aufrecht stehen, nicht liegen, sondern nur sitzen am Boden! Zum Essen gab es nur 250 Gramm Brot sonst nichts.“³²⁴

Trotz dieser menschenunwürdigen Situation hatte Wieland wohl vor allem die Gesundheit seiner Frau Maria im Kopf. In einem Brief an seine Frau vom 26. September 1943 gab er ihr Tipps zur Besserung ihrer Blutarmut (gekochte Rindsleber), bat Sie darum sich nicht über die Meinung von anderen Personen zu kümmern und machte ihr Hoffnung, dass sie sich bald wieder sehen würden.³²⁵

Josef Wieland verlor kein Wort über das Unheil in Kaisheim. Er durfte durch die Briefe seiner Frau gewusst haben, dass es trotz Behandlungen zur Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes gekommen war. Ihr Zustand verschlechterte sich dermaßen, dass sie zu Beginn des Jahres 1944 in die Nervenklinik nach Innsbruck kam. Dort starb sie noch im Dezember desselben Jahres. Ihre Eltern ließen sie in Innsbruck beerdigen. Beleg dafür ist eine Rechnung des Innsbrucker Bestattungsunternehmens Flossmann (existiert noch heute), die durch ihren Vater Hans Gunz bezahlt worden war.³²⁶ Maria Wielands Arzt, Dr. Knoflach, erhielt aus Innsbruck folgende Auskunft zu ihrem Tod:

„Die Schwäche und Hinfälligkeit der Frau Wieland nahmen hier unaufhaltsam zu bis zum Tode. Die Obduktion ergab zwar eine hypostatische Lungenentzündung, jedoch stammte diese erst aus den letzten Tagen und war daher sicher nicht die Ursache für die bis zum Tode führende Schwäche. Eine andere Organveränderung fand sich nicht vor, der Tod war durch keine andere Erkrankung als durch Entkräftung veranlasst worden.“³²⁷

Meinrad Pichler äußerte in diesem Zusammenhang den Verdacht, dass Maria Wieland Opfer der NS-Euthanasie wurde.³²⁸ Die Annahme liegt aufgrund der typischen Todesursache in Form der Lungenentzündung nahe.

³²⁴ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 4.

³²⁵ VLA, DMG, Brief von Josef Wieland an Maria Wieland vom 26.09.1943.

³²⁶ VLA, DMG, Rechnung des Bestattungsunternehmens Hugo Flossmann vom 07.12.1944.

³²⁷ Ärztlicher Bericht von Dr. Hans Knoflach vom 29.07.1945.

³²⁸ Pichler, Widerstandsgruppen, S. 90.

Etwa zur selben Zeit als Maria Wieland nach Innsbruck kam, erreichte Josef Wieland den fünften und letzten Ort seiner fünfjährigen Haftzeit, das Konzentrationslager Mauthausen. Gemeinsam mit Arthur Sohm kam er dort am 29. Jänner 1944 an.³²⁹ Zuvor kamen sie laut Wieland im Februar 1943 für einen Monat nach München-Stadelheim, wo ihr Verfahren nochmals aufgenommen worden war. Nach Mauthausen kamen sie, so Wieland, weil sie im Zuchthaus „Staat und „Volk“ gefährdet haben sollen.³³⁰ Über die Zeit in Mauthausen berichtet Wieland am detailliertesten. Schon der Transport dorthin war eine Tortur. Wieland schreibt darüber folgendes:

„Im Jänner 1944 wurden Sohm und ich nach Mauthausen, KZ-Lager, überstellt [...]. Wir fuhren in die sogenannten Zeiserlwagen, man zwingt uns in solche Käfige hinein, wo nur zwei Personen Platz hätten. Wir wurden aber zu 6 – 8 hineingestoßen. Dann ging es zwei Tage ohne etwas zu essen und trinken nach Mauthausen. Um 10.00 Uhr nachts kamen wir am Bahnhof an, wo uns die SS in Empfang nahm mit vorgehaltenen Revolvern und Gewehren. Dann mussten wir in Fünferreihen eine Stunde laufen ins Lager. Bei dem Laufen wurden wir schon misshandelt; da gab es Hiebe und Stöße.“³³¹

Wieland beschreibt immer wieder die unmenschlichen Lagerzustände, die Arbeitsbedingungen, das schlechte Essen sowie die unzähligen Misshandlungen und Morde durch SS-Männer. Der Essensplan bestand beispielweise aus einem schwarzen Kaffee zum Frühstück, Steckrüben mit Wasser und einer kleinen Portion Kartoffeln mittags und zum Abendessen entweder eine dünne Suppe oder eine kleine Portion Wurst, Käse oder Margarine. Besteck gab es keines.³³²

Das spannende an Wieland aber ist, dass er in seinen Schilderungen nicht in Selbstmitleid versinkt, sondern ganz im Gegenteil sogar Erzählungen von Kameraden aufgreift und über die weitaus schlimmeren Jahre zwischen 1940 und 1943 in Mauthausen berichtet, als er sich noch gar nicht im Lager befand. So beschreibt er wie viele Gefangenen durch Bluthunde zu Tode zerfleischt wurden, nur, weil sie in ihrem Hunger ein Stück Brot stahlen. Die anderen Insassen mussten dabei zuschauen. Aber auch über die grausamen Morde in der Gaskammer, am elektrischen Zaun, an der „Klagemauer“ und im Steinbruch (Todesstiege) berichtet er.³³³

³²⁹ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 4. Sowie: VLA, DMG, Inhaftierungsbescheinigung durch die Allied High Commission for Germany am 02.03.1953.

³³⁰ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 4.

³³¹ Ebd., S. 5.

³³² Ebd., S. 6.

³³³ Ebd., S. 6 ff.

Wieland geht auch kurz auf das System der Funktionshäftlinge mit dem Lagerältesten, dem Blockältesten, dem Lagerschreiber, dem Blockschreiber und dem Kapo ein.³³⁴ Da seine Schilderungen kurz nach Ende des Krieges entstanden sind, kann gut begründet die Annahme getroffen werden, dass er über ein sehr detailliertes Wissen über die Abläufe, Organisation und Vorfälle in Mauthausen verfügte. Er selbst kam im März 1944 ins Außenlager am Loiblpass, wo die Firma Universale Hoch- und Tiefbau AG an einem wintersicheren Straßentunnel arbeitete. Gegen Bezahlung überließ die SS der Firma KZ-Häftlinge als Arbeitskräfte.³³⁵ Obwohl Wieland das Essen dort im Vergleich zum Hauptlager als besser bezeichnet, durften die Bedingungen insgesamt schlechter gewesen sein, weil es dort in etwa 1.300 Meter Höhe keine medizinische Versorgung gab.³³⁶ Die letzten Monate vor Kriegsende beschreibt Wieland als besser, da Hauptsturmführer Jakob Winkler (Leiter KZ Loibl) den Befehl gab keine Gewalt mehr gegen Häftlinge anzuwenden.³³⁷

Wieland überlebte zwar das Konzentrationslager, hatte aber in weiterer Folge mit schweren gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Von 13. Mai 1945 bis 28. August 1945 war er im Landeskrankenhaus Klagenfurt in stationärer Behandlung. Es musste ihm der linke Zeigefinger amputiert werden. Zudem hatte er noch mehrere Operationen an der linken Hand aufgrund einer Zellgewebseiterung. Nach seiner Rückkehr nach Dornbirn beklagte er sich ab 1947 immer wieder über Atemnot, Kopf- und Brustschmerzen, Magenbeschwerden, Fieber, Nervosität, Nachtschweiß und Zahnschmerzen. 1950 berichtete die BH Feldkirch an die Vorarlberger Landesregierung über Wielands Gesundheitsstatus. Der Befund zeigt Wielands schlechten Zustand:

„164 cm gross, 56 kg schwer. Mittelkräftiger Körperbau, leidlicher Allgemeinzustand, blasses Aussehen. [...] Im Unterkiefer sind noch 7 eigene Zähne vorhanden. Am rechten Unterschenkel, an der Gesässhälfte links und mehrfach am Nacken Inzisionsnarben nach Furunkeln und Karbunkeln. Es fehlt der linke Zeigefinger völlig. Über dem Handrücken sind ebenfalls Narben nach operativen Einschnitten wegen Zellgewebseiterung.“³³⁸

Die Haftzeit hatte bei Wieland schwere körperliche und mit Sicherheit auch psychische Spuren hinterlassen. Nach dem Krieg rang Wieland mit den vorarlbergischen- und österreichischen

³³⁴ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 8.

³³⁵ KZ Gedenkstätte Mauthausen, Gedenkstätte Loibl (Nord), Das Konzentrationslager Loibl Pass (Nord), [<https://www.mauthausen-memorial.org/de/Loibl/Das-Konzentrationslager-Loibl>], eingesehen am 09.03.2021.

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 13.

³³⁸ Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch an die Vorarlberger Landesregierung vom 16.03.1950, S. 2.

Behörden um eine angemessene Opferfürsorge und Haftentschädigung. Der letzte Bescheid dazu wurde 1962 ausgestellt, 17 Jahre nach der Befreiung Mauthausens. An Haftzeit wurden ihm 65 Monate angerechnet. Insgesamt wurden ihm 55.900 Schilling an Entschädigung bezahlt.³³⁹ Laut historischem Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank entsprach dies 1962 etwa der heutigen Kaufkraft von 25.408,23 Euro.³⁴⁰ Werden die über fünf Jahre abgesessene Haftzeit, die verlorene Ehefrau, der verlorene Zeigefinger und weitere körperliche sowie psychische Schäden in Betracht gezogen, kann die Höhe der Entschädigung aus heutiger Sicht nur als eindeutig zu niedrig bewertet werden. Ähnlich musste es auch Wieland gesehen haben, der in einer Schilderung über seine persönlichen Erlebnisse und Schicksalsschläge folgendes schrieb: „Was ich und meine Frau samt Eltern mitmachen mussten ist nicht mehr zum wiedergutmachen.“³⁴¹

Bis zu seiner Pensionierung arbeitete Wieland noch als Schulwart. Er starb am 11 Jänner 1978 in Dornbirn.³⁴² Das Kapitel der Wielands soll mit einer unmissverständlichen Beurteilung des NS-Regimes durch Josef Wieland abgeschlossen werden:

„Wer noch für Hitler begeistert war, das muss ein Mensch gewesen sein, der sich grosse Vorteile erobert hat auf Kosten der anderen. Ein jeder richtigdenkender Mensch hat sich sagen müssen, dass ein solches Hitler-regime auf die Dauer nicht existieren kann, in dem nur Gewalt, Raub und Zwang ausgeübt wurde am Volk. Gott sei gedankt, dass es einmal wieder anders geworden ist, dass das Verbrecherregime verschwunden ist, wohl viele, viele mussten ihr Leben lassen und sind durch die Gräueltaten zum Opfer gefallen.“³⁴³

³³⁹ VLA, DMG, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bescheid Opferfürsorge – Haftentschädigung.

³⁴⁰ Eurologisch, historischer Währungsrechner, [<https://www.eurologisch.at/docroot/waehrungsrechner/#/>], eingesehen am 09.03.2021.

³⁴¹ Josef Wieland, Erlebnisse, Schicksalsschläge im Zuchthaus, KZ-Lager, S 2.

³⁴² Johann-August-Malin-Gesellschaft, Lexikon "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945", Josef Wieland, [<https://www.malingesellschaft.at/lexikon-verfolgung-und-widerstand/lexikon>], eingesehen am 09.03.2021.

³⁴³ Josef Wieland, Erlebnisse, Schicksalsschläge im Zuchthaus, KZ-Lager, S 2.

3.2 Arthur Sohm: Endstation Mauthausen – „Vagessen mich nicht“

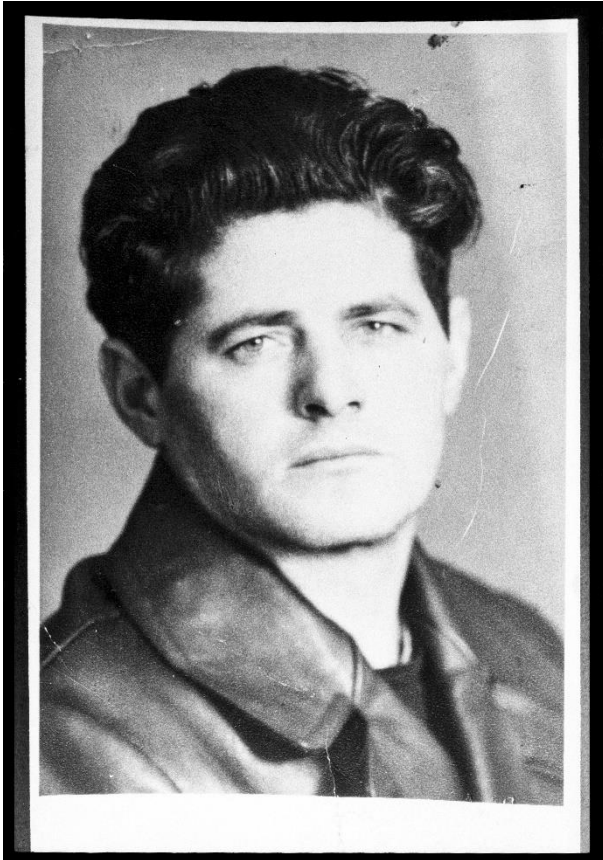


Abbildung 17: Stadtarchiv Dornbirn, Porträt Arthur Sohm.

Arthur Sohm wurde am 16. September 1908 in Dornbirn geboren. Bis 1921 besuchte er die Volksschule in Dornbirn, ehe er den Beruf des Webers in der Firma Herburger & Rhomberg in Dornbirn erlernte. Ab 1922 war Sohm als Hilfsarbeiter in verschiedenen Betrieben tätig. Danach wurde er in der Holz- und Kohlenhandlung Eduard Rhomberg zum Kraftfahrer ausgebildet. Bis auf eine kurze Ausnahme im Jahr 1938 war Sohm dort bis zu seiner Verhaftung als Kraftfahrer tätig. Er lebte mit seiner Frau Theresia Sohm (geborene Vallaster) und seinen vier Kindern Marianne, Herlinde, Bruno und Reinelde in Dornbirn in der Rüttenersch 11. Politisch trat Sohm bis vor seiner Verhaftung nicht in

Erscheinung.³⁴⁴ Interessanterweise wird in der Anklageschrift zunächst behauptet, dass er „allgemein als Kommunist“³⁴⁵ galt. In der Urteilschrift ist diese Behauptung aber nicht mehr zu finden. Aufgrund kleinerer Delikte soll Sohm jedoch vier Mal vorgestraft gewesen sein.³⁴⁶

In der ersten Hälfte des Jahres 1939 wurde er Mitglied der AKO. Die Vorwürfe, die gegen Sohm nach seiner Verhaftung im Jänner 1940 erhoben wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Mitglied der AKO, enger Kontakt zu Wilhelm Himmer, Rekrutierung von Hilar Paterno und namentliche Nennungen von weiteren Kameraden bei Himmer sowie Beobachtungen von militärischen Stellungen und Bewegungen innerhalb Vorarlbergs und Meldung dieser Beobachtungen bei Himmer nach den Richtlinien der AKO.³⁴⁷

³⁴⁴ DÖW 5127, Urteilschrift, S. 5.

³⁴⁵ Ebd., Anklageschrift, S. 9.

³⁴⁶ DÖW 5127, Urteilschrift, S. 5.

³⁴⁷ Ebd., S. 21.

Die Haftaufenthalte Sohms waren ident mit jenen von Wieland. Zunächst kam er ebenfalls in das Gefangenenhaus in der Bregenzer Oberstadt. Von dort kam er im Laufe des Jahres 1940 nach Feldkirch. Aus der Haftzeit in Feldkirch sind zwei Postkarten von Sohm erhalten, die er an seinen Vater und seine Frau schrieb. Auffällig bei diesen Postkarten ist, dass er zu Beginn immer seine Familie und Verwandtschaft namentlich begrüßt. In einer der Postkarten nennt er sogar seine fünf Geschwister, deren Partner und Kinder:

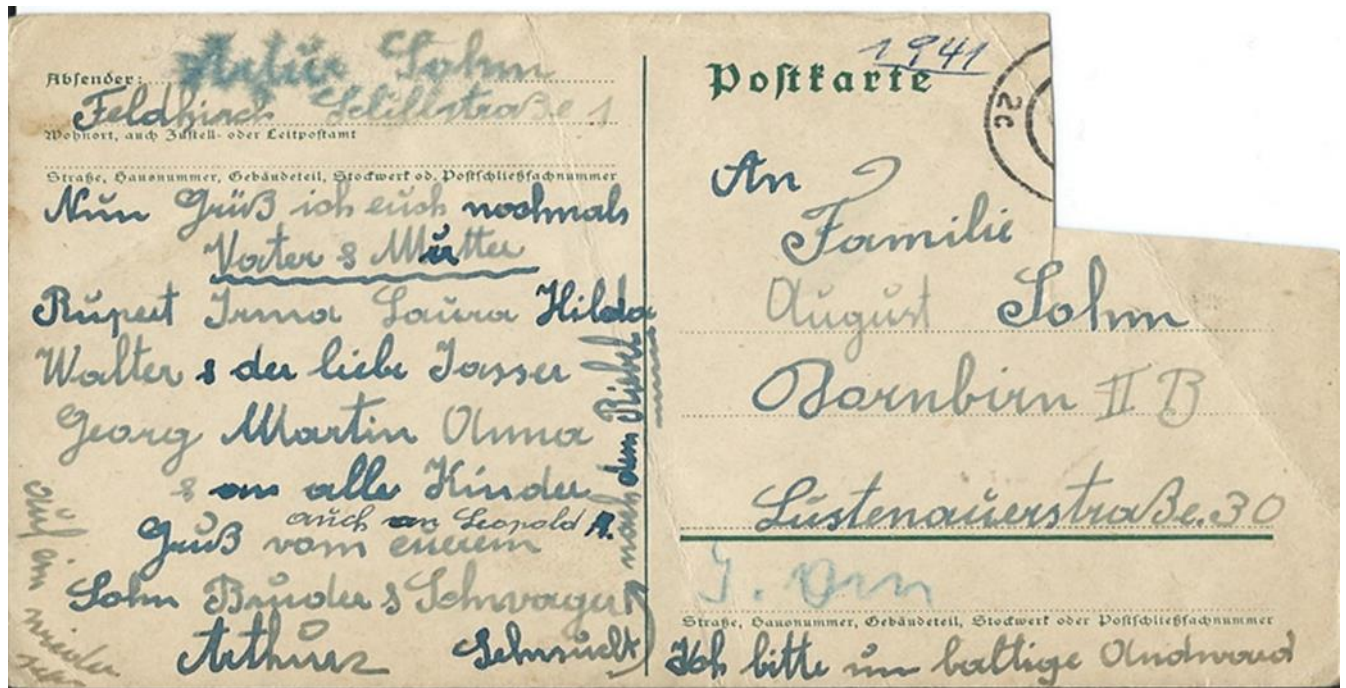


Abbildung 18: Stadtarchiv Dornbirn, Postkarte von Arthur Sohm an August Sohm 1941.

„Nun Grüß ich euch nochmals Vater & Mutter, Rupert Irma Laura Hilda Walter & du liebe Jasser Georg Martin Anna & an alle Kinder auch an Leopold. Gruß von eurem Sohn Bruder & Schwager.“³⁴⁸ In einer anderen Postkarte an seine Frau, grüßt er seine vier Kinder, seine Eltern und Geschwister und eine Verwandte seiner Frau. Familie und Verwandtschaft durfte wohl sehr wichtig in seinem Leben gewesen sein. Seine verschiedenen Rollen als Gatte, Vater, Sohn, Bruder hebt er in den Postkarten stets hervor. Umso härter muss es für ihn gewesen sein, als er von seiner Familie weggesperrt wurde. Seine Verzweiflung über die Situation wird in der Postkarte an seinen Vater sichtbar:

³⁴⁸ Stadtarchiv Dornbirn, Bestand 2017.152: Korrespondenz Arthur Sohm (1908-1944), Postkarte an August Sohm 1941.

„Liebe Eltern, denn der 17. Monate hat schon wieder begonnen ohne dass sich etwas gerührt hat. Man würde meinen, es wäre alles verrostet. Darum bitte ich euch, Vater & Mutter, tut euer möglichstes. Es muss ja nicht in Bregenz sein, es kann ja beim Plankensteiner in Dornbirn sein.“³⁴⁹

Josef Wieland durfte Sohm wohl erzählt haben, dass Plankensteiner sich auf Bitte seiner Frau über seinen Status in Berlin erkundigte. Ob ähnliche Versuche von Sohms Familie unternommen worden sind, geht nirgends hervor. Sohm kam wie die anderen Angeklagten im Hautprozess ebenfalls 1942 nach Innsbruck. Von dort sind zwei Briefe an seine Familie erhalten geblieben. Den ersten Brief schrieb er 30 Tage vor der dem Gerichtsprozess. Dieser handelt vom Wohlergehen seiner Kinder und von einer möglichen finanziellen Unterstützung von 150 Reichsmark durch seinen Bruder Rupert.³⁵⁰ Im zweiten Brief vom 30.03.1942, zehn Tage nach seiner lebenslangen Verurteilung, beschäftigte er sich mit den Folgen des Urteils. Sohm scheint dabei mit unterschiedlichen Emotionen gekämpft zu haben:

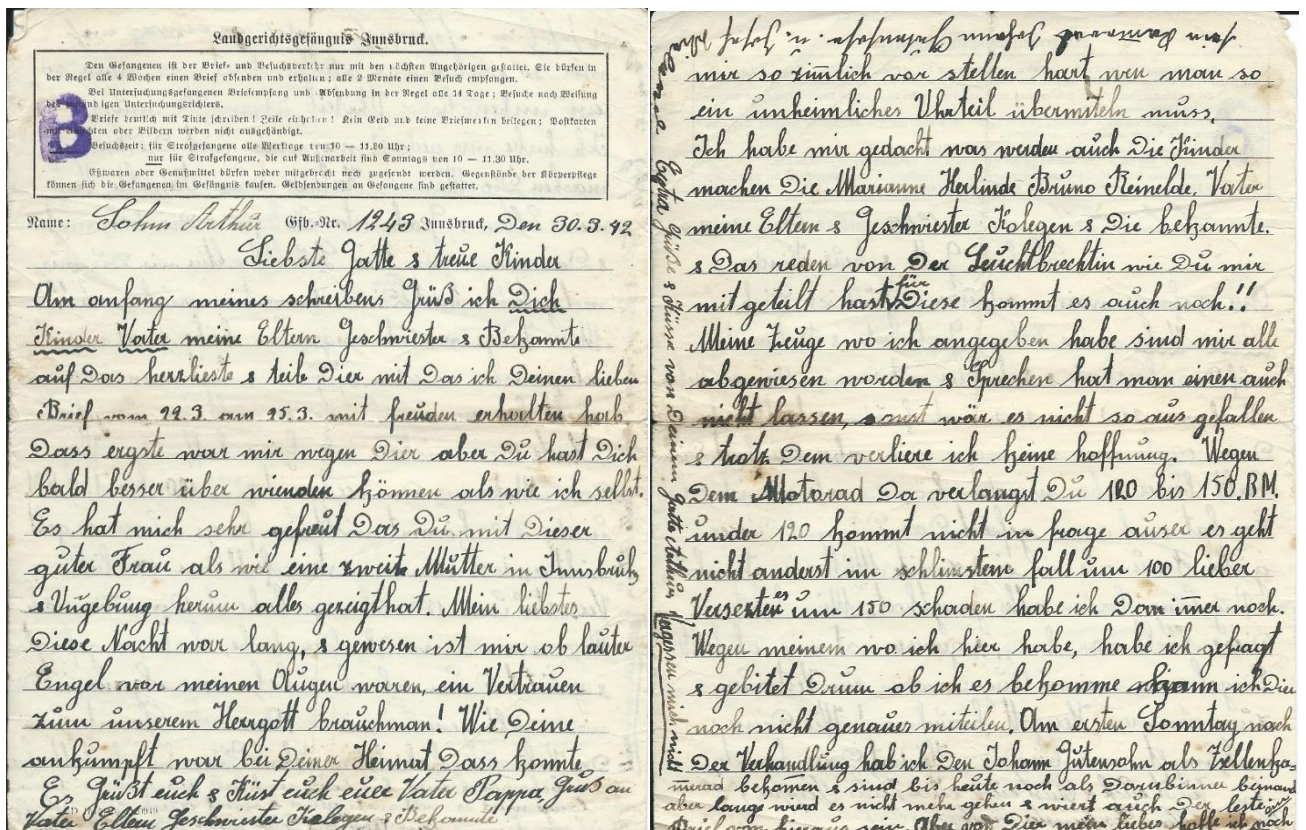


Abbildung 19: Stadtarchiv Dornbirn, Brief Arthur Sohm aus Innsbrucker Haft.

„Mein liebstes. Diese Nacht war lang & gewesen ist mir, als ob lauter Engel vor meinen Augen waren, ein Vertrauen zu unserem Herrgott braucht man! Wie deine Ankunft war

³⁴⁹ Korrespondenz Arthur Sohm (1908-1944), Postkarte an August Sohm 1941.

³⁵⁰ Stadtarchiv Dornbirn, Bestand 2017.152: Korrespondenz Arthur Sohm (1908-1944), Brief aus der Innsbrucker Haft vom 16.02.1942.

bei deiner Heimat, dass konnte ich mir so ziemlich vorstellen. Hart wenn man so ein unheimliches Urteil übermitteln muss. Ich habe mir gedacht was werden auch die Kinder machen. Die Marianne Herlinde Bruno Reinelde. Vater meine Eltern & Geschwister Kollegen & die Bekannten. [...] Meine Zeugen, wo ich angegeben habe sind mir alle abgewiesen worden & sprechen hat man einen auch nicht lassen, sonst wär es nicht so ausgefallen & trotzdem verliere ich keine Hoffnung.“³⁵¹

Auf der einen Seite muss er wohl besorgt gewesen sein, wie seine Familie und Freunde das Urteil aufnehmen würden, auf der anderen Seite herrschten vermutlich auch große Wut und Verzweiflung in ihm aufgrund des einseitigen Verfahrens und Urteils. Trotz allem hatte er aber immer noch Hoffnung auf Besserung. Doch auch diese Hoffnung durfte schnell verpufft sein, nachdem Sohm zusammen mit Wieland ins Zuchthaus Kaisheim kam. Im Jänner 1944 wurden Sohm und Wieland nach Mauthausen transportiert. Wie Sohm und sein Kamerad Wieland dort „empfangen“ wurden, geht aus Wielands Bericht hervor:

„Im Jänner 1944 wurden Sohm und ich nach Mauthausen, KZ-Lager, überstellt, mit der Begründung, wir gefährden Staat und Volk im Zuchthaus. [...] Mitternacht kamen wir oben im Lager an, wo man uns einen schönen Empfang machte: wir wurden aufgestellt und gefragt von der SS, warum wir ins KZ gekommen sind. Ein jeder sagte es warum, wo man dafür geschlagen wurde. Es gab unter uns Kriminelle und viele Hochverräter. Wir Hochverräter mussten die Hände hoch heben und vortreten. Dann wurden wir so geschlagen, dass uns das Blut über und über runter rann. Wir wurden zu Boden geschlagen, wo man uns dann mit Fußritten traktierte. Dann mussten wir zwei Stunden still stehen bleiben in der größten Kälte, nachher wurden wir gebadet und rasiert von Kopf bis Fuß wie ein Schwein wenn man sie schlachtet. Dann ging es wieder heraus wo wir eine Stunde stehen mussten, wo uns erklärt wurde, dass wir alle aufgehängt werden heute oder morgen noch.“³⁵²

Nach seiner Ankunft in Mauthausen wurde Sohm dem Außenlager Ebensee zugeteilt. Dieses war Ende 1943 erbaut worden, um in den Bergen beim Ebensee ein Stollennetz zu errichten, in dem für die Steyr-Damiler-Puch AG Motorteile und Treibstoff erzeugt wurden. Insgesamt mussten dort 27.000 Mauthausen-Häftlinge Zwangsarbeit verrichten. Wegen der vielen Todesopfer musste im Frühjahr 1944 dort ein eigenes Krematorium errichtet werden.³⁵³ Eines der Opfer war Arthur Sohm. Am 21. März 1944 wurde er Opfer der brutalen Lagerbehandlung der Nationalsozialist*innen. Wieland berichtete über die grausamen Methoden der Nazis und von Sohms Tod wie folgt:

³⁵¹ Ebd., Brief aus der Innsbrucker Haft vom 30.03.1942.

³⁵² Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 4f.

³⁵³ Mauthausen-Memorial, KZ-Gedenkstätte Ebensee, [<https://www.mauthausen-memorial.org/de/Ebensee/Das-Konzentrationslager-Ebensee>], eingesehen am 20.03.2021.

„Man dreht das Licht ab, damit man die Schweinehunde von SS nicht später wieder erkennen soll. Da wurde einfach beim Fenster hineingeschossen und gerufen heraus ihr Bande, ihr Verbrecher, ihr Schweinehunde, man trieb alle heraus und jagte sie zu den elektrischen Leitungsdrähten, wo beinahe jeder den Tod fand. Oft fanden in einer Nacht auf einmal gleich 200 den Tod. Dann gab es andere Methoden zum Ermorden. Man trieb sie zum Baden, worauf später ein Gas statt Wasser kommt, wurden oft auf einmal 200 ermordet. Man trieb sie nach der Klagemauer hinunter, was 70 Meter hoch ist und unten nur Steine mit der Spitze nach oben liegen. Tausende fanden den Tod dort, so auch mein Kamerad Arthur Sohm. Hilar Paterno wurde gleich bei seinem Einzug zu Tode geschlagen.“³⁵⁴

Neben Sohm fiel auch sein Freund und AKO-Mitglied Hilar Paterno Mauthausen zum Opfer.

Beide sind im Gedenkbuch und im „Raum der Namen“ in Mauthausen zu finden:

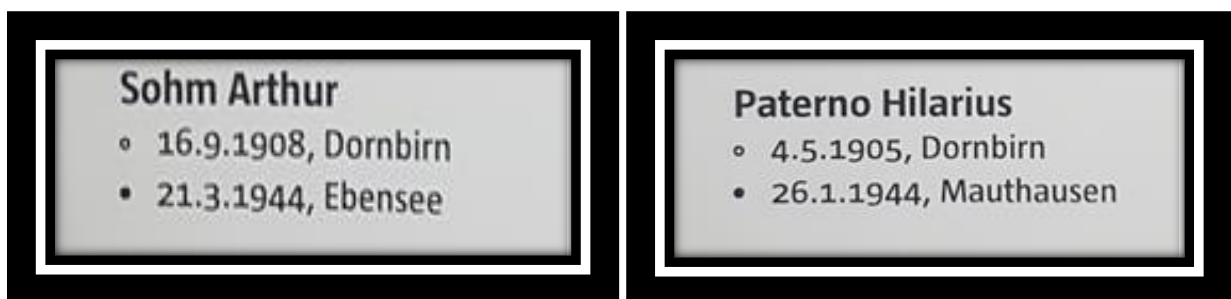


Abbildung 20: Ausschnitte aus dem Gedenkbuch Mauthausen, aufgenommen durch Florian Guggenberger am 23.05.2019.

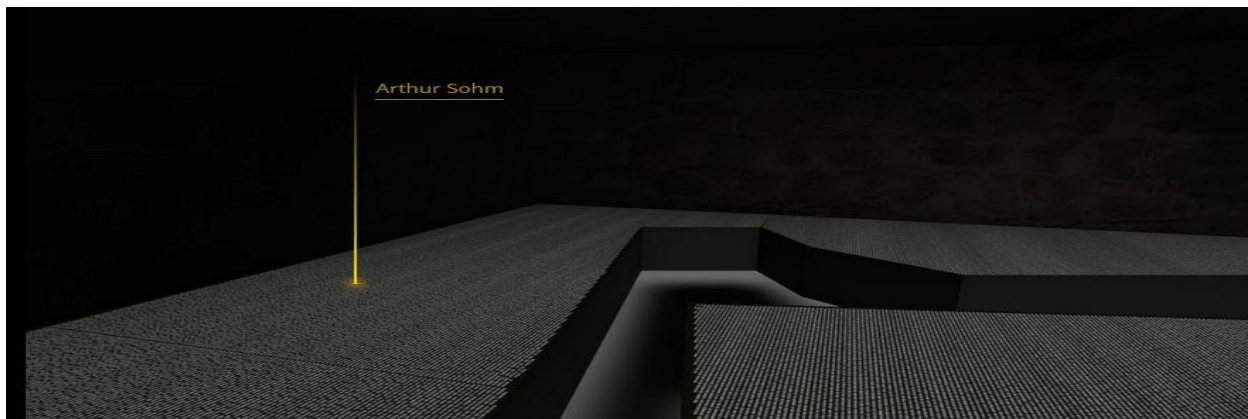


Abbildung 21: Gedenkstätte Mauthausen, Raum der Namen, Arthur Sohm.

³⁵⁴ Josef Wieland, „Politische Ereignisse“, S. 7.

Sohms Familie und Freunde nahmen am Osterwochenende 1944 Abschied von ihrem Ehemann, Vater, Sohn, Bruder, Onkel, Schwager und Freund. Der Partezettel ist erhalten geblieben:

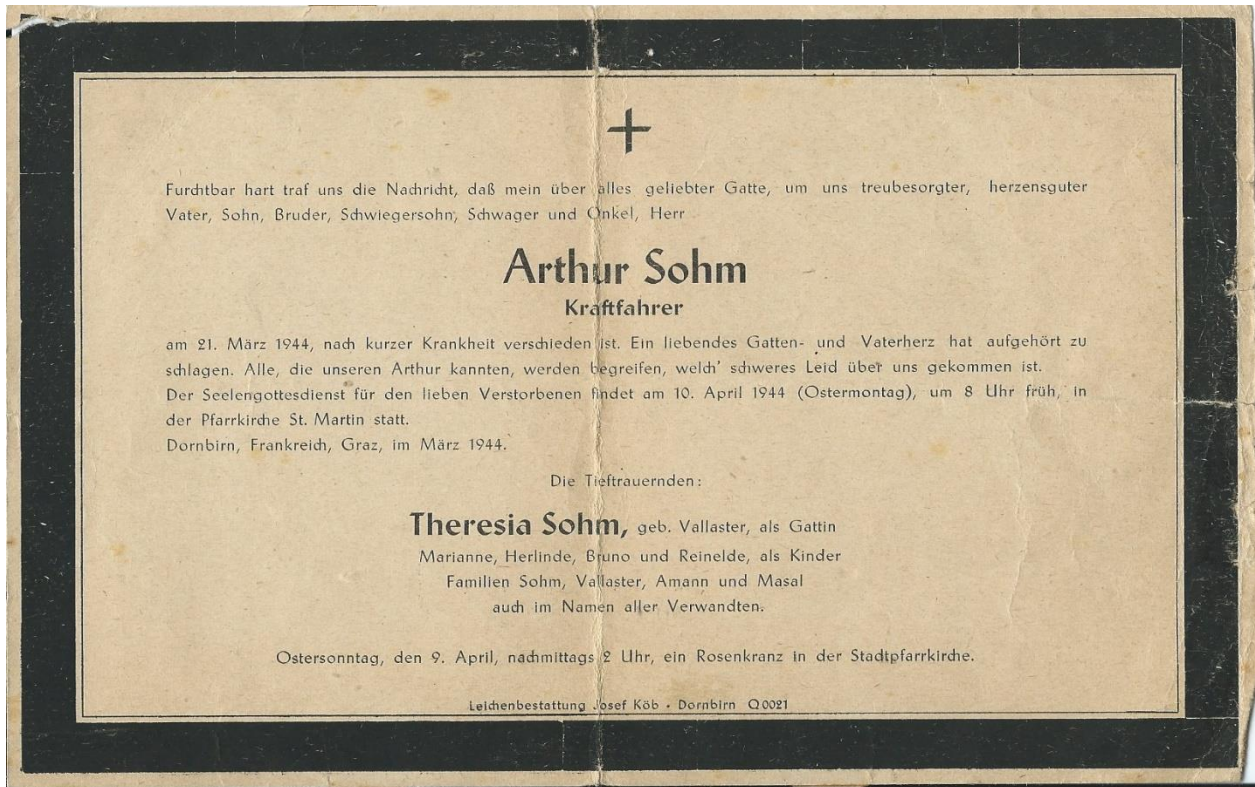


Abbildung 22: Stadtarchiv Dornbirn, Partezettel Arthur Sohm.

Den wahren Todesgrund durfte die Familie Sohm nicht angeben, weshalb von einer „kurzen Krankheit“ die Rede ist. Zu dieser Zeit war es aber mit Sicherheit allgemein bekannt, was in Konzentrationslagern wie Mauthausen mit den Menschen passierte. Die Familie Sohm hatte nicht nur den Verlust ihres Gattens, Vaters, Bruders, Schwiegersohns, Schwagers und Onkels zu beklagen, sondern musste sich auch mit dem beispiellosen Hass der Dornbirner Nationalsozialist*innen auseinandersetzen, die nach Appellen mehrmals ihre Hitlerjugend zum Haus der Sohms schickten, um dieses mit Steinen zu bewerfen.³⁵⁵ Auch nach dem Tod von Sohm wurde die Verachtung und der Hohn für die Familie wohl nicht weniger. Arthur Sohm muss aus heutiger Sicht als einer der wenigen Vorarlberger*innen dieser Zeit hervorgehoben werden, die sich dem NS-Regime nicht willenslos unterordneten. Für seinen Widerstand musste er aber den höchsten Preis bezahlen, sein eigenes Leben.

³⁵⁵ Pichler, Nationalsozialismus in Vorarlberg, S. 326.

4. Erinnerungskultur und Erinnerungsorte in Vorarlberg: Gedenken an die (AKO-)Opfer des Nationalsozialismus

4.1 Nachkriegsjahre

Über die Zeit des Nationalsozialismus wurde, wie im restlichen Österreich, auch in Vorarlberg meist der Mantel des Schweigens ausgebreitet. Der Vorarlberger Historiker Werner Bundschuh verwendete in diesem Zusammenhang die durchaus passende Bezeichnung „Kartell des Schweigens“.³⁵⁶ Die „offizielle“ Landesgeschichtsschreibung, gefördert durch die Vorarlberger Landesregierung und meist in Form von zahlreichen Heimat- und Jungbürgerbüchern publiziert, klammerte aus unterschiedlichsten Gründen viele Jahre lang wesentliche Themen der NS-Zeit aus.³⁵⁷ Wichtige Kapitel der eigenen Landesgeschichte wurden beschönigt, lückenhaft oder teilweise sogar falsch dargestellt.

Als Beispiel dafür wird in der Forschung immer wieder Hans Nägele genannt,³⁵⁸ der die Vorarlberger Wirtschaftsgeschichtsschreibung jahrzehntelang prägte. Da nach 1945 viele der Vorarlberger Textilindustriellen, die tatkräftige Unterstützer des NS-Regimes waren, ein großes Interesse daran hatten die NS-Zeit so gut wie möglich auszublenden, bedienten sich diese Industriellen an Hans Nägele, dem Chefredakteur des ehemaligen nationalsozialistischen „Vorarlberger Tagblatt“. Im Auftrag der Unternehmer verfasste er Firmengeschichten und Unternehmerbiografien, in denen er die Rolle seiner Auftraggeber während der nationalsozialistischen Herrschaft meist vollkommen ausgeblendet oder beschönigt dargestellt hatte.³⁵⁹ Durch seinen Sonderstatus prägte Nägele das Bild der NS-Zeit in Vorarlberg bis in die 1980er-Jahre nachhaltig.³⁶⁰

Erst als in den 1980er-Jahren eine Gruppe „junger“ Vorarlberger Historiker – zu nennen sind unter anderem die Mitglieder der 1982 gegründeten Johann-August-Malin-Gesellschaft: Werner Bundschuh, Werner Dreier, Kurt Greussing, Gernot Kiermayr, Meinrad Pichler und

³⁵⁶ Werner Bundschuh, *Das Kartell des Schweigens bekommt Risse* (2008), [<https://www.malingesellschaft.at/texte/nationalsozialismus/werner-bundschuh-2008-das-kartell-des-schweigens-bekommt-risse>], eingesehen am 30.03.2021.

³⁵⁷ Bundschuh, *Kartell des Schweigens*.

³⁵⁸ In diesem Jahr erst erschien eine Publikation zu Hans Nägele: Severin Holzknicht, *Hans Nägele. 1884-1973. Wie lange lässt sich Vergangenheit bewältigen, indem man sie vergessen macht?* Innsbruck 2021.

³⁵⁹ Bundschuh, *Kartell des Schweigens*.

³⁶⁰ Ebd.

Harald Walser – trotz großem Widerstands Seiten des Landes und führender Medien begann sich wissenschaftlich mit dem Austrofaschismus und Nationalsozialismus auseinandersetzen, die Rolle der Vorarlberger*innen im Zusammenhang mit Themen wie Antisemitismus, Holocaust, Euthanasie und Widerstand genauer zu untersuchen und durch Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse viele neue Erkenntnisse ans Licht brachten, kam eine kritische Auseinandersetzung ins Rollen. Ein von Meinrad Pichler 1982 herausgegebener Sammelband mit dem Titel "Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte"³⁶¹ wies explizit auf die Versäumnisse der damaligen Vorarlberger Geschichtsschreibung hin. Werner Bundschuh fasste die Lücken in der Vorarlberger Zeitgeschichtsschreibung wie folgt zusammen:

„Und in der Tat, nachzutragen und aufzuarbeiten gab es vieles in der Geschichtsschreibung dieses Landes: vergessene und verdrängte Kapitel der Arbeiterbewegung, die Beseitigung der Demokratie durch den "christlichen Ständestaat", der heimische Antisemitismus und die Liquidierung der jüdischen Gemeinde in Hohenems, das Aufdecken des landeseigenen Beitrages bei der Errichtung der NS-Herrschaft, Verfolgung und Widerstand während der NS-Diktatur und die Entlarvung des immer noch vorherrschenden alemannozentrischen Weltbildes.“³⁶²

Viele der Opfer waren bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht namentlich bekannt. Mit der 1985 veröffentlichten Publikation „Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945" von den genannten Historikern wurde auch erstmals eine Liste der NS-Opfer und ein umfangreiches Lexikon mit unzähligen Vorarlberger*innen veröffentlicht, die in unterschiedlichsten Formen in Konflikt mit dem Regime geraten und daher verfolgt worden sind. Darunter waren auch jene Personen, die im Zusammenhang mit der AKO getötet, verurteilt und/oder verhaftet worden sind.³⁶³ Diese Pionierarbeit ist bis heute Grundlage für viele wissenschaftliche Arbeiten, wie auch die vorliegende.

Jene Personen, die im Zusammenhang mit der AKO inhaftiert, ausgegrenzt oder sogar getötet worden sind, erhielten (ausgenommen in der erwähnten Publikation) bis 1993 kaum öffentliche Anerkennungen oder Würdigungen. Jene die überlebten mussten sich teilweise sogar mit wüsten Anfeindungen auseinandersetzen. Johann Gutensohn schilderte

³⁶¹ Meinrad Pichler (Hrsg.), Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz ²1983.

³⁶² Werner Bundschuh, Mentalität, Identität, Integration, in: Franz Mathis/Wolfgang Weber (Hrsg.), Vorarlberg. Zwischen Fußach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 Bd. 4), Wien-Köln-Weimar 2000, S. 201-219, hier S. 203.

³⁶³ Malin-Gesellschaft, Von Herren und Menschen, S. 262-373.

beispielsweise, wie er bei seiner Rückkehr nach Dornbirn von einem Mann angespuckt worden war.³⁶⁴ Auch Josef Wielands jahrelanger bürokratischer Kampf, den er von 1945 bis 1963 führte, nur um als Opfer anerkannt zu werden und eine äußerst niedrige Opferentschädigung zu erhalten, zeigt die geringe Wertschätzung für die Schicksale jener Personen.

Neben dem Perspektiven- und Diskurswandel durch eine neue Generation von Historiker*innen in den 1980er-Jahren war es auch die „Waldheim-Affäre“, die international für Aufsehen sorgte und sicherlich auch dazu führte, dass die Österreicher*innen gezwungen waren sich mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzen zu müssen, womit es auch langfristig zu einem Wandel in der Erinnerungskultur kam. Die Diskussion um den Dornbirner Gedenkstein zeigt aber, wie mühsam sich dieser Wandel vollzog.

4.2 Dornbirner Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus: Ein langer Weg zur Würdigung

Ausgangspunkt für die langjährige Diskussion um die Errichtung eines Gedenksteins für die Opfer des Nationalsozialismus in Dornbirn war das Gedenkjahr 1988. Am 14. November überreichte der Historiker Harald Walser als Vertreter der Malin-Gesellschaft dem damaligen Dornbirner Bürgermeister Rudi Sohm eine Gedenktafel mit elf Namen, darunter waren auch Wilhelm Himmer, Hilar Paterno, Arthur Sohm und Maria Wieland. Bedingung für die Übergabe war, dass die Tafel an einem würdigen Platz in Dornbirn angebracht wird.³⁶⁵



EINE GEDENKTAFEL, die an die Dornbirner Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnern soll, wurde gestern von der Johann-August-Malin-Gesellschaft an die Stadt Dornbirn übergeben. Die Tafel soll, so der Wunsch der Gesellschaft, an einem dafür würdigen Platz angebracht werden. Auf unserem Bild Dr. Harald Walser, Historiker der Malin-Gesellschaft (links), und Bürgermeister Rudi Sohm. Foto: Mathis

Abbildung 23: Stadtarchiv Dornbirn, NEUE Vorarlberger Zeitung vom 15.11.1988, Übergabe Gedenktafel durch Harald Walser an Bürgermeister Rudi Sohm.

³⁶⁴ Stadtarchiv Dornbirn, Interview mit Johann Gutensohn, Stunde 1:37:50.

³⁶⁵ Stadtarchiv Dornbirn, Neue Vorarlberger Tageszeitung vom 15.11.1988.

Dass sich daraus ein fünfjähriges Politikum entwickeln würde, das heute als „Gedenkstein-Streit“ bekannt ist, ahnte bei der Übergabe wohl keiner der Beteiligten. Einige Tage vor der Übergabe der Gedenktafel brachte die SPÖ-Fraktion Dornbirns einen Antrag bei Bürgermeister Sohm ein, die posthume Ehrenbürgerschaft von elf Dornbirner NS-Opfer, die gleichen elf Personen wie auf der Gedenktafel, mit auf die Tagesordnung der Stadtvertretungssitzung vom 24.11.1988 zu nehmen. Bei dieser Sitzung kam es zu unterschiedlichen Einwänden der Parteien. Vizebürgermeister Wolfgang Rümmele von der ÖVP zeigte Verständnis für das Anliegen, forderte aber ein bleibendes Mahnmal in Form eines Gedenksteines „für die Ermordeten, die Kriegsgefallenen, die Verwundeten aus Dornbirn und die Toten aus ganz Europa“.³⁶⁶ Die Parteien einigten sich schließlich darauf, je einen Vertreter in ein Gremium zu entsenden, um eine „von allen getragene Form der Würdigung“³⁶⁷ für die Dornbirner Opfer des Nationalsozialismus zu finden.

Neben Vertretern der politischen Parteien gehörte diesem Gremium auch der Historiker Thomas Albrich der Universität Innsbruck an. Dieser fasste den Diskussionsstand in einem Bericht zusammen und gab Empfehlungen für die weitere Vorgehensweise ab. Albrich hielt dabei fest, dass der schwierigste Diskussionspunkt zwischen den politischen Vertretern im Gremium die Frage des Opferstatus von Homosexuellen und Deserteure war. Auf Vorschlag Albrichs einigte sich das Gremium schlussendlich darauf, die von der Malin-Gesellschaft aufgestellte Liste der Opfer erneut durch zwei Historiker überprüfen zu lassen. Dazu wählten sie Meinrad Pichler als Vertreter der Malin-Gesellschaft und Michael Gehler als unabhängigen Historiker der Universität Innsbruck aus.³⁶⁸ Pichler legte seinen Bericht im November 1990 der Stadt Dornbirn vor,³⁶⁹ Gehler nach Recherchen im Berlin Document Center im Jänner 1991.³⁷⁰ Der Opferstatus der ausgewählten Personen wurde bestätigt. Der Abschlussbericht des Gremiums folgte am 14. Mai 1991, indem sich die Vertreter auch auf einen Text für den Gedenkstein einigen konnten. Dieser lautete:

„Friede – Menschenwürde – Toleranz

³⁶⁶ Stadtarchiv Dornbirn, Ordner zum Gedenkstein, Sitzung der Stadtvertretung vom 24.11.1988, Antrag zum Tagesordnungspunkt 18.

³⁶⁷ Ebd.

³⁶⁸ Stadtarchiv Dornbirn, „Ehrungen der Dornbirner Opfer des Nationalsozialismus“, Schlussbericht über die Beratungen des hiezu eingesetzten Gremiums vom 14.05.1991.

³⁶⁹ Stadtarchiv Dornbirn, Meinrad Pichler, Historischer Bericht. Todesopfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Dornbirn (1938-1945) vom 12.11.1990.

³⁷⁰ Stadtarchiv Dornbirn, Fachgutachten von Michael Gehler vom 07.01.1991.

Zur Erinnerung an alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dornbirn, die Opfer der NS-Gewaltherrschaft wurden, die in Konzentrationslagern und Gefängnissen gelitten haben, die ausgegrenzt und verfolgt wurden. Den wehrlosen Opfern der Euthanasie und den Ermordeten von Widerstand und Verfolgung:³⁷¹

Obwohl die Weichen für einen Gedenkstein gestellt waren, dauerte es dennoch weitere zweieinhalb Jahre bis es zur Verwirklichung kam. Die Malin-Gesellschaft verlor drei Jahre nach Übergabe ihrer Gedenktafel an die Stadt Dornbirn die Geduld und verlangte diese zurück, da sie nur für eine kurze Zeit während der Ausstellung „Geschichte Dornbirn III“ aufgehängt worden war, dann aber wieder verstaubte.³⁷² Im Dezember 1991 erhielt die JAMG ihre Tafel zurück und etwa zur gleichen Zeit beauftragte die Stadt Dornbirn „Kunst.Raum.Dornbirn“ mit der Ausgestaltung eines Gedenksteines.³⁷³ Die JAMG rechnete mit einer Aufstellung des Gedenksteins im Frühjahr 1992. Nach mehreren Zeitungsartikeln, -kommentaren und Erinnerungsschreiben an die Stadt Dornbirn vor allem von Seiten der JAMG stand der Gedenkstein schließlich 28. Oktober 1993 an seinem heutigen Standort im Park vor dem Lorenz-Rhomberg-Haus, in dem sich das Dornbirner Stadtarchiv und Stadtmuseum befinden. Der



Abbildung 24: Gedenkstein Dornbirn, aufgenommen durch Florian Guggenberger am 23.03.2021

Gedenkstein wurde aus Neuhauser Granit angefertigt und in Form einer schlichten 1.60 Meter hohen Steinsäule gestaltet. Unter den elf ursprünglich eingemeißelten Namen lassen sich vier Personen im Zusammenhang mit der AKO entdecken: Wilhelm Himmer, Hilar Paterno, Artur Sohm und Maria Wieland.

Obwohl der Gedenkstein nach einem fünfjährigen „Arbeitsprozess“ endlich stand, kamen erneut politische Diskussionen zwischen den Parteien auf. Die Offene Bürgerliste (OLB) und

³⁷¹ Schlussbericht Gremium vom 14.05.1991.

³⁷² Stadtarchiv Dornbirn, Gedenktafel der Johann-August-Malin-Gesellschaft, Schreiben der JAMG an Bürgermeister Rudolf Sohm vom 5.12.1991.

³⁷³ Stadtarchiv Dornbirn, Dornbirner Opfer des Nationalsozialismus – Gedenktafel, Schreiben der Stadt Dornbirn an Kunst.Raum.Dornbirn vom 08.10.1991.

die Sozialdemokraten forderten einen für die Opfer würdigen feierlichen Festakt. ÖVP und FPÖ sahen das anders. Bürgermeister Sohm begegnete diesen Forderungen mit folgender Antwort: „Wir machen die Feier auf unsere Art.“³⁷⁴ „Unsere Art“ bedeutete in diesem Fall eine „Feierstunde“ am 24. November 1993 im Stadtmuseum mit Vorträgen von Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zum Thema „Widerstand und Nationalsozialismus in Österreich“ sowie Meinrad Pichler, der über die elf Opfer des Gedenksteins referierte.

Die schleppende Vorgehensweise der Stadt Dornbirn bei der Würdigung der Opfer des Nationalsozialismus dürfte inzwischen der Vergangenheit angehören. Mit dem Stadtarchiv Dornbirn gibt es mittlerweile eine Institution, die mit einer eigenen Schriftenreihe versucht unterschiedlichste Aspekte der eigenen Geschichte aufzuarbeiten. Positive Entwicklungen lassen sich auf für die Zukunft erkennen. Ein bereits durch die Politik beschlossener Maria-Wieland-Weg, für den auch schon eine Zusatztafel angefertigt wurde, dürfte in den nächsten Jahren Realität werden und somit eine weitere Form der Würdigung eines NS-Opfers im öffentlichen Raum Dornbirns zu finden sein:

Maria Wieland (1904-1944)

Die Musiklehrerin wurde 1940 von der Gestapo verhaftet. Sie sollte gegen ihren Mann Josef Wieland, der sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten der Widerstandsgruppe „Aktionistische Kampforganisation“ um Arthur Sohm angeschlossen hatte, aussagen. Nach mehreren Verhören und Misshandlungen wurde sie 1944 in die Innsbrucker Nervenklinik eingewiesen, wo sie - vermutlich durch Medikamente - umgebracht wurde.

Abbildung 25: Stadtarchiv Dornbirn, Maria-Wieland-Weg.

³⁷⁴ Stadtarchiv Bregenz, Vorarlberger Nachrichten vom 02.11.1993.

4.2 Widerstandsmahnmal Bregenz

In der Landeshauptstadt Bregenz wurde im April 1985 beim ehemaligen Gefangenenhaus in der Oberstadt eine Gedenktafel unter dem Titel „40 Jahre Befreiung vom Faschismus“ für die tausenden Insassen platziert, die während der NS-Herrschaft aus unterschiedlichsten Gründen dort inhaftiert worden waren. Für viele war Bregenz die erste Station einer langen Leidenszeit, die oft im Konzentrationslager endete.³⁷⁵

1988 widmete die Stadt Bregenz einen Gedenkstein, der an der Seekapelle zu finden ist.³⁷⁶ 16 Bregenzer Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft werden auf dem Stein namentlich erwähnt und auch eine Widmung an die namenlosen Euthanasieopfer ist zu finden. Mit der namentlichen Erwähnung von Kriegsdienstverweigerern wie Ernst Volkmann und Fahnenflüchtigen wie Max Bonat und Max Ibele wurde für die damalige Zeit durchaus Mut gezeigt. Doch auch in Bregenz vollzog sich die gewandelte Erinnerungskultur nicht ohne einen Aufreger.

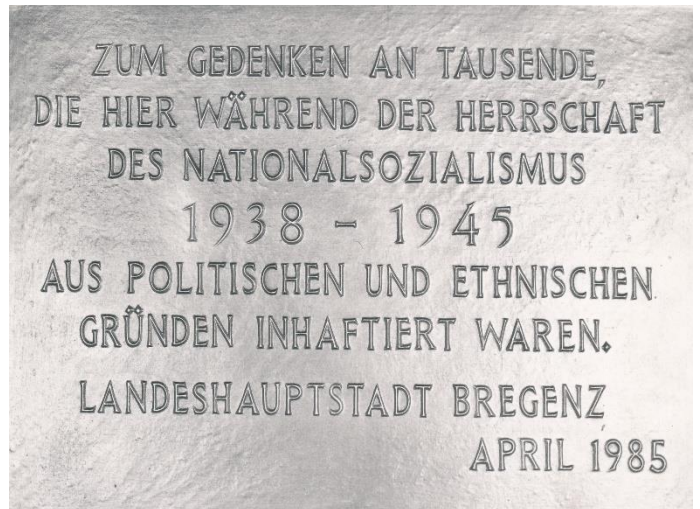


Abbildung 26: Stadtarchiv Bregenz, Gedenktafel ehemaliges Gefangenenhaus.



Abbildung 27: Stadtarchiv Bregenz, Gedenkstein Seekapelle.

³⁷⁵ Wie beispielsweise bei Himmer, Wieland und Sohm.

³⁷⁶ Widerstandsmahnmal Bregenz, Thomas Klagian, Eine Chronologie, [<http://www.widerstandsmahnmal-bregenz.at/wettbewerb/>], eingesehen am 10.04.2021.

Die am ehemaligen Gefangenenhaus angebrachte Gedenktafel verschwand plötzlich während der Restaurierung des Gebäudes 1989/1990.³⁷⁷ Das Bundesdenkmalamt bezog das Gebäude, doch die Tafel blieb weiter verschwunden. Nach mehreren Interventionsversuchen seitens der Stadt, die Tafel wieder an ihrem ursprünglichen Ort anzubringen, gab es weiterhin Widerstand seitens des Bundesdenkmalamts. Dieses machte von seinem Recht als Hausherr Gebrauch und ließ die Tafel durch den städtischen Bauhof im Inneren des Gebäudes anbringen. Auch von Seiten der Malin-Gesellschaft hagelte es in mehreren Leserbriefen heftige Kritik gegenüber dem Bundesdenkmalamt.³⁷⁸ Als offizielle Begründung seitens des Denkmalamts nannte der Landeskonservator platztechnische und thematische Gründe, die gegen eine Anbringung an der Außenwand des Gebäudes sprachen. Die Fronten blieben verhärtet. Auch im Jahr 2001, über zehn Jahre später, blieb ein Gespräch zwischen Vertretern der Stadt (Stadtarchivar Thomas Klagian und Bauamtsleiter Bernhard Fink) und der mittlerweile neuen Landeskonservatorin ohne Erfolg. Erst als Barbara Keiler 2013 Landeskonservatorin von Vorarlberg wurde, kehrte die Gedenktafel schlussendlich nach über 20 Jahren wieder an ihren ursprünglichen Platz zurück.

Neben den erwähnten Gedenktafeln entstand 2002 im Zuge des ökumenischen Bodensee-Kirchentags ein Gedenkweg in Bregenz. Gebäude wie das Gefangenenhaus in der Oberstadt wurden mit Hinweisschildern kenntlich gemacht. Zusätzlich benannte die Stadt Bregenz Wege nach jenen Bregenzer*innen, die aufgrund ihrer Zivilcourage verfolgt oder im schlimmsten Fall sogar getötet worden sind.³⁷⁹

Maßgeblich für die Entstehung eines Widerstandsmahnmal war eine von Werner Bundschuh angeregte Diskussion. Dieser stellte in einem 2007 veröffentlichten Artikel in der Zeitschrift „Kultur“ fest, dass Deserteurdenkmäler in Vorarlberg immer noch fehlen.³⁸⁰ Bundschuh darin:

„Denkmäler sind politische Symbole. Sie sollen an etwas oder jemanden erinnern – und mit dieser Erinnerung wird notgedrungen eine selektive Wahrnehmung verbunden. Solche Denkmäler werden oft erst nach heftigen Auseinandersetzungen aufgestellt

³⁷⁷ Stadtarchiv Bregenz, Registratur 21-02-14, Sammlung zur Gedenktafel.

³⁷⁸ Ebd.

³⁷⁹ Der Standard, Bregenzer Gedenkweg: Lernorte der Menschlichkeit. Bregenzer Gedenkweg erinnert an Widerstand gegen Nationalsozialismus, 25.02.2014, [<https://www.derstandard.at/story/1392686349536/bregenzer-gedenkweg-lernorte-der-menschlichkeit>], eingesehen am 11.04.2021.

³⁸⁰ Werner Bundschuh, Noch fehlen „Deserteurdenkmäler“..., in: Kultur. Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft (22. Jg., Nr. 8), Oktober 2007, S. 46-49, [<https://www.malingesellschaft.at/pdf/bundschuh-noch-fehlen-deserteurdenkmaeler>], eingesehen am 15.05.2021.

oder sie sind umstritten. In Vorarlberg existieren zwar in jeder Gemeinde „Kriegerdenkmäler“, aber es fehlen „Deserteurdenkmäler“.³⁸¹

Den Stein ins Rollen brachte schließlich eine von der bundesdeutschen Stiftung Denkmal konzipierte Ausstellung im Herbst 2011 in Dornbirn mit dem Titel „Was damals recht war - Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“. In der Woche vor der Ausstellungseröffnung preschten die JAMG und die Bregenzer Grünen vor und forderten ein Deserteurdenkmal. Der damalige Vizebürgermeister Gernot Kiermayr (Grüne) schlug dafür jenen Platz vor, wo sich heute noch das Anton-Schneider-Denkmal befindet.³⁸² Etwa ein Jahr später beauftragte der damalige Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart (ÖVP) eine Arbeitsgruppe³⁸³, um erste Vorarbeiten für ein mögliches Denkmal zu leisten. Die Arbeitsgruppe einigte sich darauf, dass ein Mahnmal nicht nur an Wehrmachtsdeserteure, sondern an all jene erinnern sollte, die Widerstand leisteten. Weitere drei Jahre später wurde am 15. November 2015 am Bregenzer Sparkassenplatz Widerstandsmahnmal feierlich der Öffentlichkeit präsentiert, das als gemeinsames Projekt des Landes Vorarlberg, der Landeshauptstadt Bregenz und des Vorarlberger Gemeindeverbands mit einem Budget von 90.000 Euro realisiert wurde. In einem Ausschreibungsprozess hatte zuvor die Künstlerin Nataša Sienčnik mit ihrem Projekt „Fallblattanzeige“ eine fünfköpfige Jury überzeugen können.³⁸⁴ Die Fallblätter ändern sich im Minutentakt und zeigen in einer Endlosschleife die Namen und wichtigsten Daten von 100 ausgewählten Vorarlberger*innen, die dem NS-Regime Widerstand leisteten, den Gehorsam verweigerten oder aufkündigten. Darunter zu finden sind Widerstandskämpfer*innen, Deserteure und Wehrdienstverweigerer sowie auch jene Personen, die verfolgte Menschen bei sich aufnahmen oder in einer anderen Form unterstützten und dadurch selbst beim Regime in Ungnade fielen.³⁸⁵ Darunter sind auch sechs AKO-Mitglieder zu finden: Johann Gutensohn, Wilhem Himmer, Elsa Himmer, Hilar Paterno,

³⁸¹ Bundschuh, Noch fehlen „Deserteurdenkmäler“, S. 46.

³⁸² Johann-August-Malin-Gesellschaft, Forderung nach Deserteursdenkmal, 23.09.2012, [<https://www.malingesellschaft.at/aktuell/medienarbeit-1/23.09.2011-forderung-nach-deserteursdenkmal/>], eingesehen am 11.04.2021.

³⁸³ Mitglieder der Arbeitsgruppe waren: Werner Bundschuh (Historiker und Obmann der Johann-August-Malin-Gesellschaft), Wolfgang Fetz (Leiter Abteilung Kultur, Landeshauptstadt Bregenz), Thomas Klagian (Bregenzer Stadtarchivar), Winfried Nußbaumüller (Vorstand Abteilung Kultur, Land Vorarlberg), Meinrad Pichler (Historiker) und Ruth Schnell (Künstlerin und Professorin an der Universität für angewandte Kunst Wien). Siehe: Klagian, Eine Chronologie.

³⁸⁴ Klagian, Eine Chronologie.

³⁸⁵ Widerstandsmahnmal Bregenz, Nataša Sienčnik, Ein Ort der Geschichten, [<http://www.widerstandsmahnmal-bregenz.at/mahnmal/>], eingesehen am 10.04.2021.

Arthur Sohm und Josef Wieland. In der folgenden Abbildung kann die Fallblattanzeige von Arthur Sohm gesehen werden:



Abbildung 28: Widerstandsmahnmal Bregenz, Arthur Sohm

Wie bei Sohm lassen sich auch bei den anderen Kurzbiographien der Name (und Beruf), die Handlung/Tätigkeit gegen das Regime sowie das Schicksal, das der jeweiligen Person ereilte, finden. Der Eröffnung folgte ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Lesungen.³⁸⁶ Ein Vermittlungsteam von „erinnern.at“ führt im Auftrag der Stadt Bregenz regelmäßig zweistündige dialogische Rundgänge durch Bregenz für Schulklassen und Interessierte durch. Dabei werden die Themen Widerstand, Verfolgung und Desertion anhand konkreter Orte und Biografien thematisiert und so auch der jüngeren Generation greifbar und zugänglich gemacht. Solche Projekte ermöglichen es, dass auch in Zukunft Vorarlberger Widerstandskämpfer*innen, Deserteure und Opfer nicht in Vergessenheit geraten werden.

³⁸⁶ Widerstandsmahnmal Bregenz, Rahmenprogramm, [<http://www.widerstandsmahnmal-bregenz.at/downloads/Rahmenprogramm-%E2%80%93-Widerstand-gegen-den-Nationalsozialismus.pdf>], eingesehen am 11.04.2021.

5. Schluss

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Bei der AKO handelt es sich um eine von zwei heute bekannten Vorarlberger Widerstandsgruppen in der NS-Zeit. Eine besondere Rolle erhält diese Widerstandsgruppe dadurch, dass sie als erste größere Vereinigung von meist unzufriedenen Arbeiter*innen in Vorarlberg aufflog und daher die volle Härte des Regimes zu spüren bekam. Die Gründung der Vorarlberger AKO dürfte 1938 erfolgt sein. Als Gründer müssen der Dornbirner Schlosser Wilhelm Himmer und der in Heiden (Schweiz) lebende deutsche Anwalt Max Oberholzer genannt werden. Nach mehreren Zusammentreffen beschlossen sie auch in Vorarlberg den Kampf gegen das NS-Regime aufzunehmen und eine Widerstandsgruppe aufzubauen. Durch Oberholzer mit der Struktur, den Richtlinien und Zielen der Gruppe ausgestattet, übernahm Himmer die Organisation vor Ort. Einige Hinweise deuten darauf hin, dass auch in der Schweiz ein Ableger der AKO existierte, der aber nie richtig aktiv wurde. Obwohl Oberholzer wahrscheinlich Verbindungen zu Kommunist*innen in Frankreich und Spanien hatte, nutzte er den Kontakt zu Himmer vor allem dazu, personenbezogene Daten von regimekritischen Menschen in Österreich zu sammeln. Er interessierte sich auch für Beobachtungen von Schweizer Sympathisant*innen des Nationalsozialismus in Vorarlberg.

Zunächst sprach Himmer in Dornbirn und Umgebung unzufriedene Arbeiter*innen aus allen politischen Richtungen an. In der ersten Hälfte des Jahres 1939 traten einige Personen der Gruppe bei. Die wichtigsten Mitglieder waren: Arthur Sohm, Josef Wieland und Hilar Paterno. Ein vermeintliches Mitglied der ersten Stunde, Albert Mäser, entpuppte sich als Denunziant, der direkt nach Erhalt des Aufnahmeschreibens die Gruppe bei der Gestapo meldete. Es kann deshalb die Aussage getroffen werden, dass die AKO von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Ziel dieser Widerstandsgruppe war es, dem NS-Regime den größtmöglichen Schaden zuzufügen. Dies sollte vor allem in Form von Sabotageakten und Anschlägen gegen infrastrukturelle Einrichtungen geschehen. Es blieb aber bei Rekrutierungen von einigen Arbeiter*innen, die sich 1939 vollzogen. Konkrete Sabotageakte oder Angriffe gegen das Regime gelangen der Gruppe nicht. Ein Grund dafür war, dass Funkstille zwischen Himmer und Oberholzer im Sommer 1939 eintrat. Himmer versuchte daraufhin Kontakt mit Schweizer Militärstellen aufzunehmen. Tatsächlich schaffte er es in Verbindung mit zwei Schweizer Offizieren zu treten, für die er in Folge nachrichtendienstliche Informationen wie

Truppenbewegungen, Flakstellungen und Kasernenbauten sammelte. Auch alle anderen Mitglieder sollten solche Informationen sammeln. Durch einen Denunzianten in den eigenen Reihen (Mäser) wurden die Mitglieder der AKO und weitere Personen im Jänner 1940 und den folgenden Monaten von der Gestapo verhaftet. Einige Mitglieder, allen voran Himmer, waren schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialist*innen durch ihr Verhalten und einige Verurteilungen auffällig geworden. Rekrutierungen erfolgten teilweise offen am Arbeitsplatz. Um die politische Einstellung wurde meist kein Geheimnis gemacht. All das führte dazu, dass die Verfolgungsinstanzen des NS-Regimes rasch eingreifen konnten.

In Folge kam es zu mehreren Prozessen mit harten Urteilen, die wohl ein Exempel für den Gau Tirol-Vorarlberg und darüber hinaus statuieren sollten. Im Hauptprozess gegen die AKO im März 1942 in Innsbruck wurde Wilhelm Himmer wegen Hochverrat zum Tode verurteilt und im Juli 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Seine Frau Elsa Himmer erhielt wegen „Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit Beihilfe zum Landesverrat“ zwölf Jahre Zuchthaus und überlebte die Frauenanstalt Aichach in Bayern. Arthur Sohm, Josef Wieland und Johann Gutensohn wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit der Verabredung des Landesverrats“ zu lebenslanger, siebenjähriger und fünfjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Gutensohn, obwohl kein Mitglied der AKO, kam ins Zuchthaus Amberg und überlebte bis zur Befreiung 1945 durch die Amerikaner. Josef Wieland überlebte als einziger der Gruppe das Konzentrationslager Mauthausen. In weiteren Nebenprozessen wurden insgesamt neun Personen verurteilt, darunter Hilar Paterno, der wie Arthur Sohm in Mauthausen getötet wurde. Insgesamt verloren fünf Menschen im Zusammenhang mit der AKO ihr Leben. Das brutale Vorgehen gegen die Gruppe und deren Umfeld blieb für die NS-Zeit in Vorarlberg beispiellos.

Um eine kommunistische Widerstandsgruppe, wie zunächst von der Gestapo und NS-Justiz behauptet, handelte es sich bei der AKO nicht. Die Mitglieder hatten die verschiedensten politischen und/oder ideologischen Hintergründe, die sich teilweise über die Jahre auch änderten. Schwerer zu beantworten ist die Frage, ob die AKO eine international vernetzte und für das NS-Regime gefährliche Widerstandsgruppe war. Obwohl keine Sabotageakte oder sonstige Aktionen durch die Gruppe durchgeführt wurden, war der Zusammenschluss einiger unzufriedener Arbeiter*innen durchaus eine Gefahr für die nationalsozialistischen Machthaber. Aufgrund Max Oberholzer, der selbst in der Schweiz einen Ableger der AKO

gründete und Verbindung zu einem Kommunisten in Frankreich hatte, möglicherweise auch Beziehungen nach Spanien pflegte, kann durchaus von einer potenziellen internationalen Vernetzung der AKO gesprochen werden. Ob die Vorarlberger Mitglieder der Gruppe Kontakte nach England und in die Sowjetunion hatten, wie es mehrfach in den Gerichtsakten behauptet wird, kann nicht geklärt werden. Neben der potenziellen Gefahr, die von der Gruppe ausging, war es sicherlich der Umstand, dass die AKO die erste größere Widerstandsgruppe war, die die Gestapo in Vorarlberg aufdeckte, der dazu führte, dass ein Exempel für den gesamten Gau Tirol-Vorarlberg an den Mitgliedern statuiert wurde.

Am Beispiel der AKO kann einiges verdeutlicht werden. Die Funktionsweise des NS-Staates und das Alltagsleben vieler Arbeiter*innen können anhand dieser Gruppe gut nachvollzogen werden: Es gab viele unzufriedene Arbeiter*innen, aufgrund niedrigerer Löhne, höherer Lebenshaltungskosten und totaler Einnahme aller Lebensbereiche durch das NS-Regime. Wie im Fall Josef Wielands konnten Arbeiter, die nicht nationalsozialistischer Gesinnung waren, mit nationalsozialistischen Arbeitern wegen unterschiedlicher Meinungen am Arbeitsplatz schnell in Konflikt und so auf das Radar der Gestapo geraten. In den meisten Fällen ertrugen die Arbeiter*innen ihr Schicksal und unternahmen nichts gegen das Regime.

Die Mitglieder der AKO nahmen den Kampf gegen den Nationalsozialismus auf und gehörten dadurch zu den wenigen mutigen Vorarlberger*innen, die sich dem totalitären Machtanspruch der Nationalsozialist*innen widersetzten. Auch in diesem Fall waren es nicht die vermeintlich braven, anständigen Bürger*innen, die sich gegen die Einschränkungen und „Erziehungsmaßnahmen“ der NS-Diktatur wehrten, sondern „Outlaws“ wie Wilhelm Himmer, die bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialist*innen mit Autoritäten und dem Gesetz aneckten.

Das stark ausgeprägte Denunziantentum des NS-Staates führte auch bei der AKO dazu, dass sie schnell aufflog. Zwei Denunzianten arbeiteten aktiv gegen die Gruppe. Vor Gericht gab es mindestens zwei weitere Personen, die gegen die AKO aussagten. Anhand der Strafverfolgung gegen die Mitglieder kann die Funktionsweise der NS-Justiz gut nachvollzogen werden. Zunächst kam es zu Ermittlungen, dann folgten Verhaftungen und Verhöre durch die Gestapo. In Folge wurde „Schutzhaft“ auf unbeschränkte Dauer verhängt, bis es dann sogar zum Gerichtsprozess durch den Volksgerichtshof kam, der für Fälle von Hochverrat und ähnlich schwerer Delikte zuständig war. Die Prozesse erfolgten nicht nach Verfahrensgrundsätze, wie

wir sie heute kennen. Der Hauptprozess lebte von der Empörung der Richter und brachte nichts Konkretes ans Tageslicht. Es folgten harte Urteile mit Zuchthaus und in einigen Fällen anschließend das Konzentrationslager als Endstation. Bei Himmer wurde sogar direkt die Todesstrafe verhängt und vollzogen. Am Beispiel Maria Wielands wird ersichtlich, dass auch Angehörige von der Gestapo brutal verhört wurden, was auch zu ihrem Tod beitrug.

Im Zusammenhang mit der AKO lässt sich eine weitere Besonderheit entdecken. Maria Wieland intervenierte für ihren Mann bei Kreisleiter Anton Plankensteiner, dem ehemaligen Landeshauptmann nach dem „Anschluss“ und Vorarlberger Nationalsozialist erster Stunde. Plankensteiner, der nach der Machtübernahme kompromisslos gegen politische Gegner*innen und Andersdenkende vorging, hatte bei Maria Wieland plötzlich ein offenes Ohr, intervenierte sogar in Berlin für Josef Wieland, obwohl dieser zunächst als Kommunist galt und gegen ihn der Vorwurf des Hochverrats am Tisch lag. Einen Zusammenhang mit der Demontage Plankensteiners Macht- und Einflussbereichs, der einen Machtkampf gegen Gauleiter Franz Hofer um die Rolle Vorarlbergs im „Dritten Reich“ verlor und deshalb in Ungnade bei diesem fiel, kann durchaus gezogen werden. Auf jeden Fall scheint es auffällig zu sein, dass sich Plankensteiner plötzlich für das Schicksal von politischen Häftlingen interessierte.

Schließlich kann auch der Wandel in der Erinnerungskultur und im Umgang mit Opfern und Widerstandskämpfer*innen in der NS-Zeit anhand der AKO-Mitglieder beobachtet werden. In Vorarlberg herrschten lange Zeit Schweigen und Verdrängen, ehe in den 1980er-Jahren eine neue Generation von Historiker*innen sich genauer mit dem Austrofaschismus und Nationalsozialismus auseinandersetzte und auch Themen wie Antisemitismus, Euthanasie, Verfolgung und Widerstand nicht scheute und damit für viel Aufregung sorgte. Dass aber die meisten Vorarlberger*innen, auch viele der damaligen Landes- und Gemeindepolitiker*innen, Schwierigkeiten mit diesem Thema und der Würdigung von Opfern, Widerstandskämpfer*innen und Deserteuren hatten, ist am Beispiel der fünfjährigen Gedenkstein-Diskussion in Dornbirn gut ersichtlich. Mittlerweile gibt es mit dem Gedenkstein in Dornbirn und dem Widerstandsmahnmal in Bregenz zwei Erinnerungsorte, an denen auch Mitglieder der AKO zu finden sind. Trotz allem erscheint die AKO bis heute in der Vorarlberger Geschichtsschreibung meist nur als kurze Randnotiz. Unter den Bürger*innen Vorarlbergs dürften wohl auch nur die wenigsten je ein Wort von der AKO gehört oder gelesen haben,

obwohl es sich um die erste Widerstandsgruppe gegen den NS-Staat im Land handelte und diese auch noch in Dornbirn, in der größten Stadt Vorarlbergs, aktiv war.

Diese Arbeit hat hoffentlich einen kleinen Beitrag dazu geleistet, sich an mutige Vorarlberger*innen zu erinnern, die ihr Leben im Kampf gegen den Nationalsozialismus opferten beziehungsweise sich selbst und ihre Angehörigen dadurch in Lebensgefahr brachten. Aufgabe von Historiker*innen ist es das Scheinwerferlicht auch auf Geschichten wie jene der AKO zu werfen, die bis jetzt noch nicht in aller Ausführlichkeit erzählt wurden, um anhand der Schicksale dieser Menschen das dunkelste Kapitel unserer jüngeren Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Eine angemessene Gedenkkultur ist nur dann möglich, wenn auch jene, denen es zu gedenken gilt, nicht in Vergessenheit geraten.

Quellen-, Literatur- und Abbildungsverzeichnis

Quellen

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands:

DÖW 1449, Gestapo Staatspolizeistelle Innsbruck, Verhalten kommunistischer und marxistischer Kreise in Tirol und Vorarlberg, 23.12.1940.

DÖW 51826, Urteilsschrift im Prozess gegen Peter Naumann.

DÖW 51827, Anklage- und Urteilsschrift in der Strafsache gegen den Schlosser Wilhelm Himmer und Andere.

DÖW 20.752/132A, Bericht Oberlandesgerichtsbezirk Innsbruck

Schweizerisches Bundesarchiv:

Quellensammlung zu Max Oberholzer:

Signatur: E4320-01C#1996/203#386*/Aktenzeichen: 112-01/ Titel: Staatschutzfiche Oberholzer Max, 1912 /Entstehungszeitraum: 1939-1958

Signatur E4264#1988/2#10367*/OBERHOLZER, MAX JOSEF, 07.02.1912; SONDEREGGER, JOHANN (HANS CONRAD), 10.10.1891; SONDEREGGER, MARIA (MARIA), 30.10.1919/.01.1940 - 31.12.1941/P049562

Signatur: E4320B#1987/187#1213*/ Aktenzeichen: C.12.2140/ Titel: Oberholzer, Max, 1912/ Entstehungszeitraum: 1939-1957. 45 Dokumente der schweizerischen Bundesanwaltschaft und anderen Behörden zu Max Oberholzer. Darunter Verhör von Oberholzer und Liste von Kontaktpersonen (AKO).

Signatur: E4264#1988/2#10367* / Schweizer Bundesarchiv, P049562, Bericht Schweizerisches Hauptzollamt Kreuzlingen-Emmishofen von 14.02.1941, OBERHOLZER, MAX JOSEF, 07.02.1912; SONDEREGGER, JOHANN (HANS CONRAD), 10.10.1891; SONDEREGGER, MARIA (MARIA), 30.10.1919.

Stadtarchiv Bregenz:

Registratur 21-02-14, Sammlung zu Gedenktafeln: Causa Gefangenenhaus und Gedenkstein Seekapelle.

Stadtarchiv Dornbirn:

Bestand 2017.152: Korrespondenz Arthur Sohm (1908-1944) in Form digitaler Scans: 2 Briefe aus dem Landesgerichtsgefängnis Innsbruck im Februar u. März 1942 (jeweils Vorder- und Rückseite), letzter Brief aus Mauthausen 1944, 4 Bildpostkarten Mauthausen, 2 Postkarten 1941 an Theresia Sohm und August Sohm (jeweils Vorder- und Rückseite), Sterbebild (Vor-der- und Rückseite), Todesanzeige, Zeitungsbild Gestapogefängnis Bregenz, Bericht Heimat 23.12.1992 z. Thema "Gedenkstein für Dornbirner NS-Opfer.

Ordner mit Sammlung zur Gedenksteins-Diskussion. Darunter amtliche Schreiben, Berichte des Gremiums und zwei Historiker, Auszüge von Stadtvertretungssitzungen, Zeitungsausschnitte aus den Vorarlberger Nachrichten und der NEUEN Vorarlberger Tagzeitung und weitere Quellen.

Protokoll Gemeindetagssitzung vom 10.03.1936.

Vorarlberger Landesarchiv:

Dokumentensammlung der J.-A.-Malin-Gesellschaft, Schachtel VIII/2 1938-1945:

Widerstandsgruppen, Individueller Widerstand:

DÖW 2509, Schreiben von Josef Wieland an das DÖW.

DÖW 8197, Prozess gegen Hilarius Paterno und Andere.

DÖW 8226, Prozess, gegen Leo Braun und Andere.

DÖW 8227, Prozess gegen Josef Jäger.

DÖW 8230, Prozess gegen Johann Peter.

Wieland Josef, Opferfürsorgeantrag Dokumente. Darunter sämtliche Dokumente für den Opferfürsorgeantrag Wielands (Land Vorarlberg, Bestätigungen der Haftanstalten/KZ) und

zwei Schreiben Wieland mit dem Titel „Erlebnisse, Schicksalschläge im Zuchthaus, KZ-Lager“ sowie „Politische Ereignisse“.

VLR IV a – Opferfürsorge Wieland Josef/ Wieland Maria: Darunter ärztlicher Bericht zu Maria Wieland durch Dr. Hans Kofler vom 29.7.1945, Rechnung Bestatter Flossmann, Brief von Josef Wieland aus Kaisheim an Maria Wieland.

Sterbeurkunde Sohm Arthur

Wieland Josef – Interventionen - Wieland Maria/ Plankensteiner Anton: Darunter Schriftverkehr Plankensteiners mit dem Bezirksfürsorgeverband, der Ortsgruppenleitung Dornbirn-Haselstauden, dem Landesgericht Feldkirch, dem Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin, sowie ein Brief Maria Wielands an Adolf Hitler.

Internetquellen

Bundschuh, Werner, Das Kartell des Schweigens bekommt Risse (2008),
[<https://www.malingesellschaft.at/texte/nationalsozialismus/werner-bundschuh-2008-das-kartell-des-schweigens-bekommt-risse>], eingesehen am 30.03.2021.

Bundschuh, Werner, Noch fehlen „Deserteurdenkmäler“ ..., in: Kultur. Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft (22. Jg., Nr. 8), Oktober 2007, S. 46-49,
[<https://www.malingesellschaft.at/pdf/bundschuh-noch-fehlen-deserteurdenkmaeler>],
eingesehen am 15.05.2021.

Eurologisch, historischer Währungsrechner,
[<https://www.eurologisch.at/docroot/waehrungsrechner/#/>], eingesehen am 09.03.2021.

Fuchs, Thomas (Hrsg.), StGB Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871. Historisch-synoptische Edition 1871—2009, Paragraf 33 [1. Januar 1872—1. April 1970], Mannheim 2010, S. 161, [<https://hopifrei.files.wordpress.com/2014/08/stgb-deutsches-kaiserreich1871-2009.pdf>], eingesehen am 26.01.2021.

Gedenkstätte Steinhof. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien,
[<http://gedenkstaettesteinhof.at/de/ausstellung/wien-steinhof>], eingesehen am 29.04.2020.

Guggenberger, Florian, Flo's Digital History Blog #3: Daten, Daten, Daten (Historische Netzwerke), [<https://dhuibk.hypotheses.org/2040>], eingesehen am 10.02.2021.

Hormayr, Gisela, Der Widerstand gegen das NS-Regime

[<http://www.erinnern.at/bundeslaender/tirol/unterrichtsmaterial/tirol-in-der-ersten-republik-im-nationalsozialismus-und-in-der-nachkriegszeit/7-gisela-hormayr-der-widerstand-gegen-das-ns>], S. 217, eingesehen am 07.01.2020.

Johann-August-Malin-Gesellschaft, Forderung nach Deserteursdenkmal, 23.09.2012, [<https://www.malingesellschaft.at/aktuell/medienarbeit-1/23.09.2011-forderung-nach-deserteursdenkmal>], eingesehen am 11.04.2021.

Johann-August-Malin-Gesellschaft, Lexikon "Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945", [<https://www.malingesellschaft.at/lexikon-verfolgung-und-widerstand/lexikon>].

Johann-August-Malin-Gesellschaft, Wer war Johann August Malin (1902-1942), [<https://www.malingesellschaft.at/malingesellschaft/wer-war-johann-august-malin-1902-bis-1942>], eingesehen am 25.04.2021.

Kiermayr, Gernot, Valduna – Blitzlichter auf die Geschichte der "Irren"anstalten in Vorarlberg, in: erinnern.at, Regionale Quellen für den Geschichtsunterricht am Beispiel Vorarlberg [http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/e_bibliothek/regionale-quellen-fur-den-geschichtsunterricht], eingesehen am 29.04.2020.

Klagian, Thomas, Widerstandsmahnmal Bregenz, Eine Chronologie, [<http://www.widerstandsmahnmal-bregenz.at/wettbewerb/>], eingesehen am 10.04.2021.

Klöckler, Jürgen, Abendland - Alpenland – Alemannien. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947, [<https://doi.org/10.1524/9783486595932>], Berlin-Boston 2009, S. 21.

KZ Gedenkstätte Mauthausen, Gedenkstätte Loibl (Nord), Das Konzentrationslager Loibl Pass (Nord), [<https://www.mauthausen-memorial.org/de/Loibl/Das-Konzentrationslager-Loibl>], eingesehen am 09.03.2021.

Mauthausen-Memorial, KZ-Gedenkstätte Ebensee, [<https://www.mauthausen-memorial.org/de/Ebensee/Das-Konzentrationslager-Ebensee>], eingesehen am 20.03.2021.

Pichler, Meinrad, Wer leistete im NS-Staat Widerstand? Widerstandsmahnmal-Bregenz, Unterrichtsmaterialien, [http://www.widerstandsmahnmal-bregenz.at/wp-content/uploads/2018/03/Widerstand_Unterrichtsmaterialien.zip], eingesehen am 05.02.2020.

Sienčnik, Nataša, Widerstandsmahnmal Bregenz, Ein Ort der Geschichten, [<http://www.widerstandsmahnmal-bregenz.at/mahnmal/>], eingesehen am 10.04.2021.

Der Standard, Bregenzer Gedenkweg: Lernorte der Menschlichkeit. Bregenzer Gedenkweg erinnert an Widerstand gegen Nationalsozialismus, 25.02.2014, [<https://www.derstandard.at/story/1392686349536/bregenzer-gedenkweg-lernorte-der-menschlichkeit>], eingesehen am 11.04.2021.

Vorarlberg Chronik, Printmedien in Vorarlberg, [<http://apps.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=145&left=artikel>], eingesehen am 10.06.2020.

Walser, Harald, "Der Engel von Auschwitz" – Zum Wirken der Krankenschwester Maria Stromberger, [<https://www.malingesellschaft.at/pdf/walser-stromberger>], eingesehen am 11.08.2021.

Widerstandsmahnmal Bregenz, Rahmenprogramm, [<http://www.widerstandsmahnmal-bregenz.at/downloads/Rahmenprogramm-%E2%80%93-Widerstand-gegen-den-Nationalsozialismus.pdf>], eingesehen am 11.04.2021.

Interviews

Bertel, Ingrid/Bundschuh, Werner, Interview mit Johann Gutensohn, 1993, in: Radio Vorarlberg (Hrsg.), Das Hörfenster, Frieden, Menschenwürde, Toleranz. Portrait des Dornbirners Johann Gutensohn / Aktuelle Diskussion um das NS-Denkmal in Dornbirn, ORF Landesstudio Vorarlberg am 11.09.1993, angehört in der Vorarlberger Landesbibliothek am 07.06.2019.

Pickl-Herk, Reinhard, Johann Gutensohn. Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus, in: Radio Vorarlberg (Hrsg.), Die Drehorgel - Lüt vom Ländle und rundum, ORF Landesstudio Vorarlberg am 20.11.1994, angehört in der Vorarlberger Landesbibliothek am 07.06.2019.

Stadtarchiv Dornbirn, Archiv der mündlichen Geschichte, Interviews mit Johann Gutensohn, Anlage in Mbox-Oral History Archiv ADMG 0001; KASD 0001 KASD 0002.

Zeitungen:

Innsbrucker Nachrichten vom 21.04.1942, S. 5. [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=ibn&datum=19420321&seite=5&zoom=33&query=%22Himmer%22&ref=anno-search>], eingesehen am 15.05.2021.

Innsbrucker Nachrichten vom 09.07.1942, S. 3, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=ibn&datum=19420709&seite=3&zoom=33&query=%22Himmer%22&ref=anno-search>], eingesehen am 15.05.2021.

NEUE Vorarlberger Zeitung vom 15.11.1988, Stadtarchiv Dornbirn.

Salzburger Volksblatt vom 23.03.1942, S. 5, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=svb&datum=19420323&seite=5&zoom=33&query=%22Wilhelm%22%2Bt%3A%22Himmer%22&ref=anno-search>], eingesehen am 16.05.2021.

Völkischer Beobachter (Wiener Ausgabe) vom 22.03.1942, S. 7, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=vob&datum=19420322&seite=7&zoom=33&query=%22Himmer%22&ref=anno-search>], eingesehen am 16.05.2021.

Vorarlberger Tagblatt vom 24.08.1927, S. 6, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19270824&seite=6&zoom=33>], eingesehen am 09.08.2021

Vorarlberger Tagblatt vom 31.08.1927, S. 5, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19270831&seite=5&zoom=33>], eingesehen am 09.08.2021.

Vorarlberger Tagblatt vom 23.05.1928, S. 6, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19280523&seite=6&zoom=33>], eingesehen am 09.08.2021

Vorarlberger Tagblatt, 13.10.1939, eingesehen in: ANNO, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19391013&seite=5&zoom=44>], eingesehen am 04.05.2020.

Vorarlberger Tagblatt vom 01.07.1942, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19420701&seite=1&zoom=33>], eingesehen am 10.06.2020.

Vorarlberger Tagblatt vom 21.03.1942, S.4, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19420321&seite=4&zoom=33>], eingesehen am 15.05.2021.

Vorarlberger Tagblatt vom 10.07.1942, S. 3, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19420710&seite=3&zoom=33>], eingesehen am 15.05.2021.

Vorarlberger Tagblatt vom 03.09.1942, S. 3, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19420903&seite=4&zoom=33>], eingesehen am 15.05.2021.

Vorarlberger Volksblatt vom 07.03.1928, S. 6, [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=vvb&datum=19280307&seite=6&zoom=33>], eingesehen am 09.08.2021.

Vorarlberger Wacht vom 09.08.1930, S. S. 4., [<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=vwa&datum=19300809&seite=4&zoom=33>], eingesehen am 09.08.2021

Literatur

Ardelt, Rudolf G./ Hautmann, Hans (Hrsg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. in memoriam Karl R. Stadler (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1990.

Beimrohr, Wilfried, Die Gestapo in Tirol und Vorarlberg, in: Tiroler Heimat : Jahrbuch für Geschichte und Volkskunde Nord-, Ost- und Südtirols (Band 64), Innsbruck 2000, S. 183-236.

Böhler, Ingrid, Dornbirn in Kriegen und Krisen. 1914 – 1945, Innsbruck-Wien 2005.

Botz, Gerhard, Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung, in: Helmut Konrad/ Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien-München-Zürich 1983, S. 137-151.

Brändle, Hermann/ Egger, Gernot/ Pichler, Meinrad/ Walser, Harald, Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg 1934-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft.

Forschungsbericht im Auftrage des Bundesministeriums für Forschung und Wissenschaft, Bregenz 1983.

Bundschuh, Werner, Bestandsaufnahme: Heimat Dornbirn 1850-1950 (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 8), Bregenz 1990.

Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hrsg.), Dornbirner Statt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklung (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz 1987.

Bundschuh, Werner, Kreist das Blut der Ahnen? Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele, in: Werner Bundschuh/Harald Walser (Hrsg.), Dornbirner Statt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklung (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz 1987, S. 29–83.

Bundschuh, Werner, Mentalität, Identität, Integration, in: Franz Mathis/Wolfgang Weber (Hrsg.), Vorarlberg. Zwischen Fußach und Flint, Alemannentum und Weltoffenheit (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 Bd. 4), Wien-Köln-Weimar 2000, S. 201-219.

Dreier, Werner, Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen, in: Meinrad Pichler (Hrsg.), Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz ²1983, S. 51–74.

Dreier, Werner, Zwischen Kaiser und "Führer" Vorarlberg im Umbruch 1918 – 1938 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 6), Bregenz 1986.

Dür, Alfons, Unerhörter Mut. Eine liebe in der Zeit des Rassenwahns, Innsbruck-Wien 2013.

Form, Wolfgang/ Neugebauer, Wolfgang/ Schiller, Theo (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938-1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht Wien, München 2006.

Greussing, Kurt (Hrsg.), Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 – 1946 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 4), Bregenz 1984.

Hagspiel, Hermann, Die Ostmark. Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945, Wien 1995.

Holzknicht, Severin, Hans Nägele. 1884-1973. Wie lange lässt sich Vergangenheit bewältigen, indem man sie vergessen macht? Innsbruck 2021.

Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrsg.), Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5), Bregenz 1985.

Lojowsky, Michael, Teil I: Zuständigkeit des Volksgerichtshofes in Österreich, in: Form, Wolfgang/ Neugebauer, Wolfgang/ Schiller, Theo (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938-1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht Wien, München 2006, S. 13-29.

Neugebauer, Wolfgang, Das NS-Terrorssystem, in: Emmerich Talos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 36), Wien 1988, S. 163-183.

Neugebauer, Wolfgang, Der NS-Terrorapparat, in: Emmerich Talos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 721-743.

Ökumenekommission der Diözese Feldkirch (Hrsg.), Gedenkweg. Widerstand und Verfolgung 1938-1945 in Bregenz, Feldkirch 2002.

Pelinka, Anton, Der österreichische Widerstand im Widerspruch der verschiedenen Narrative, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch 2007. Schwerpunkt Namentliche Erfassung von NS-Opfern, Wien 2007, S. 13-25.

Pichler, Meinrad, Arbeiteropposition gegen den Nationalsozialismus in Vorarlberg, in: Rudolf G. Ardelt/ Hans Hautmann (Hrsg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. in memoriam Karl R. Stadler (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1990, S. 611-627.

Pichler, Meinrad, Das Land Vorarlberg 1861 bis 2015, Innsbruck 2015.

Pichler, Meinrad, "Deutsches Leben heißt Arbeit". Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit, in: Kurt Greussing (Hrsg.), Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 – 1946 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 4), Bregenz 1984, S. 281–299.

Pichler, Meinrad (Hrsg.), Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz ²1983.

Pichler, Meinrad, Nationalsozialismus in Vorarlberg. Opfer . Täter . Gegner, Innsbruck 2012.

Pichler, Meinrad, Widerstandsgruppen, in: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrsg.), Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5), Bregenz 1985, S. 85-102.

Pichler, Meinrad/ Walser, Harald, Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 2), Bregenz 1988.

Schausberger, Nobert, Der Strukturwandel des ökonomischen Systems 1938–1945, in: Rudolf G. Ardelt/ Hans Hautmann (Hrsg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. in memoriam Karl R. Stadler (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1990, S. 151–169.

Schönherr, Margit, Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39 (Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs 3), Dornbirn 1981.

Schwarz, Ursula, Landesverrat, in: Wolfgang Form/ Wolfgang Neugebauer/ Theo Schiller (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938-1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht Wien, München 2006, S. 262–337.

Stadler, Karl, Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966.

Steininger, Rolf/ Pitscheider, Sabine (Hrsg.), Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19), Innsbruck 2002.

Walser, Harald, Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft, in: Kurt Greussing (Hrsg.), Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in

Vorarlberg 1870 – 1946 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 4), Bregenz 1984, S. 308–341.

Walser, Harald, "Arbeit für den Endsieg". Arbeiteralltag im "nationalen Sozialismus", in: Meinrad Pichler/Harald Walser (Hrsg.), Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 2), Bregenz 1988, S. 73–109.

Walser, Harald, Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1934, in: Meinrad Pichler (Hrsg.), Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 1), Bregenz ²1983, S. 96–107.

Walser, Harald, Der Stoff, aus dem Profite wurden. Das Textilland Vorarlberg nach dem "Anschluss", in: Meinrad Pichler/Harald Walser (Hrsg.), Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlberg 2), Bregenz 1988, S. 32–59.

Walser, Harald, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 28), Wien 1983.

Wanner, Gerhard, 1938 - Der Anschluß Vorarlbergs an das Dritte Reich, Lochau 1987.

Weber, Jürgen/Weber, Wolfgang, "Jeder Betrieb eine rote Festung! die KPÖ in Vorarlberg 1920 – 1956 (Rheticus-Gesellschaft), Feldkirch 1994.

Abbildungen

Abbildung 1: Stadtarchiv Bregenz. „Heldengedenktag“ auf dem Südtiroler Platz am 13. März 1938.....	12
Abbildung 2. Stadtarchiv Bregenz. Truppenparade am 14. März 1938.....	12
Abbildung 3: DÖW, Stimmzettel Volksabstimmung, [https://www.doew.at/cms/images/2289o/original/1523205016/6491_stimmzettel_web.png], eingesehen am 16.05.2021.	13
Abbildung 4: Schweizerisches Bundesarchiv. Auszug Liste Oberholzer, Schweizerische Bundesanwaltschaft, C.12.2140, Oberholzer Max 1912, Dokument 0000036, S. 31 & 35.	30
Abbildung 5: Postkarte von Dornbirn. Das "braune Nest" ist frei! [https://www.erinnern.at/media/7e58622dc4dee62604087424f55d1176/picture-device-independent-bitmap-1-jpg/@@images/4d1f9f97-4d14-49bf-b449-6dbef369161e.jpeg], eingesehen am 01.08.2020.	39

Abbildung 6: Vorarlberger Landesarchiv. Exemplar Arbeitsbuch eines Vorarlberger Arbeiters.	41
Abbildung 7: Vorarlberger Landesarchiv. Eintragungen in einem Arbeitsbuch.	41
Abbildung 8: Schweizerisches Bundesarchiv, Eintrag über Josef Wieland auf Oberholzers Liste mit dem Vermerk „Browning“	51
Abbildung 9: Schweizerisches Bundesarchiv, Eintrag Josef Heinzle aus Oberholzers Liste.....	58
Abbildung 10: Vorarlberger Tagblatt vom 21.03.1942, S.4 und Innsbrucker Nachrichten vom 21.04.1942, S. 5.	70
Abbildung 11: Völkischer Beobachter (Wiener Ausgabe) vom 22.03.1942, S. 7 und Salzburger Volksblatt vom 23.03.1942, S. 5.	70
Abbildung 12: Vorarlberger Tagblatt vom 10. Juli 1942, S. 3 und Innsbrucker Nachrichten vom 9. Juli 1942, S. 3.	71
Abbildung 13: Gedenkstätte Plötzensee, Fallbeilgerät im Gefängnis Berlin-Plötzensee 1945, [https://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publikationen/gedenkstaette_ploetzensee/deutsch-screen.pdf], eingesehen am 16.05.2021.	72
Abbildung 14: Vorarlberger Tagblatt 3. September 1942, S. 3.	73
Abbildung 15: Überblick Netzwerk der AKO. Erstellt mit Palladio, [http://hdlab.stanford.edu/palladio/].	76
Abbildung 16: Rollen der beteiligten Personen im Netzwerk der AKO. Erstellt mit Palladio, [http://hdlab.stanford.edu/palladio/] und bearbeitet mit Paint.....	77
Abbildung 17: Stadtarchiv Dornbirn, Porträt Arthur Sohm.	91
Abbildung 18: Stadtarchiv Dornbirn, Postkarte von Arthur Sohm an August Sohm 1941.	92
Abbildung 19: Stadtarchiv Dornbirn, Brief Arthur Sohm aus Innsbrucker Haft.....	93
Abbildung 20: Ausschnitte aus dem Gedenkbuch Mauthausen, aufgenommen durch Florian Guggenberger am 23.05.2019.....	95
Abbildung 21: Gedenkstätte Mauthausen, Raum der Namen, Arthur Sohm.....	95
Abbildung 22: Stadtarchiv Dornbirn, Todesanzeige Arthur Sohm.....	96
Abbildung 23: Stadtarchiv Dornbirn, NEUE Vorarlberger Zeitung vom 15.11.1988, Übergabe Gedenktafel durch Harald Walser an Bürgermeister Rudi Sohm.	99
Abbildung 24: Gedenkstein Dornbirn, aufgenommen durch Florian Guggenberger am 23.03.2021.....	101
Abbildung 25: Stadtarchiv Dornbirn, Maria-Wieland-Weg.....	102
Abbildung 26: Stadtarchiv Bregenz, Gedenktafel ehemaliges Gefangenenhaus.	103
Abbildung 27: Stadtarchiv Bregenz, Gedenkstein Seekapelle.	103
Abbildung 28: Widerstandsmahnmal Bregenz, Arthur Sohm, [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/7d/Widerstandsmahnmal_Bregenz1.jpg], eingesehen am 16.05.2021.....	106

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt durch meine eigenhändige Unterschrift, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Stellen, die wörtlich oder inhaltlich den angegebenen Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Die vorliegende Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form noch nicht als Magister-/Master-/Diplomarbeit/Dissertation eingereicht.

30.08.2021

Datum

Unterschrift